

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3.30 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.30 M. halbjährlich, 6.60 M. jährlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltenen Kolonialteile oder deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigendruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 25. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Arbeit!

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Quartal des „Vorwärts“

und zugleich eine neue parlamentarische Arbeitsperiode, ein neuer Abschnitt der Blockpolitik, die im nächsten Winter die erste wirkliche Probe ihrer Leistungsfähigkeit zu bestehen haben wird. Alle unsere bisherigen Leser, die sich den ungestörten Fortbezug des „Vorwärts“ sichern wollen, besonders alle, die unser Blatt durch die Post beziehen, fordern wir auf, ohne Verzug ihr

Abonnement zu erneuern

und gleichzeitig im Kreise ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen, im Bureau wie in der Fabrik und Werkstatt, neue Abonnenten für den „Vorwärts“ zu werben. Jeder neue Leser bedeutet eine Vermehrung der sozialistischen Kampfkraft.

Die nächste Zukunft ist eine Zeit wichtiger politischer Entscheidungen. In den kommenden Monaten wird die Antwort auf die Frage fallen, wohin der Blockkurs führt, welche Fäden auf Rordorner in den Konferenzen des Reichslanzlers mit süddeutschen Demokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, Konservativen und reaktionären Antisemiten gesponnen sind — und wie weit die liberalen Parteien, um für ihre kapitalistischen Anhänger wirtschaftliche Vorteile, wie z. B. die Börsengesetzreform, neue Kolonialbahn- und Flottenbauten zu erlangen, in dem Verrat der Volksworte zu gehen gedenken. Weit mehr noch als in den letzten Jahren sieht sich diesmal die Winterkassette des Reichs- und preussischen Landtages vor tief in das politische Leben einschneidende Fragen gestellt. Trotz aller offiziellen Ablehnungen kann als ziemlich sicher gelten, daß sich der Reichstag mit einer neuen Reichsfinanzreform, mit neuen

Steuervorschlägen, Kolonialforderungen und Flottenbauten,

Börsengesetzreform und dem Reichsvereinsgesetz,

wahrscheinlich auch mit einer neuen Gesetzesvorlage bezüglich der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und der Regelung der Krankenkassenverhältnisse zu beschäftigen haben wird; während es andererseits als nicht ausgeschlossen erscheint, daß im preussischen Abgeordnetenhaus der Streit um die Polenpolitik entbrennt.

Besonders aber wird im nahenden Winter die Vorbereitung der Parteien zu den preussischen Landtagswahlen, und vor allem die wichtigste Frage unserer politischen Gegenwart:

die Frage der preussischen Wahlrechtsreform

die Öffentlichkeit beschäftigen. Es gilt, der vom preussischen Landtag ausgeschlossenen, entrechteten Arbeiterschaft den Zutritt zum preussischen Parlament,

das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht

zu erringen: ein Recht, das sich bereits ihre Vorfahren vor zwei Menschenaltern zum guten Teil auf den Barricaden mit ihrem Blut erkämpft hatten, das aber durch die Freigebit und Rechnungsträgererei der Bourgeoisie wieder verloren gegangen ist.

In diesem Kampfe des Volkes um sein Recht und seine Wohlfahrt ist, wie erneut die letzte Reichstagswahl erwiesen hat, die sozialdemokratische Presse die wichtigste, schärfste Waffe. Der „Vorwärts“ wird, wie bisher, auch ferner bemüht sein, in diesem Kampfe seine Pflicht zu tun: die Arbeiterschaft anzufeuern, ihr geistige Munition zu liefern, über die Stellung der Gegner, ihre Schwachzüge und Ausflüchte zu informieren und die Schwäche ihrer Argumentation zu enthüllen.

Wir kämpfen für die Ehre der Arbeit gegen den Kapitalismus, für Volkswohl gegen das Vorrecht des Geldbenteils und des Standes, für die Volkswohlfahrt gegen die Profitgier der kapitalistischen Schichten; und in diesem Kampfe für die Interessen aller derer, die im Dienste des Kapitalismus stehen, ist jeder, der nicht zu den Bevorrechteten gehört, mag er sich als geistiger Proletarier im Bureau und Kontor oder am Schraubstock für Weib und Kind plagt, ein Verräter an seinem eigenen Interesse, denn er nicht die Arbeiterpresse mit aller Kraft unterstützt. Darum, Ihr Entrechteten, werbt neue Abonnenten, neue Leser für den

„Vorwärts“!

Das Proletariat und die Kolonialpolitik.

II.

Es zeugt von Oberflächlichkeit, zu folgern, daß wir, wenn wir die Kolonialpolitik grundsätzlich bekämpfen, die Kolonien ignorieren müssen; nicht minder falsch ist ihr direkter Gegensatz, der verlangt, daß wir die Kolonialpolitik grundsätzlich anerkennen sollen, um in den Kolonien Reformarbeit zu leisten. Wir können keine Taktik gebrauchen, die vor jeder kapitalistischen Wirklichkeit sich gläubig beugt und „hebe Dich, Satanas!“ murmelt, aber auch jene andere nicht, die, um die besonders brutalen Formen der Hinrichtung, wie das Verbrennen oder Vierteln, zu bekämpfen, die Anerkennung der Todesstrafe uns zumutet, die gleich in den Fluß springt, wenn es gilt, ein Glas Wasser zu schöpfen.

Die grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik hindert uns durchaus nicht, zu den einzelnen Vorgängen in den Kolonien Stellung zu nehmen.

Da ist zunächst die Frage des kolonialen Militarismus. Die kolonialen Aufstände sind eine unvermeidliche Folge der kapitalistischen Kolonialpolitik. Die Kriege zwischen den kolonisierenden Staaten sind keineswegs unvermeidlich, aber sie ergeben sich mit zwingender Notwendigkeit aus der Politik, welche die Kapitalistenklasse Dank ihrer herrschenden Stellung in den Staaten führt. Diese enorme Gefahr der Aufstände und Kriege zwingt uns vor allem, die koloniale Politik der Regierungen mit scharfem Auge zu verfolgen. Wo sich die Möglichkeit darbietet, Konfliktstoff zu beseitigen, können wir nicht umhin, wirksam einzugreifen. Darum müssen wir für die Politik der „offenen Tür“ eintreten gegenüber dem Imperialismus.

Die Menschenshinderer, die das Kapital in den Kolonien treibt, braucht nicht bis zu bestialischen Greueln sich auszuwachsen. Der „Tropenkiller“ wie auch die koloniale Korruption sind nur eine Folge davon, daß das ausbeuterische Kapital in den Kolonien schrankenlos schaltet und walzt. Darum muß man ihm eben Schranken auferlegen. Noch wichtiger ist, daß die Kolonien eine Entwicklung durchmachen und daß diese Entwicklung sie zur wirtschaftlichen und politischen Selbstständigkeit führt. Das kolonisierende Kapital wirft sich diesem geschichtlichen Prozeß entgegen und versucht, ihn mit militärischer Gewalt zurückzuhalten. Die Arbeiter haben aber deshalb ein entgegengesetztes Interesse, weil sie ja diese Kämpfe mit ihren Knochen und aus ihrem Beutel zu bezahlen haben. Wir finden demnach, daß, neben einem prinzipiellen Kampf gegen die Kolonialpolitik, das Proletariat allen Grund hat, die Bestrebungen der Kolonien zu fördern, sich Selbstständigkeit zu erringen. Das ist auch der beste Weg, sich von den Kolonien freizumachen. Aus alledem ergibt sich ferner, daß es uns keineswegs irrelevant sein kann, ob in den Kolonien ein bürokratisches oder ein demokratisches Regime herrscht.

Daß wir das koloniale Budget ablehnen müssen, liegt auf der Hand. So lange wir aber die politische Macht noch nicht haben, kommt es, wie auch das allgemeine Staatsbudget, doch zustande und stellt uns vor eine Menge finanzieller und wirtschaftlicher Fragen, zu denen wir im einzelnen Stellung nehmen müssen. Es erheben sich die Fragen der Eisenbahnen, der Mineraloelkonzessionen, der Ansiedelungen. Es handelt sich um eine doppelte Ausplünderung: um die Ausraubung des kolonialen Gebiets nebst der eingeborenen Bevölkerung und um die Plünderung der Staatskasse des kolonisierenden Landes. Soll man nun über beides ein Häuflein kapitalistischer Abenteuerer nach ihrer Willkür disponieren lassen? Wohin das führt, zeigen die deutschen Kolonien, in denen mit einem Federstrich eiliche Kolonialgesellschaften in den Besitz enormer Landgebiete gesetzt wurden, zu deren Schutz die deutschen Armeen und Panzerflotten dienen, zu deren wirtschaftlicher Erschließung mit dem Gelde des Staates Eisenbahnen gebaut werden. Ein anderes Beispiel ist der Kongostaat, mit dem König Leopold II. Belgien „beglückt“ hat, um die gewaltigen Kronländerereien, die er sich dort geschaffen hatte, zu schützen. Also gilt es, auch hier einzugreifen. Eine bindende Regel läßt sich da, wo es so sehr auf die jeweiligen rechnerischen Unterlagen und Ergebnisse ankommt, kaum aufstellen. Man muß jeden einzelnen Fall besonders prüfen. Im allgemeinen wird man sich aber wohl danach richten können, daß dort, wo es sich um staatliche Konzessionen oder Subventionen handelt, es besser ist, von vornherein Staatseigentum zu schaffen.

Es kommen ferner Rechtsfragen der Eingeborenen und der Ansiedler in Betracht. Man kann sie nicht damit abtun, daß wir die Kolonien nicht haben wollen, stattdessen die Kolonien nun einmal doch da sind. Doch fällt es gar nicht schwer, auf diese und andere Probleme der kolonialen Praxis aus der Klassenstellung des Proletariats eine Antwort zu gewinnen.

Das Kapital geht darauf hinaus, sich in den Kolonien eine wirtschaftliche und politische Nachstellung zu schaffen, wie es sie in den zivilisierten Ländern nicht mehr haben kann. Gesingt ihm das, so wird es seine gesteigerte Macht auch dem Proletariat in den koloni-

fierenden Ländern zu fühlen geben. Es wird Industrien verpflanzen, die Löhne drücken, Streikbrecher importieren. Und auch die alten herrschenden Gewalten, die in Europa ihre Macht bedroht sehen, sehnen sich nach Afrika. Die Kolonialpolitik ist der Lieblingsport der Fürsten. Leopold II. hat ihnen mit der Errichtung eines absolutistischen Staates am Kongo den Weg gezeigt. Demgegenüber genügt dem Proletariat seine grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik allein ebensowenig, wie seine grundsätzliche Ablehnung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern es muß zugleich seinen Klassenkampf auch auf die Kolonien übertragen und dort dieselben Rechtsnormen, denselben Arbeiterschutz, denselben wirtschaftlichen Widerstand zu erzeugen verstehen, wie in den entwickelten Industriestaaten. Darum ist auch in den Kolonien die Solidarität mit den Ausgebeuteten und die Wahrnehmung ihrer Interessen die Hauptaufgabe der proletarischen Politik.

Unbegrenzte Entwicklungsfähigkeit — große Aufgaben.

Wilhelm II. hat am Montag in Remel eine Rede gehalten, die zwar wiederum vom Geiste einer gewissen religiösen Mystik getragen war, die aber nichts von jenem Zuge der Resignation aufwies, der das Charakteristikum der letzten Kaiserreden bildete. Wilhelm II. sagte unter anderem in Remel:

„Die kräftigen, überraschenden und fast unverständlichen schnellen Fortschritte unseres neu geeinten Vaterlandes auf allen Gebieten, die erstaunliche Entwicklung in unserem Handel und Verkehr, die großartigen Erfindungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik sind eine Folge der Wiedervereinigung der deutschen Stämme zum gemeinsamen Vaterlande. Sollen wir nun im Stolz, um nicht zu sagen, im Uebermut über diese unbegrenzte Entwicklungsfähigkeit unseres Volkes anfangen, den Urquell der Stärke zu vergessen? Ja meine, nein! Je mehr wir in der Lage sind, eine hervorragende Stelle auf allen Gebieten in der Welt zu erringen, um so mehr soll unser Volk in allen seinen Ständen und Gewerben sich daran erinnern, daß auch hierin das Walten der göttlichen Vorsehung zu erkennen ist. Wenn unser Herrgott unserem Volke nicht noch große Aufgaben gestellt hätte, dann würde er ihm auch nicht so herrliche Fähigkeiten verliehen haben. Wir wollen also im Hinblick auf die Entwicklung unseres Volkes zum Himmel emporblicken, dankbar für die Gnade, die er uns erweist, indem er uns für gut hält, seine fürsorgenden Zeichen uns juteil werden zu lassen. Wir wollen aus alledem lernen, daß auch heute, in einer hohen Blütezeit, wir an den alten Quellen festzuhalten haben. Auch heute gilt es wie vor hundert Jahren: Erst den Blick nach oben emporzurichten in dem Glauben, daß alles, was uns blüht und was uns gelangt, durch Fügung von oben erwirkt ist. Und so wollen wir im Erkennen der göttlichen Fügung entschlossen wirken, so lange es Tag ist. Dann kann jeder an seine Beschäftigung gehen, der Gelehrte an seine Bücher, der Schmied an seinen Amboss, der Bauer an seinen Pflug, der Soldat an sein Schwert, und sein Gewerbe so treiben und so führen, wie es einem braven Christen und Deutschen ziemt. Dann werden wir Männer der Tat sein, ein entschlossenes Volk, den Blick nach oben gerichtet vorwärts strebend, mit dem Bewußtsein, daß eine große Pflicht und Aufgabe uns zugeteilt ist.“

Die ersten Sätze, in denen von der „unbegrenzten Entwicklungsfähigkeit“ der Nation die Rede ist, atmen beinahe Dernburgischen Optimismus. Der kaiserliche Hymnus auf die „erstaunliche Entwicklung“ von Handel und Verkehr erinnert an die Dernburgische Rede, in der dieser den schwindelnden Fortschritt Deutschlands durch die Tatsache festzustellen versuchte, daß der Nationalreichtum sich seit zwanzig Jahren um 30 Milliarden vermehrt habe. Was wir damals Herrn Dernburg gegenüber feststellten, müssen wir auch heute wiederholen. Der fast unverständliche „rasche Fortschritt“ ist nicht in dem notwendigen Maße der Waffe des Volkes zu gute gekommen! Wohl hat sich der Reichtum der Besitzenden vermehrt, aber die Masse des Volkes befindet sich nach wie vor in traurigster Lage. Im Jahre 1892 gehörten der Gruppe preussischer Rentisten, die mehr als 100 000 M. Einkommen versteuerten, 1659 Rentisten an; im Jahre 1906 dagegen 3178 Rentisten. Das Einkommen dieser kleinen Gruppe war von 382 Millionen auf 791 Millionen angewachsen. Das Durchschnittseinkommen von 230 000 M. auf 249 000 M. gestiegen!

Demgegenüber war das Durchschnittseinkommen der Steuergruppe mit 900—3000 M. Einkommen von 1378 auf 1829 M. gesunken!

Die „unbegrenzte Entwicklungsfähigkeit“ des Einkommens ist also für die auf der Spitze der Pyramide Stehenden erwiesen. Die die Basis der Pyramide bildenden Massen dagegen befinden sich noch immer in der äußersten Notwendigkeit. Mehr als 20 Millionen der 37 Millionen der preussischen Bevölkerung stehen noch unterhalb der Steuergrenze, besitzen — trotz der ungeheuer gestiegenen Preise für die wichtigsten Lebens- und Konsumartikel! — weniger als 900 M. Einkommen; weitere 9 Millionen weniger als 1500 M. Einkommen!

Wilhelm II. sprach dann weiter von den „großen Aufgaben“, die dem deutschen Volke nach dem „Walten der göttlichen Vorsehung“ noch gestellt seien. Wir sehen davon ab, die „göttliche Vorsehung“ irgendwie zu deuten. Was man immer unter diesem etwas mystischen Begriff verstehen mag: das geschichtliche Walten

bedient sich auf alle Fälle der menschlichen Einsicht und des menschlichen Willens als seines Befehls. Und da sind allerdings auch wir der Ansicht, daß sich das deutsche Volk erst vor seine „großen Aufgaben“ gestellt sieht. Zum Beispiel vor die Aufgabe, sich erst einmal sein fundamentalstes Bürgerrecht, das allgemeine, gleiche, direktes und geheimes Wahlrecht zu erringen! Nicht in kolonialen Heldentaten höchst zweifelhafter Art, nicht in internationalen „weltpolitischen“ Abavitäten bestehen die „großen Aufgaben“ des deutschen Volkes, sondern vor allem in der Erringung des gleichen Bürgerrechts für alle! In diesem Sinne wird hoffentlich das Proletariat, werden hoffentlich alle entrechteten Schichten dieser fiden Mittel der Nation, „Männer der Tat“ und „ein entschlossenes Volk“ sein!

Block-Hengite!

Der Bloch hat doch Angst!

Es ist ja eine schöne Sache für die Konservativen, sich ihre Herrschaft zu sichern durch „Zugeständnisse“ an die Börse, Zugseländnisse, die sie heimlich längst ersehnen, seitdem die sprunghafte Steigerung der Grundrente durch die Wucherzölle unsere Junker in den Stand gesetzt hat, ihre Ueberflüsse in den feinen „Papierchen“ anzulegen. Der Reiz auf die Börse weicht sehr rasch der Lust an den Börsengewinnen Anteil zu nehmen. Und der Freisinn ist ja wirklich so billig! Für die eine Börsenreform alle Prinzipien! Aber eine Sorge quält die Herren. Was wird aus ihrer Demagogie? Wir reden nicht von der des Freisinn. Seit dem schmählichen Umfall der Volkspartei, die aus einem Kampf um das gleiche Wahlrecht eine Hege gegen die Sozialdemokratie zu machen sucht, ist es mit der Freisinnidemagogie zu Ende. Das ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln und die Herren Fischbeck, Wiemer und Müller werden mit ihren Reden keinen Arbeiter, keinen, dem es um die demokratische Entwicklung Deutschlands ernst ist, hinter dem Ofen hervorlocken. Diese Kultur- und Freiheitskämpfer, die sich mit der finstersten, gefährlichsten und mächtigsten Reaktion, mit dem preussischen Junkertum, verbunden haben, denen wird kein Mensch mehr ihre Tiraden glauben. Es ist die Unfähigkeit der Herren, die sie die Konkurrenz mit der Sozialdemokratie fürchten läßt und sie bewogen hat, die eigenen Interessen des Bürgerturns an die Junker und den Regierungsabsolutismus zu verraten.

Aber auch die Demagogie des Junkertums und seiner mittelständlichen, antisemitischen und jüdischfeindlichen Mittlinge ist in Gefahr! Da haben sie den Kleinen Leuten immer eingeredet, sie allein seien imstande, sie gegen die „Auswüchse“ des Kapitalismus zu kämpfen, gegen das Großkapital, das sie erdrückt, gegen den „Bischof“, die Börse, vor allem, die sie beschwunden und enteigne und die lauer ersparten Großchen, die Freucht jahrelanger Mühen, in die Taschen einiger „jüdischer“ Großspekulanten leite. Die sichersten Stützen aber der Börse seien der Freisinn und natürlich die Sozialdemokratie, der Anbegriff alles Bösen. Jetzt sitzen diese ehrenwerten Herren mit dem Freisinn im Bloch und dessen erste Grobtat soll die „Befreiung“ der Börse aus den Fesseln einer ungerechten Gesetzgebung sein. Man sieht ein schlimmer Fall für die Demagogen. Aber sie trösteten sich: Die Sozialdemokratie müßte ja für die Börsenreform stimmen; wir Konservativen aber kommandieren einem Teile unserer Leute dagegen zu stimmen; dadurch gefährden wir nicht die Börse und den Bloch, können aber doch vielen unserer leichtgläubigen Wähler einreden, die Sozialdemokratie ist die Verbündete des Börsenkapitals. Die Börse ist gerettet, aber die Demagogie auch!

So ist es kein Wunder, daß unser letzter Artikel, der den Zusammenhang zwischen Börse, Kolonialpolitik und Bloch aufzeigte, den Herren einen gewissen Schrecken eingejagt hat. Wenn die Sozialdemokratie, über deren Prinzipientreue sie sonst als Dogmenfanatismus, Verantw. Erklarung nicht genug schimpfen und höhnen können, wirklich am Ende sich zu dem sauberen Spiel nicht hergeben wollte — was wird denn aus ihrer Demagogie, aus dem Verleumdungswort, den ihr Lügenverband schon jetzt vorbereitet?

Die Leute haben aber um so lange gelogen, daß sie zuletzt fast in Gefahr geraten, an ihre Lügen zu glauben. Die Sozialdemokratie hat ihre Stellung zur Börse durchaus nicht geändert, wie die „Reiz. Bzg.“ in ihrer Angst um die künftigen Wähligen jammert. Friedrich Engels hat einmal gemeint, bei der Börse wisse man nie, wo das Geschäft anfängt und der Schwindel anfängt. Was wir gesagt haben, ist nur dies, daß dieser Schwindel nur eine Teilerscheinung der kapitalistischen Gesellschaft ist, nur ein Mittel neben vielen anderen der Expropriation der Kleinen durch die Großen. Wir haben gegen die Börsengesetzgebung gestimmt, weil wir auch diese Art Börsenschwindel nicht mitmachen wollen, die meint, durch stets aufs neue zerrissene Spinnfäden des Gesetzes Schäden, die nun einmal von der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Erzeugnis, der Börse, unzertrennlich sind, verhindern zu können. Wir treiben keine Demagogie und haben es nicht nötig, weil wir nicht die Volksmassen über ihre wahren Interessen täuschen müssen wie die herrschenden Klassen, sondern im Gegenteil sie diese erkennen lassen wollen. Aber ebenjowenig haben wir geäußert, daß einzelne Bestimmungen der Börsengesetzgebung ganz nützlich für diejenigen wirken können, die nun einmal nicht alle werden, für die Dummen, die den Locken folgen, um früher oder später die Opfer ihrer Dummheit zu werden. Wenn das neue Gesetz Bestimmungen enthalten sollte, die den Börsenschwindel begünstigen und den Kreis, aus denen die Opfer geholt werden, erheblich ausdehnen, dann werden sich die Herren schon selbst bemühen müssen. Die Gefahr ist ja übrigens nicht so groß; für die eine Wahlfrage, die ihnen entgeht, wird ihre Lügenorganisation schon zehn andere ansuchen!

In der Börsenreform hängt absolut kein proletarisches Interesse, wir stehen dem Produkt des Blochs lähl und wachsam gegenüber.

Chinesen und Japaner in Kanada.

London, 20. September. (Fig. Wer.)

Die „Times“ von heute enthält nähere Angaben über den Konflikt zwischen den asiatischen und kanadischen Arbeitern. Die Zahl der Chinesen in Kanada beträgt ungefähr 17 000. Von diesen 17 000 Chinesen sind aber 14 376 in Britisch-Columbia. In den Jahren 1884 und 1900 wurden auf Veranlassung der Arbeiterkommissionen eingeseht, um die chinesische Einwanderung zu untersuchen. Man belegte die Chinesen zuerst mit einer Kopfsteuer von 10 Pfund Sterling; als diese Steuer sich unwirksam zeigte, die Einwanderung zu hemmen, wurde sie auf 20 Pfund Sterling erhöht! Indes auch diese Steuer war wirkungslos, und sie wurde deshalb auf 100 Pfund erhöht! Das Resultat aber war immer dasselbe: die Chinesen kamen und zahlten die Steuer.

Was die Japaner betrifft, so wurde bis zum Jahre 1896 keine besondere Statistik über sie aufgenommen. Erst im Juli 1896 begann die Registrierung. Von diesem Datum an bis zum Jahre 1901 wanderten 14 000 Japaner in Britisch-Columbia ein. Im Jahre 1902 wurde eine Kommission eingeseht, um auch die japanische Einwanderung zu untersuchen. Sie berichtete:

„Die japanischen Arbeiter unterscheiden sich von den chinesischen Arbeitern durch manche Eigenschaften. Der japanische Arbeiter ist unabhängiger, energischer, sowie fähig und willig, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, wenigstens was das äußere Benehmen betrifft. Er ergreift jede Gelegenheit, englisch zu lernen und macht dies oft zu einer Bedingung des Arbeitsvertrages. . . . Das Volk von Britisch-Columbia ist einstimmig der Ansicht, daß die Japaner nicht assimilierbar sind und obwohl sie in manchen Be-

ziehungen nicht so lästig werden wie die Chinesen, da jene unsere Gewohnheiten und Sitten eher annehmen und einen größeren Teil ihrer Löhne in unserem Lande verzeihen, so sind sie doch in allem, was eine permanente Niederlassung betrifft, ebenso gefährlich wie die Chinesen, — ja, noch gefährlicher, da sie unabhängiger, energischer und wagemutiger sind als die Chinesen.“

Der Artikelschreiber gibt noch zwei Ansichten über diese Frage, eine von einem Unternehmer, die andere von einem Arbeiterführer. Der Unternehmer erklärte:

„Die Bergarbeiterorganisation von Britisch-Columbia wird von der Western Federation of Miners beherrscht, die ihren Sitz in den Vereinigten Staaten hat. Diese Organisationen beherrschen zu einem großen Teile die Situation, soweit es sich um Arbeitverhältnisse handelt, und sie sind gegen die Einwanderung von Orientalen. Dieselben Leute, die gegen die Orientalen sind, möchten überhaupt jede Arbeiteremwanderung verhindern. Und ohne eine starke Einwanderung ist keine Hoffnung auf die Entwicklung des Landes vorhanden. Was die Chinesen betrifft, so sind es ihre Tugenden, die sie unseren Arbeitern lästig machen. Die Chinesen sind nüchterne, fleißige und arbeitssame Leute. Was die Japaner betrifft, so werden sie früher oder später massenweise einwandern. Innerhalb fünfzehn Jahren werden die Japaner darauf bestehen, auf gleichem Fuße mit den Weißen der nordamerikanischen Westküste behandelt zu werden.“

Demgegenüber erklärte ein Arbeiterführer:

„Wir sind hier seit 16 oder 18 Jahren, und wir finden, daß von einem Arbeitermangel keine Rede sein kann. Die Kapitalisten wollen nur billige Arbeiter, wobei es sich ihnen gleich bleibt, ob die billigen Arbeiter aus China, Japan oder England kommen. Unser Land ist bereits das Eigentum großer Aktiengesellschaften, und ihnen fehlen nur noch billige Arbeiter, um sie auszubenten. Britisch-Columbia ist aber ein Land für weiße Arbeiter, und wir sind entschlossen, es zu einem Lande der Arbeiter zu machen. Die Arbeiter müssen die Zügel der Regierung übernehmen und die politische Macht dazu benutzen, die Schätze des Landes im Interesse der Arbeiter auszubenten. Das ist unser Ziel. Man mag es Sozialismus oder sonst etwas nennen. Das Land entwickelt sich schnell genug.“

Der Artikelschreiber fügt hinzu, daß die Agitation gegen die Chinesen und Japaner von allen kanadischen Arbeitern gebilligt wird. . . .

Ottawa, den 22. September.

In Beantwortung einer von dem kanadischen Trades Labour-Kongress zu Winnipeg angenommenen Resolution, welche die Einwanderung der Japaner als schädlich für die Interessen Kanadas bezeichnet und die Abschaffung des Vertrages mit Japan verlangt, erklärte der Premierminister Sir Wilfried Laurier, der Vertrag habe sich als überaus vorteilhaft für den Handel Kanadas mit Japan erwiesen. Er bezweifle auch, daß die Vorfälle in Vancouver der japanischen Einwanderung zuzuschreiben seien. Die Regierung müsse, bevor sie durch übereiltes Vorgehen sich bloßstelle, sorgfältig die Ursachen untersuchen, welche in jüngster Zeit eine stärkere Einwanderung von Asiaten als früher veranlaßt haben.

London, 24. September. Wie aus Ottawa gemeldet wird, werden die von den Japanern und Chinesen wegen der jüngsten Unruhen in Vancouver geforderten Entschädigungen von der kanadischen Regierung unverzüglich geregelt werden. Die japanischen Ansprüche belaufen sich auf 1700 Pfund Sterling. —

Marokko.

Dem prächtigen Ausruf der französischen und spanischen Sozialdemokratie, den wir gestern telegraphisch gemeldet haben, werden bald die Taten folgen. Die Aktion unserer Bruderparteien ist das unmittelbare Ergebnis der Stuttgarter Tagung und zeigt, wie die dort gefaßten Beschlüsse sofort in Wirklichkeit umgesetzt werden. Den bürgerlichen Parteien und Regierungen wird dadurch klar gemacht, daß der imperialistischen Abenteuerpolitik des Finanzkapitals die einmütige, entschlossene Gegenwehr der proletarischen Internationale auf dem Fuße folgt. Die Aktion unserer Bruderparteien, die das deutsche Proletariat aufs wärmste begrüßt, entschlossen, sobald es die Ereignisse fordern sollten, sie tatkräftig zu unterstützen, ist eine Gewähr dafür, daß das Proletariat alle Konflikte, die aus der Kolonialpolitik des Kapitalismus notwendig erwachsen, aufmerkzaam verfolgt und alles daran setzen wird, deren friedensgefährdenden Ausbruch zu verhindern. Dem Ausruf der „Humanität“ folgt heute ein Artikel von Jaurès, der die internationale Verzichtleistung auf alle kolonialen Abenteuer in Marokko fordert. Jaurès befindet sich damit in vollster Uebereinstimmung mit dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie. Die wichtigsten Stellen des Artikels geben wir in nachstehendem Telegramm:

Paris, 24. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Jaurès warnt in der „Humanität“ vor Clemenceaus Offensivpolitik, die den ganzen Hohn der Marokkaner auf Frankreich lenke und die Mißbilligung der Spanier hervorrufe. Es ist hohe Zeit, Halt zu machen und auf den Akt von Algeiras zurückzukommen. Hierzu ist, wenn man Unzulänglichkeiten darin sieht, keine neue Konferenz nötig. Frankreich muß nur konstataren, daß eine franko-spanische Polizei unter der Autorität des Sultans nicht organisiert werden kann und der Schutz der Ausländer allen interessierten Mächten obliegt. Ich verstehe sehr gut, daß Webel einer internationalen Union widersteht, die dem deutschen Reichskanzler die Gelegenheit gäbe, die Karten zu verwickeln und den deutschen Kolonialpolitikern den Anstoß, einen Teil Marokkos zu fordern. Aber es handelt sich nicht darum, Marokko international zu erobern, sondern auf seine Eroberung international zu verzichten.

Die gestrige Meldung von der Unterwerfung dreier im Südoften von Casablanca wohnender Stämme bedeutet keineswegs die Einstellung der Feindseligkeiten. Im Gegenteil, der Angriffskrieg gegen die übrigen Stämme wird jetzt noch kräftiger als bisher betrieben werden. Größere Expeditionen von mehr als einjähriger Dauer sollen unternommen werden. Die Verpflichtung, die drei unterworfenen Stämme vor Angriffen der in Feindseligkeit verharrenden zu schützen, bietet den Franzosen neue Vorwände für Offensivbewegungen. Die friedliche Durchdringung mache so immer weitere Fortschritte.

Dagegen will Frankreich angeblich zurzeit keine Polizotruppe in die Höfen des Landes werfen. Mulay Hafid läßt und die Franzosen scheinen ihm nicht recht zu trauen: es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie den Sultan Abdul Aziz zu ihrem Werkzeug machen wollen. In der französischen Presse verstärken sich jene Stimmen, die einen neuen Marokkovertrag fordern, der Frankreich mehr Freiheit läßt, als der zurzeit bestehende.

Die Meldungen des Tages lauten:

Paris, 24. September. Die der „Matin“ berichtet, wird General Druide den Angriffskrieg gegen die unbotmäßigen Stämme tatkräftig fortsetzen; er sei wegen der weiten Entfernung des Wohnsitzes der Stämme ermächtigt worden, Expeditionen auch über die Dauer eines Tages hinaus zu unternehmen.

Die „Le Journal“ aus Casablanca meldet, hätten sich die Stämme mit ihrer Entwerfung erst einverstanden erklärt, nachdem ihnen der Schutz Frankreichs gegen die Angriffe der aufständlichen Stämme versprochen worden war.

Tanger, 23. September. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Unterwerfung der im Südoften von Casablanca wohnenden Stämme der Madefjan, Senata und Chaida wird zur Folge haben, daß der linke Flügel der Truppen General Druides frei wird, und wird ihm die Möglichkeit geben, sich der unterworfenen Stämme zu bedienen, um auf diejenigen, welche sich noch nicht unterworfen haben, einen Druck auszuüben.

London, 24. September. Nach der Meldung eines Morgenblattes aus Casablanca hätte ein Europäer aus Mazagan berichtet, daß Mulay Hafid am 19. September Mulay Hafid mit 6000 Mann und fünfzig Krupp-Geschützen nach dem Schajadistrit ent sandt habe, um die Schajas zurückzuhalten und sie zu überreden, ihre Kräfte gegen den Sultan Abdul Aziz aufzukapern. Wenn dies jedoch unmöglich sei, so solle Mulay Hafid sich mit ihnen gegen die Franzosen vereinigen. Diese anscheinend authentische Meldung dürfte das Rätsel der Bestimmung der von Mulay Hafid entsandten Truppen lösen. (Verl. Tagebl.)

Madrid, 24. September. Der Führer der spanischen sozialistischen Partei Galesta begibt sich am 6. Oktober nach Paris, um dort den angekündigten Vortrag gegen das marokkanische Abenteuer zu halten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. September 1907.

Dernburg in Usambara.

Dernburg ist nunmehr von seinem „Wästenbummel“ nach Tanga zurückgekehrt, um sogleich, wie das offiziöse Depeschembureau meldet, eine Fahrt über die Gesamtstrecke der Usambarabahn zu unternehmen, an die sich in den nächsten Tagen ein Besuch der Pflanzungen anschließen soll.

Die Korrespondenz Wolff berichtet, daß man sich in den Kreisen der Ansiedler von Usambara und am Kilimandscharo von Dernburgs Besuche um doch noch recht viel verspreche. Ein Bahnbau bis zum Kilimandscharo sei notwendig. Als Ersatz für eine Bahn wolle die Regierung eine große Fahrstraße nach dem Gebirge bauen, allein dies Projekt sei aus finanziellen, weil das Gebiet zwischen Rombo, der jetzigen Endstation der Usambara-Bahn, und dem Gebirge durch Fieber und Teufels-Plage für Karawanenzüge ungeeignet sei. Man hoffe, daß die Regierung sich doch noch für den Bahnbau entscheide.

Nach der „N. N. Bzg.“ soll ja zum mindesten eine Vorlage über eine weitere Teilstrecke der Usambara-Bahn zu erwarten sein.

Das ist sehr wohl möglich. Und die Teilstrecke wäre nur der erste Schritt zur Verlängerung bis zum Kilimandscharo. Daneben wird aber sicher auch der Bau der ostafrikanischen Zentralbahn von Dernburg eifriger betrieben werden. Man wird eben zwei Bahnen bauen und damit, wie in Deutschland selbst, auch in Ostafrika die Interessen der Kolonial-Agrarier mit denen der Börse vereinigen!

Die rote Woche und der blaue Sonntag in Essen.

Für den diesjährigen Parteitag hatten die Genossen in Essen die dortige Stadtverwaltung um Ueberlassung des städtischen Saalbaues gebeten. Das Gesuch ist abschlägig beschieden worden. Der Parteitag der weitaus größten deutschen Partei mußte fernab vom Mittelpunkte der Stadt togen. Beim Katholikentage im vorigen Jahr war es anders: den Zentrumskleinen stand nicht nur der städtische Saalbau, sondern auch jedes andere Lokal der Stadt zur Verfügung; sie durften ihren Arbeiterfestzug, ihre Wallfahrt und ihre Studentenmärsche durch die Straßen führen. Das Zentrum war, unter freundslichem Willkommensfelsen der städtischen Behörden, während der schwarzen Woche Herr in der Stadt Essen.

Und auch am Sonntag nach der roten Woche gab es Leben und Lärm in den Straßen und Lokalen der Kanonensiedel. Der Essener evangelische Arbeiterverein beging das Fest seines 25jährigen Bestehens; er hatte die Vereine aus der Umgegend zu sich eingeladen; ein Umzug mit 20 000 Teilnehmern, 100 Fahnen und 20 Musikkapellen fand statt; auf dem Burgplatz gab's Kongert, Hofaufführungen, Massengesänge und Ansprachen, am Abend Festversammlungen im städtischen Saalbau, im Arbeiterheim und im evangelischen Vereinshaus. Der evangelische Arbeiterverein machte an diesem einen Tage zehnmal mehr von sich hören und sehen als der sozialdemokratische Parteitag die ganze Woche; ihm stand die ganze Stadt mit ihren Plätzen, Straßen und Lokalen zur Verfügung, während die Abgeordneten der größten deutschen Partei sich auf einen notdürftigen Unterschlupf in einem abgelegenen Vorort beschränkt saßen.

Diese unterschiedliche Behandlung hat ihre Gründe. Der Oberbürgermeister von Essen, Geheimrat Holte, der die Arbeitervereine nach dem Umzuge begrüßte, als Vertreter der Heimat dieses trefflichen Vereins“, meinte in seiner Ansprache:

Welchen Kontrast erblicken wir heute im Vergleich zur vorigen Woche, wo der Kongress der Vaterlandsliebe und Friedlosigkeit (!) hier tagte, auf dem man wieder bemerkt war, dem Volke den Seelenfrieden zu rauben. Wer sich ein unbefangenes Urteil im Strome der Zeit bewahrt hat, der weiß und findet dies gerade in den den und uninteressanten Verhandlungen der letzten Woche bestätigt, daß die Umstrukturierung nimmermehr den Fesseln untergraben werden, auf dem Thron und Altar aufgebaut sind. Welch anderes Bild tritt uns hier entgegen bei der Jubelfeier des Vereins, der sein Motto dem Evangelium entlehnt hat. Nicht die Gleichheit macht den Menschen glücklich, sondern die Friedlichkeit und lernen wir nur das Glück ergreifen, denn das Glück ist immer da. Möge der Verein noch viele Jahre seinen Mitglie dern Glück und Zufriedenheit bringen und ihm noch lange Gelegenheit zur Pflege seiner vaterländischen und religiösen Ideale gegeben sein. Möge er weiter blühen und gedeihen in dem bewährten Grundsatz: „Fürchtet Gott, ehret den König, habet die Brüder lieb.“

Oberbürgermeister Holte hat, als er so sprach, wohl nicht daran gedacht, daß die Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl rund 20 000 Wähler, das ist ein Drittel aller abgegebenen Stimmen, aufgebracht hat, die wohl ausschließlich aus Arbeiterkreisen stammen und deshalb hauptsächlich beteiligt sind an der Größe und Wälsche Essens. Da die sozialdemokratischen Wähler durch ihre Steuern auch zur Erhaltung der Stadt und zur Befolgung der städtischen Beamten beitragen, so hätte Herr Holte, der mit zu diesen Beamten zählt, allen Grund, die Bürger ohne Rücksicht auf ihren Glauben und ihre Partei mit gleichem Maße zu messen und nicht dem einen Teil schmöde vorzuenthalten, was er dem andern gewährt.

Der evangelische Arbeiterverein in Essen zählt 1600 Mitglieder, ihm wird zu seinem Feste die ganze Stadt zur Verfügung gestellt;

den Vertretern einer nach Millionen zählenden Partei weiß Herr Holle die Art. Glaubt er dadurch dem „Seelenfrieden“ im Volke und der „Zufriedenheit“ zu dienen? Da wird er sich irren. Herr Holle hat sich als williges Werkzeug der preussischen Willkürherrschaft erwiesen und er kann überzeugt sein, daß sein Verhalten nur das eine bewirkt hat: uns anzuspornen in dem Kampfe gegen das preussische Wahlrecht. Insofern hat es sein Gutes, daß er glaubte, der roten Woche den blauen Sonntag als Trumpf auslegen zu können.

Verschleppen!

Die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt ihre Mitteilung, daß in der kommenden Landtagsession von einer Ausdehnung des Wahlrechts keine Rede sein könne. Sie beruft sich dabei auf die „Verl. Polit. Nachr.“, daß eine weitergehende Aenderung in der laufenden Legislaturperiode nicht beabsichtigt sei. Das Blatt meint höhnisch, die „Herren Stürmer und Dränger mögen und müssen sich damit abfinden, daß die Wahlrechtsänderung den Landtag in seiner nächsten Tagung nicht beschästigen wird.“ Uns scheinen die Nachrichten beider Blätter nicht ganz in Uebereinstimmung. Dies ist übrigens für uns nicht sehr wichtig. Ob gar keine oder keine „weitergehende“ Reform für den nächsten Legislaturabschnitt geplant ist, die wirklichen Stürmer und Dränger werden sich nicht abhalten lassen, die Agitation für das gleiche Recht energisch zu führen. Wir glauben schon, daß es dem Volk am liebsten wäre, die Reform nicht nur für die nächste Tagung zu verschieben. Aber die Herren mögen sich nicht täuschen. Was immer in den Räumen des Reichstagsparlamentes, von dem 85 Proz. des preussischen Volkes ausgeschlossen sind, verhandelt werden mag, auf die Tagesordnung der Volkspolitik wird nur ein Gegenstand gesetzt werden: Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Die Bloßbrüder.

Die konservativen „Schlesische Morgenzeitung“ schreibt den Freisinnigen, die sich ebenso wie ihre Bloßbrüder so gern in der Rolle des Anstandslehrers gefallen, folgenden ins Stammbuch: „Daß wir diese Bloßpolitik nicht gern sehen, daraus haben wir nie ein Hehl gemacht. Das kann man uns schlesischen Konservativen auch nicht verdenken. Wir leben seit Jahrzehnten mit dem Fortschritt, späteren Freisinn, noch späteren Freisinnigen Volkspartei in bitterer Fehde. Daß diese Kämpfe der Konservativen mit dem Liberalismus bei uns erbitterter sind als anderwärts, mag seinen Grund zum Teil wohl darin haben, daß in Ostpreußen das städtische Element politisch stark hervortritt und in den linksstehenden Parteigruppen, besonders im Freisinn, die wort- und feberföhrende Leitung hat. Anders ist es uns wenigstens nicht verständlich, mit welcher Gehässigkeit, Hebe, Verdrehung und direkter Lüge seitens des Freisinn in manchen schlesischen Wahlkreisen die politischen Kämpfe geführt werden. Wenn wir uns nun denken sollen, daß unsere Abgeordneten im Reichstage und wohl gar auch im Landtage Hand in Hand mit Leuten wie Hermes, Kopisch, Müller-Sagan Politik treiben sollen, mit Männern, die auch noch im letzten Wahlkampf zum mindesten diese etwade Kampfesweise geduldet und durch Still-schweigen gutgeheißen haben, dann erscheint uns die Bloßpolitik als eine geradezu unnatürliche. Denken wir dann noch an die grundsätzlichen Gegensätze auf wirtschaftlichem und ideellem Gebiet, so werden nicht bloß die Zweifel an dem Zusammenhalt der Bloßparteien auch nur für einige kurze Epochen parlamentarischer Arbeiten sehr berechtigt erscheinen, sondern auch die Bedenken an dessen innerer Durchföhhrung.“

Der Kampf um seine politische Existenz, das letzte Ringen um sein Leben... Was seit Jahrzehnten nicht der Fall: Man braucht ihn. Das Glüd war ihm hold: Hier ließ sich der sterbende Körper mit Hilfe der Regierung neu beleben. Man griff zu, und Wilson erwies sich dankbar. Heute steht der Freisinn als Vaterlandsretter in nächster Nähe der Ministerfessel und somit unter der Wärme von oben seine feilgeordneten Glieder.“

Die Freisinnigen werden nicht verümen, die Wortwürfe als Verleumdung und böshafte Unterstellung zurückzuweisen, aber wie bisher werden sie auch in Zukunft in holder Eintracht mit ihrem Bloßschimpfbrüder der Sozialdemokratie unnohle Kampfesweise und Rangal an gutem Ton vorwerfen.

Wir glauben, daß die Schimpffrohren als ehrliche Brüder sich gegenseitig die Wahrheit sagen — da liegt es nahe, daß sie im Kampfe gegen den gemeinschaftlichen Gegner erst recht die „Augenden“ üben, die sie sich wechselseitig attestieren!

Freisinnige Unterströmungen.

Auf der Tagung des Westdeutschen Verbandes liberaler Vereine am 22. September in Marburg wurde nach einem Referat des Verbandessekretärs Kusche-Marburg über die Reform des preussischen Wahlrechts folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Westdeutschen Verbandes erklärt ihr volles Einverständnis damit, daß die von den drei linksliberalen Parteien geforderte Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht jetzt mit besonderem Nachdruck propagiert werden muß. Sie spricht den liberalen Führern Haukmann, Hormann, Raumann, Bayer und Träger für ihre entschiedene Stellungnahme in dieser Angelegenheit Dank und Anerkennung aus und erwartet, daß die linksliberale Reaktionsgemeinschaft im Reichs- und Landtage sofort nach Zusammentritt dieser Parlamente entsprechende Anträge einbringen wird. Zur Unterstützung dieser parlamentarischen Aktion werden die Vereine des Verbandes aufgefordert, überall Kundgebungen der Landtagswähler zu veranstalten für Einführung des Reichstagswahlrechts zum preussischen Landtage noch in der kommenden Session. Den einzelnen Vereinen bleibt es überlassen, mit anderen Parteien, die auf dem Boden der Förderung des Reichstagswahlrechts stehen, gemeinsam vorzugehen.“

Diese Resolution beweist immerhin einigen guten Willen, obwohl der Dank an Herrn Raumann etwade unzeitgemäß ist, da dieser Herr ja inzwischen wieder völlig zusammengelutet ist.

Die Sozialdemokratie wird diese Unterströmungen, ohne ihre Bedeutung zu überschätzen, dazu benutzen können, um auch freisinnige Kreise über den schmachvollen Wahlrechtsverrat ihrer Führer aufzuklären.

Die „Germania“ gegen die Jugendorganisation.

Unsere Leser kennen die durch ihren reaktionären Inhalt wie durch den unprofessionellen Ton gleich hervorstechende Stillschaltung des Landrats Stubenrauch, mit der er die Beschwerde des Verbandes der jugendlichen Arbeiter abweist. Diese Antwort findet nun den begeisterten Beifall der — „Germania“. Sie nennt den Kampf der Behörden gegen den Verband fälschlich einen „Kampf der sozialdemokratischen Jugendorganisationen gegen die — Behörden“ und hofft, daß die „erregten Stille“, wie das christliche Blatt geschmackvoll die schwer arbeitenden, ausgebeuteten Kinder des Proletariats nennt, von dem Minister, an den sie sich wenden wollen, „in derselben wohlwollenden Weise an die staatsbürgerliche Einrichtung der Fortbildungsschulbank erinnert“ werden. Ja, ist denn das Zentrum noch nicht reaktionär genug, um in den Bloßbund als Dritter aufgenommen zu werden?

Der Erfolg einer Rede.

Große Aufsehen erregten im Dezember 1906 die Ausführungen des Geschäftsführers des Staats- und Gemeindefürsorgeverbandes, Genossen Schönberg, in einer von diesem Verbands einberufenen Versammlung über Vorgänge im Staatskrankenhaus zu Hamburg-Eppendorf. Er behauptete, es seien nicht allein widerrechtlich Sektionen von Leichen vorgenommen worden, sondern es werde auch ein umfangreicher Handel mit Leichen und Leichenteilen nach auswärts betrieben. Diese Leichenschänderede, wie sie allgemein genannt wurde, führte, wie das so des Landes Brauch ist, nicht etwa zur Erhebung einer Anklage gegen die Beschuldigten, sondern Genosse Schönberg makte auf der Anklagebank Platz nehmen, um seine Anschuldigungen zu beweisen. Er wurde freigesprochen, weil der Wahrheitsbeweis als erbracht galt.

Dieser Prozeß hatte zur Folge, daß ein parlamentarischer Ausschuß eingesetzt wurde, dem die Prüfung der Frage überwiesen wurde, in welcher Weise Vorkommnisse, wie sie durch den Prozeß gegen Schönberg festgestellt sind, in den staatlichen Krankenhäusern vermieden werden können. Ferner sollte der Ausschuß die Frage prüfen, wie es möglichst werden kann, daß bei Interpellationen in der Bürgerschaft über Verhältnisse in den Verwaltungen einwandfreie und verantwortliche Auskunft erteilt werde.

Das Ergebnis dieser Prüfung hat der Ausschuß in folgendem Antrage niedergelegt, der demnächst das Parlament beschästigen wird:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Vorlage eines Gesetzes, in welchem 1. die Sektionen von den in den städtischen Krankenhäusern verstorbenen Personen in der bisher praktisch geübten Form eine gesetzliche Grundlage erhalten, 2. Bestimmungen über die Befehdung von Leichen und Leichenteilen getroffen werden.“

Hoffentlich wird die Reg. Schönberg ihren Zweck erfüllen. —

Ungarn.

Der Massenstreik am 10. Oktober.

Budapest, 22. September.

Die Agitation für den Massenstreik am 10. Oktober, dem Tage der Parlamentsöffnung, als Kundgebung für das allgemeine, geheime Wahlrecht wird im ganzen Lande eifrig weiter betrieben. Fast sämtliche Organisationen haben sich bereits für die Arbeitsruhe entschieden, und bisher hat die Arbeiterchaft in 54 Städten und Gemeinden ihre Teilnahme am Massenstreik beschlußweise ausgesprochen. Heute finden in 27, am nächsten Sonntag in 43, am 6. Oktober in 23 Städten und Gemeinden Volksversammlungen statt, die sich mit den Wahlrechtsdemonstrationen am 10. Oktober befassen. —

Finnland.

Die finnische Polizei.

Helsingfors, 21. September. (Eig. Ber.)

Infolge einer Interpellation unserer Genossen wurde die Polizeifrage vor der Volksvertretung in einer über 12 Stunden dauernden Sitzung diskutiert. Kaum hatten die jetzigen Regierungsmänner im Novembersturm des Jahres 1906 die Gewalt an sich gebracht, so begannen sie auch schon, die damals demokratische Polizei umzugestalten und zu vermehren. Im Frühjahr 1906 liefen nämlich vor fast allen städtischen Gemeinden, wie auf Bestellung, beim Senat Berichte ein, in denen um Vermehrung der Polizei ersucht wurde. Die Berichte waren von den Gouverneuren beglaubigt, die überdies die Polizeiverstärkungsgesuche unterstützten. Der Polizeimeister von Kotka begründete sein Gesuch damit, daß in Kotka verhältnismäßig viele Arbeiter wohnen, so daß die Ruhe der anderen Bevölkerungsklassen unbedingte eine Vermehrung der Polizei erfordert!

So im Frühjahr. Im Herbst ersuchte derselbe Polizeimeister, nachdem sein Frühjahrsgesuch genehmigt war, abermals um eine Verstärkung! Jetzt begründete er seinen Antrag mit den häufigen Streiks der Arbeiter! Der Senat fand „nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage“, daß die Polizei von Kotka wiederum verstärkt werden müsse.

In Helsingfors wurde im Sommer 1906 eine Polizeischule eingerichtet. Diese erhielt vom Senat eine Unterstützung von 12000 M. Die damaligen Konstabler — in den Novembertagen aus den Reihen der Arbeiter nach sorgfältiger Auswahl angeworben — sollten in jener Schule zu gewissenlosen Draufgängern „erzogen“ werden, damit sie auf den leisesten Wink gegen die Massenbewegten Arbeiter losgelassen werden könnten. Dieser Polizeidruck war den Konstablern zuwider, und durch einen einläufigen Streik versuchten sie, ihren verhassten „Lehrer“, den Leutnant Schaumann, los zu werden. Das gelang ihnen nicht. Die „Schuldigen“ wurden von dem neuen Polizeimeister von Berg entlassen, nachher auch die Unschuldigen, d. h. solche, die sich als Anhänger der Arbeiterpartei bekannt gemacht hatten und daher den Gewaltthätern „unzuverlässig“ waren.

In derselben Zeit fanden viele rätselhafteste Verbrechen, Diebstähle an Waffen und Dynamit, Brandstiftungen und Explosionen statt, welche sorgfältig registriert und der Arbeiterbewegung aufs Konto geschrieben wurden. Viele dieser Taten sind nachweislich von denselben sogenannten „Aktivist“en verübt worden, die unter Bobrikoff den aktiven Kampf gegen die Unterdrückung organisiert hatten, während bei anderen die Provokateure der Polizei die Führerrolle spielten. Diese Vorkommnisse nun werden als Grund für die weitere Vermehrung der Polizei ins Treffen geführt. Mit Leichtigkeit ward in St. Petersburg die Genehmigung erteilt, die Polizei im ganzen Lande „parl.“ in Helsingfors gar von circa 300 Mann auf über 900 zu vermehren, die alle mit Säbel und Browningspistole bewaffnet sind. Einige hundert Mann bilden die Reitergarde der Helsingforser Polizei.

Die regelmäßigen Jahresausgaben der Polizei von Helsingfors sind infolge dieser Vermehrung auf 3806558 M. angewachsen und machen pro Kopf der Einwohner — Kinder mitgerechnet — 17,00 M. aus!

Bei der Anwerbung neuer Konstabler und Polizeikommissare wird jetzt hauptsächlich darauf Gewicht gelegt, daß sie Gegner der Sozialdemokratie und der modernen Arbeiterbewegung seien. ...

Als Bobrikoff seinerzeit allerlei unehrliche Elemente in die finnische Polizei aufnahm, protestierte das ganze Volk, und die Konstitutionalisten nicht zuletzt, dagegen, daß das Volk durch solche Polizei demoralisiert und außerdem das Geld geradezu verschleudert werde. In der Novemberrevolution war es daher eine der ersten Aufgaben, die Polizei zu säubern. Das gelang, und Finnland erfreute sich über sechs Monate einer demokratischen Polizei. Die Konstitutionalisten beilieten sich aber nur zu sehr, ihre Proteste zu vergessen und bezüglich der Polizei bald wieder genau nach der Methode Bobrikoff vorzugehen.

Die also demoralisierte Polizei hat in vielen Fällen das Publikum, natürlich Arbeiter, in ganz unerhörter Weise angegriffen. Ein solcher Fall ereignete sich erst wieder im Juni d. J. in Helsingfors, wo vier sozialdemokratische Volksvertreter nur mit Not einer Durchschußung entgingen! Dieser Fall diene als Grundlage für die Interpellation, bei der dann gleich die ganze Polizeifrage aufgerollt wurde.

Der Senator Viljus begründete die Vermehrung der Polizei genau wie seinerzeit Bobrikoff. Er trug eine lange Reihe Verbrechen vor, welche alle beweisen sollten, daß die Vermehrung der Polizei eine „unerläßliche Notwendigkeit“ gewesen sei. — Hatte der Senator gezeigt, daß der Senat zur Herstellung der Ordnung im Lande über genügende Polizeigewalt verfügen „müßte“, so versuchte der Jungfinne Castrén zu beweisen, daß die bedeutendsten jener Verbrechen auf die organisierte Arbeiterbewegung, auf die sozialdemokratische Partei zurückzuführen seien! Zwei Stunden lang las der redegewandte Nooblat Jitane aus der sozialdemokratischen Presse vor, die zeigen sollten, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter planmäßig zu anarchistischen Taten aufzureizen suche. Viele dieser Jitane wurden indessen von sozialdemokratischer Seite sofort als gemeine Fälschungen entlarvt.

Genosse Walpas wies nach, daß von keiner anderen Partei der Anarchismus, den die Zustände großgezogen und der von der Bourgeoisie unter Bobrikoff geeignete Nahrung erhalten habe, so belämpft worden sei, wie von der Sozialdemokratie. Gerade die Bourgeoisie verherrlichte diejenigen anarchistischen Taten, die von ihren Angehörigen in Gestalt von politischen Worten begangen werden; gerade sie gebe damit dem Volke ein Beispiel dafür, daß Morde bisweilen gerechtfertigt sein könnten. Die Sozialdemokratie habe für die Herstellung der Ordnung gearbeitet, indem sie dafür eintrat, daß das Volk das allgemeine Stimmrecht erhalte, damit es zur Verbesserung seiner Lage die Hand anlegen kann, was die sicherste Bürgschaft für die Herstellung der Ordnung sei. Die Regierung dagegen wendet ganz andere Wege: Anstatt die Rechte des Volkes zu vermehren, vermehrt sie die Polizei, um das Volk in der Unterdrückung zu erhalten. Das allgemeine Stimmrecht ist noch nicht auf die Gemeindevahlen ausgebeugt, die Regierung hat in dieser Frage noch nichts getan. Aber sie sorgt dafür, daß sie eine möglichst arbeiterfeindliche Polizei zur Verfügung hat.

Die Genossen Kuorteva, Kalavaara, Hamäläinen, af Arsin, Tainio, Sirola, Genosin Pärsinen und andere wiesen nach, wie die Begründungen der bürgerlichen Redner eitel Dummheit waren, und die einzige Ursache der Vermehrung der Polizei und der Ausbildung der Helsingforser Mannschaft zu einer Armeeabteilung einzig darin zu suchen ist, daß der Senat die Arbeiterbewegung unterdrücken will. Während der Senat der Arbeiterparteien unter Bobrikoff der Ausbreitung der Gewerkschaften mit allen Kräften entgegenwirkte, tut der Senat der Konstitutionalisten daselbe auf eine andere Art: die verstärkte Polizei wird vor allen Dingen als Sicherheitswache für die Streikbrecher benützt.

Die Verteidiger der Polizei betonten, daß schon das Aufsehen Betrunkenen von den Straßen eine Verstärkung der Polizei erforderlich gemacht habe. — Darauf wurde ihnen erwidert, daß die Regierung durch die Einführung des geordneten Alkoholverbotgesetzes diese Arbeit hätte unnötig machen können. Aber der Senat habe ja ein Projekt ausgearbeitet, welches dem allgemeinen Verlangen nach dem Verbotgesetze schnurstracks entgegengehe!

Genosse Turkkia, der Parteisekretär, erläuterte mit besonderem Geschick, wie die Aufklärungsversuche bezüglich einiger von den Bürgerlichen besonders betonter Verbrechen in recht rätselhafter Weise einfach eingestellt worden seien, so z. B. die Untersuchung wegen Sprengung einer Eisenbahnbrücke, jenes Verbrechen, bei dem man am Tatorte ein Taschentuch mit dem Namenszeichen des drilischen Politisten gefunden hatte!

Alles vergebens — die Suometarianer, die Arbeiterparteien, die sonst die jetzige Regierung wegen der übermäßigen Polizeiverstärkungen anzuklagen pflegten und durch Scheinbolschewismus die Massen an sich zu locken suchten, zeigten jetzt ihre bürgerliche Blässe, indem sie die Regierungsmahnahmen sanktionierten: die bürgerlichen Abgeordneten stimmten geschlossen für die einfache Tagesordnung, während die Sozialdemokraten Kommissionsberatung gefordert hatten.

Auf jeden Fall ist es unseren Genossen gelungen, dem Volke zu zeigen, daß die bürgerlichen Parteien für die Interessen der oberen Klassen geschlossen eintreten und daß ihre angebliche Volksfreundlichkeit leerer Schall ist.

Ueber Finnlands Grenzen hinaus aber sind diese Vorgänge von Wichtigkeit, weil sie zeigen, auf welchem Umwege ein Klassenstaat, dem kein Militär zur Verfügung steht, sich ein Heer gegen den „inneren Feind“ zu schaffen weiß. —

Aus der Partei.

Bildungsarbeit.

Der sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt) hat am 17. September mit der Abweidung eines umfassenden Winterprogramms begonnen. Am ersten Abend sprach Genosse Farrer Eduard Nieder-Dresden über: Sozialdemokratie und Kunst. Nach ihm werden im Winterhalbjahr sprechen:

- Genosse Dr. Georg Gradnauer, Dresden über: Die Massen in der modernen Gesellschaft.
- Genosse Heinrich Schulz, Berlin über: Fichtes Reden an die deutsche Nation. Eine Jahrhundert-Erinnerung.
- Genosse Dr. Paul Lensch, Leipzig über Sachsen vor 200 Jahren. (August der Starke).
- Genosse Reichstagsabgeordneter Gustav Hoch-Hannau über: Sozialdemokratie und die Sozialpolitik.
- Genosse Julian Vorhardt, Berlin über: Was ist und zu welchem Ende studiert man Weltgeschichte?
- Genosse Hermann Wendel, Leipzig über: 1848 bis 1871. — Ein Stück deutsche Geschichte.

Außerdem veranstaltet der Verein ein großes Gesangskonzert seiner beiden Sängerkabteilungen, zwei Vortragsvorträge des Instituts Kosmos (Im Lande der Mitternachtsonne und Ein Ausflug in den Himmelraum), einen Theaterabend der dramatischen Abteilung, zwei Theateraufführungen für schulpflichtige Kinder, am Weihnachtsfest ein Instrumental- und Gesangskonzert und einen Negiationsabend, auf dem Richard Dehmel seine Gedichte vortragen wird.

Personalien. Genosse Duessel ist aus der Redaktion des Stettiner „Volkshoten“ ausgetreten, da er die Leitung des neugegründeten Darmstädter Parteiorgans übernimmt. In seinem letzten Wirkungsorte war er 4 Jahre tätig.

In Leipzig ist der Genosse Mittlerer, der „rote Postmeister“ der sozialdemokratischen Zeit, Reichstagsabgeordneter für Jüdicau von 1874/78 und für Leipzig-Stadt von 1903/07, ernstlich erkrankt.

Ein Mandat für Genosse Daszynski. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet: Genosse Thaddäus Neger, der im 16. schlesischen Wahlbezirk gewählt ist, hat, wie der „Korrespondent“ mitteilt, sein Mandat zum Abgeordnetenhaus niedergelegt. Genosse Neger, dessen wertvolle Arbeitskraft auch im Abgeordnetenhaus in der Budgetdebatte hervorgetreten ist, legt sein Mandat zurück, um die Möglichkeit zu schaffen, daß Genosse Daszynski in den Reichsrat gewählt werde. Für die Selbstlosigkeit, die sich in der Mandatsniederlegung ausdrückt und die ein Beweis sozialdemokratischer Solidarität ist, ist Genosse Neger der Anerkennung und des Dankes aller Parteigenossen sicher.

„Vittoral Social“ (Die soziale Zukunft) heißt die vor einigen Tagen in Jassy (Rumänien) erschienene erste Nummer einer Monatschrift, welche von dem Genossen Dr. Racoovski, Abgeordneten von Grigovici (Cernowitz) und M. G. Ujor herausgegeben wird. Diese Zeitschrift, die „Wiener Arbeiterzeitung“, ist ein Beweis des immer steigenden Erfolges der sozialdemokratischen Bewegung bei den Rumänen sowohl in Rumänien als auch in der Bukowina, in Siebenbürgen und in Bessarabien. Wie es in der Einleitung heißt, bezweckt der „Vittoral Social“, der Bewegung eine wissenschaftliche Form zu geben. Die Zeitschrift wird den internationalen Ideen treu sein und wird diese Ideen überall dort verbreiten, wo rumänisch sprechende Arbeiter sich befinden. Auch hofft die Zeitschrift, unter den intellektuellen Anhängern für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen. Die sehr gelungene erste Nummer umfasst 120 schön gedruckte Seiten und hat einen mannigfachen Inhalt. Nach der Einleitung über den Zweck der Zeitschrift kommt ein Artikel des Genossen Joan Sion über den Sozialismus in Rumänien, in dem seine Aufgaben auseinandergesetzt werden. Dr. Racoovski veröffentlicht einen Artikel über die „Agrarfrage“. Ghelengianu bespricht die Agrarrevolution und ihre blutige Unterdrückung im Frühjahr, Abgeordneter Grigovici legt die Erfolge des Sozialismus in der Bukowina dar und M. G. Ujor bespricht die sozialdemokratische Landeskongress in Galizien. Zwei Gedichte: „In meinem Lande“ von J. M. und eine sehr schöne Anekdote über die Freiheitskämpfe in Rußland aus der Feder des begabten Dichters Barbu Lazaranu, eine Revolte des Genossen Reagu und ein Aufsatz des Genossen Kivil: „Fif Tage auf dem „Potemkin“,“ worin manche noch unbekannt Einzelheiten aus dem Leben auf dem Reutererschiff erzählt werden, finden in der ersten Nummer Platz. Der Band schließt mit einer reichhaltigen Chronik über die innere und äußere Politik, die gewerkschaftliche und sozialistische Bewegung, die Agrarfrage, die soziale Medizin und Hygiene, den Alkoholismus und die Schule und Erziehung. Es ist zu hoffen, daß die Zeitschrift sich halten wird. Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an J. Sion, Jassy, Str. Sf. Theodor Nr. 31, Rumänien.

Pöbelliches, Berichtliches usw.

Verschiedene Ehre. Der Genosse Krauze, Bezirksleiter der organisierten Bergarbeiter im Lugau-Oelsnitzer Revier, wurde wegen angeblicher Beleidigung des Bergdirektors Kneifel in Lugau vom Schöffengericht Stollberg zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Direktor Kneifel hatte gegenüber dem Genossen Krauze den Ausdruck „Schmierfiel“ gebraucht. Dafür muß der Herr 15 Mark blechen.

Strakotts der Presse. Genosse Robert Gröhsch von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu Dresden wurde wegen Beleidigung eines Referendars zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Die „Arbeiterzeitung“ hatte von einem amtlichen Bericht des Referendars über eine Versammlungsbrede des Genossen Fleischer geschrieben, er habe „gerade das Gegenteil von dem behauptet, was Fleischer in der Versammlung gesagt hat“.

Wegen des Ausdrucks „Klimdim-Verein“ wurde Genosse Müller vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwickau zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Ausdruck soll beleidigend für den Vorsitzenden des betreffenden Radfahrervereins sein.

Gewerkchaftliches.

Die dümmsten Arbeiter kriegen die größten Kartoffeln!

Der ehrliche, aber dumme Esau des alten Testaments ließ sich durch seinen listigen Bruder Jakob dazu verleiten, ihm die Rechte seiner Erstgeburt um den momentanen Vorteil eines Linsengerichts abzutreten. In unserer modernen Zeit gibt es Arbeiter, die ihr Koalitionsrecht um ein Kartoffelgeld an das Unternehmertum verkaufen. Aus dem Götzentotentaumel des verflochtenen Winters gingen auch im oberfränkischen Industriebezirk verschiedene gelbe Arbeitervereine hervor. Hauptächlich die Textilbarone beizten sich, die Gelegenheit zu benutzen, um sich eine Schutztruppe gegen das immer mehr erwachende Massenbewußtsein der Arbeiter für die moderne Arbeiterbewegung so schwer zugänglichen Textilarbeiter zu schaffen. Trotz des Druckes, der von den Fabrikanten und deren Trabanten auf die sehr abhängigen Arbeiter ausgeübt wird, will es mit diesen gelben Gründungen nicht vorwärts gehen, so daß man sich von Zeit zu Zeit veranlaßt sieht, zur Aufrechterhaltung der Mitgliederliste eine Aktion zu unternehmen. Auf ein neues Mittel ist eine große Spinnerei in Bamberg verfallen. Dort wurde am Mittwoch eine Bekanntmachung angeschlagen: wer dem gelben Verein beiträgt, bekommt Kartoffelgeld. Eine Anzahl Arbeiter ließen sich durch diesen Köder wirklich fangen. Am Donnerstag begann dann die Auszahlung des Kartoffelgeldes. Die Verheirateten erhielten 10, die Ledigen 5 M. Während der Auszahlung machten die Meister unter den übrigen Arbeitern für den gelben Verein Propaganda: jetzt sei gerade noch Zeit; wer Kartoffelgeld wolle, müsse sich sofort aufheben lassen. Zur Ehre der Arbeiter muß gesagt werden, daß die Zahl derer, die sich in solcher Weise entwürdigten, nicht sonderlich groß war. Diese gelben Gründungen stehen unter der besonderen Obhut der oberfränkischen Liberalen, die stets in tönenden Worten behaupten, daß sie „energisch“ für das Koalitionsrecht der Arbeiter eintreten. Wie man sieht, verstehen sie darunter das Recht, sich zum Schutze des Unternehmertums gegen die eigenen Massengenossen zu koalieren. Den Zaudernden wird durch Auszahlung von „Kartoffelgeld“ die Begeisterung für das liberale Koalitionsrecht beigebracht.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Betrieb der Firma Moriz, Bülowstraße, ist für Instrumentenmacher gesperrt. Wir ersuchen, den Zugang streng fernzuhalten.
Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Straßenreinerger Berlins führten in einer öffentlichen Versammlung lebhaft Klage über die Nichtberufung des Arbeiterausschusses. Derselbe hatte auf Beschluß der Kollegenschaft schon in der ersten Woche des Juli Anträge eingereicht. Derselben verlangten unter anderem Wahrung des Koalitionsrechtes und enthielten auch Beschwerden über die oft faktenmäßigen Umgangsformen verschiedener Vorgeschäfte. Wenn nun die Direktion 10 Wochen vertreiben läßt, ohne eine Verhandlung herbeizuführen, so wird, gewollt oder auch ungewollt, bei den untergeordneten Beamten die Ansicht geweckt, daß man den Arbeitern ungestraft alles bieten kann. Diese Verschleppungstatistik fällt um so mehr ins Gewicht, als auch schon im Frühjahr es erst einer Beschwerde des Arbeiterausschusses bei der Deputation bedurfte, um die Direktion zur Einberufung der beantragten Sitzung zu veranlassen. Daß es möglich ist, durch diese geübte Verschleppungspolitik die Wirksamkeit des Arbeiterausschusses hindern zu können, kennzeichnet so recht den Wert dieser von der freisinnigen Stadtverwaltung vielgeschrieenen Einrichtung. Dem könnte aber leicht ein Niegel vorgeschoben werden. Einmal müßten regelmäßige vierteljährliche Sitzungen festgelegt werden. Zum anderen wäre die Bestimmung zu erlassen, daß bei eingereichten Anträgen des Arbeiterausschusses eine außerordentliche Sitzung spätestens innerhalb 14 Tage einberufen werden muß. — Die Versammlung beschloß einstimmig, durch die Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes bei der Deputation der Straßenreinigung Beschwerde zu erheben und Abhilfe zu verlangen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Anferatenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

Die Zahl der streikenden Steinarbeiter ist wieder auf etwa 100 Mann gewachsen, da über eine Firma, die 15 Mann beschäftigt, neuerdings die Sperre verhängt werden mußte. Die Streikposten bei der Firma Klefer Aktiengesellschaft klagen über Verletzungen durch die Polizei, die sie an der Ausübung ihrer Pflichten zu hindern sucht. Der Streik wird mit Energie fortgesetzt; das Streikbureau befindet sich vom nächsten Montag ab Krausenstr. 18.

Kündigung des Tarifvertrages im Badegewerbe.

Der Verband der Bademeister und Bademeisterinnen von Berlin hielt am Sonntag in den Sophien-Sälen eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zur Beratung stand die Kündigung des jetzt bestehenden Tarifvertrages. Das Referat hatte der Vorsitzende Dirschberg übernommen. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung beschloß einstimmig, den Vertrag zum 1. Oktober zu kündigen. Der Vorstand wurde ermächtigt, als Vorbedingung für den Abschluß eines neuen Tarifvertrages die Abschaffung des Verdienungsgeldwesens und die Gewährung eines auskömmlichen Lohnes zu fordern.

Achtung, Bauhandwerker! Die auf Bauten beschäftigten Marmorarbeiter müssen mit Arbeitsberechtigungskarten versehen sein und müssen diese allwöchentlich abgestempelt sein. Wir bitten die Bauhandwerker, darauf Obacht geben zu wollen.

Zentralverband der Steinarbeiter. Berlin II.
Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Unternehmer-Verpflichtungen.

Seit Freitag sind in Stragburg i. E. gegen 1000 Erdarbeiter und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, nachdem die Arbeiter vorher auf einigen Bauten in den Streik getreten waren. Die Vorgeschichte dieser Lohnbewegung zeigt wieder einmal so recht deutlich, was auf die Verpflichtungen der Unternehmer zu geben ist. In der vorjährigen Lohnbewegung, die ebenfalls zur Aussperrung der Arbeiter führte, erklärten die Unternehmer, die Forderung von 37 Pf. Stundenlohn — wie sonst üblich 10 Pf. weniger als der Lohn der Maurer und Zimmerer — nicht zahlen zu können, da sie mit weit geringeren Löhnen kalkuliert hätten. Man versprach aber, für spätere Zeiten die Forderung der Bauhilfsarbeiter berücksichtigen zu wollen. Im Frühjahr dieses Jahres einigten sich die Unternehmer mit den Maurern und Zimmerern auf einen Stundenlohn von 50 Pf. für 1907 und 53 Pf. für 1908. Den Bauarbeitern, die für Hilfsarbeiter 45 Pf., für Erdarbeiter 50 Pf. gefordert hatten, bot man nur 38 Pf. für 1907 und 40 Pf. für 1908 bzw. 42 Pf. und 43 Pf. Auf das Versprechen vom Vorjahre nahm man keinen Bezug, man hatte es „vergeffen“. Nach dem Vorschlag der Unternehmer hätten die Bauarbeiter in diesem Jahre also 12 Pf. im nächsten Jahre gar 13 Pf. weniger als die Maurer erhalten und den Erdarbeitern wollte man im nächsten Jahre nur 1 Pf. zulegen, während die Maurer 3 Pf. Zulage erhalten. Nach einem weiteren vergeblichen Versuch der Arbeiter, für die beiden Kategorien der Bauarbeiter im Jahre 1908 einen Mehrlohn von je 1 Pf. zu erlangen, trat die vertragslose Zeit ein. Einige einschüchelte Unternehmer waren zwar gewillt, einige Pfennige Stundenlohn mehr zu zahlen, erklärten aber: „Wir dürfen nicht über die früheren Sätze hinaus bezahlen, die Zinnung duldet es nicht, denn sonst müssen wir 500 Mark Konventionalstrafe zahlen.“ Seit den Verhandlungen waren 5 Monate ins Land gegangen und eine im August aufgenommene Lohnstatistik ergab, daß der Durchschnittslohn nur noch 36½ Pf. betrug, während er im März noch auf 37½ Pf. stand. Am 5. September nun erneuerten die Arbeiter ihre Forderungen von 40 und 45 Pf. pro Stunde. Die Unternehmer machten bei den erneuten Verhandlungen nicht die mindesten Anstalten auf eine zum Lohn der Maurer im Verhältnis stehende Lohnsteigerung, sie suchten im Gegenteil die Angelegenheit zu verschleppen, worauf die Arbeiter mit der Sperre einiger Bauten antworteten, die nun zur Arbeiteraussperrung geführt hat.

Ausland.

Der Kampf in Antwerpen.

Antwerpen, 23. September. (Fig. Ver.)

Die Unternehmer spekulieren auf eine Verlängerung des Streiks, weil jetzt ziemlich vollständig die Arbeiter der „Nations“ arbeiten und am Sonnabend eine Arbeitsaufnahme der Erz- und Kohlenverlader angekündigt wurde. Gestern nun haben die dem katholischen „Dokerverbands“ angeschlossenen Hafenarbeiter — es wird die Gesamtzahl mit 1100 angegeben — die Erklärung abgegeben, sich heute zur Arbeit unter den alten Bedingungen zu melden, nachdem sie mit naivem Vertrauen ein Schreiben der Föderation beifällig zur Kenntnis genommen hatten, in dem ihnen ihren Wünschen im Schoße der berüchtigten „Union“ natürlich — „größtmögliche Berücksichtigung in Aussicht gestellt wurde. In den heute verteilten Aufzügen werden die katholischen Doder, die anfangs den Kampf im Einbernehmen mit der sozialistischen Doderorganisation führten, heftig angegriffen. Der Aufruf führt weiter aus, daß die Sache der Streikenden davon abhängt, daß heute und morgen kein Arbeiter auf den Schiffen mit Holz und Getreide Verladearbeit leistet.

Das Antwerpener Gericht hat in der Sache der Firma Drexhuf entschieden, daß kein Grund vorliege, wegen Vereinträchtigung der Freiheit der Arbeit gegen die „Föderation“ vorzugehen. Der § 310 besteht, was die belgische Sozialdemokratie allerdings schon von länger her weiß, also nur für die Arbeiter! — Daß die Arbeiter, die sich auf den Schiffen zur Arbeit melden, das Versprechen geben müssen, keine Prozente für den Streikfonds abzuliefern, wenn anders sie Arbeit bekommen wollen, ist natürlich auch keine Pression, die in den Augen der Unternehmer nach § 310 strafbar ist. Und versteht sich, auch in den Augen der Richter.

Hafenarbeiterstreik zu Rotterdam.

Amsterdam, 23. September. (Fig. Ver.)

In einer am Sonntag zu Rotterdam abgehaltenen und von ungefähr 1000 Personen besuchten Versammlung von Hafenarbeitern wurde beschlossen, vom Montagmorgen an den ganzen Hafenbetrieb, soweit es Getreideschiffe angeht, stillzulegen; auch diejenigen Schiffe, deren Verladung Holz ist mit Getreide im Schiffsraum. Die dem Beschluß wurde heute morgen von den 2000 Getreidehafenarbeitern strikte Folge geleistet, so daß alle Schiffe mit Getreide stillliegen, bis auf 11, wovon 10, die als regelmäßige Streikbrecher fungierenden, von „Calanstrater“ und 1 von der Schiffsbemannung gelöst werden. Der vor einigen Tagen erlöschte Verein der Schiffsbreder soll Streikbrecher aus England heranzuziehen beabsichtigen. Aus der Provinz wurden bereits 20 Streikbrecher von den Unternehmern herangeholt.

Ein Erntestreik in Schweden.

Auf 11 großen Gütern in der Landschaft Schonen befinden sich die Erntearbeiter im Streik, soweit sie nicht durch Jahreskontrakte gezwungen sind, bis zum 24. Oktober weiter zu arbeiten. Die fest angestellten Arbeiter haben zu diesem Datum ihre Stellungen gekündigt und werden sich dann den Streikenden anschließen, falls bis dahin nicht ein Tarifvertrag mit der Landarbeiterorganisation zustande kommt. Sie früher am Streik zu beteiligen, ist für diese Arbeiter nicht möglich, weil sie einer Gefolgsordnung aus dem Jahre 1833 unterstehen, wonach sie mit polizeilicher Gewalt gezwungen werden können, weiter zu arbeiten. Unter den Streikenden steht der Schonenische Landarbeiterverband, der jetzt

ungefähr 5000 Mitglieder zählt. Es besteht außerdem ein Mittelschwedischer und ein Nordschwedischer Landarbeiterverband, die zusammen ebenfalls an 5000 Mitglieder haben, so daß jetzt bereits 10 000 Landarbeiter Schwedens organisiert sind. Die drei Verbände werden sich binnen kurzem zu einer einheitlichen Organisation verschmelzen. Den Gutsbesitzern ist der Streik um so unangenehmer, als es in diesem regnerischen Jahre so wie so schwer fällt, die Ernte rechtzeitig unter Dach zu bringen. Sie suchen sich zwar durch größere Einfuhr galizischer Arbeiter zu helfen, doch haben sie keineswegs hinreichend Ersatz für die Streikenden gefunden. Schwärze Linsen senden sie sowohl an die übrigen Landwirte wie an Industrielle, um es den Streikenden unmöglich zu machen, irgendwo anders Arbeit zu finden. Auch in der realistischen Presse Schwedens wird eine brutale Heerei gegen die Streikenden betrieben. Man wirft ihnen Tierquälerei vor, weil die Kühe nicht gemelkt würden; jedoch mit Unrecht, denn das Melken ist Sache der festangestellten Arbeiter und wird, solange ihre Kündigungsfreist nicht abgelaufen ist, nach wie vor besorgt. In den letzten Tagen sind nun Verhandlungen zwischen den Organisationen der Landwirte und der Landarbeiter Schonen angebahnt worden, und auch der schwedische Landwirtschaftsminister hat sich bereit gefunden, dabei mitzuwirken. Die Gutsbesitzer wollen jedoch vorläufig von einem korporativen Arbeitsvertrage nichts wissen. Wahrscheinlich werden sie aber doch, wenn der zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten angeordnete Staatsbeamte des Distrikts seinen Einfluß geltend macht, nachgeben müssen.

Inzwischen ist auch auf einem großen Gut in der Nähe von Gafle, also in Nordschweden, ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Hier, wie in Schonen, handelt es sich hauptsächlich um Lohnsteigerungen. Die Streikbewegung der Landarbeiter Schwedens war noch in keinem Jahre so lebhaft und kraftvoll wie jetzt. Sie hatten aber auch noch nie eine so starke Organisation, die solche Kämpfe regelrecht durchzuführen vermag.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Bergarbeiterstreik in Serbien.

Belgrad, 20. September. (Fig. Ver.)

Am 14. d. M. sind die Bergarbeiter in den Kohlengruben Brsko Gula (an der bulgarischen Grenze) in den Ausstand eingetreten, nachdem ihnen der Unternehmer ihren Tagelohn herabgesetzt und die Arbeitszeit erhöht hatte. Die Polizei hat gleich „intervertiert“, indem sie den Gastwirten verboten hat, Lebensmittel an die Arbeiter abzugeben. Heute hat die Bezirksbehörde noch ein Bataillon Infanterie gegen die Ausständigen abgeschickt.

Eingegangene Druckschriften.

Bericht über die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen. Preis 20 Pf. Verlag P. Singer, Stuttgart.
Jahresbericht der Arbeiter-Union Jülich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1906. 61 Seiten. Buchhandlung des Ortsvereins in Jülich.
Berliner Wegweiser mit Pharus-Plan. Preis 25 Pf. Pharus-Verlag, Berlin W. 9.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zweierlei Recht.

Essen, 24. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Stadtwaltung hat für die Tagung des Kongresses für innere Mission den Teilnehmern den städtischen Saalbau unentgeltlich zur Verfügung gestellt, desgleichen das städtische Orchester. Den Teilnehmern am Kongress wurden von der Stadt 2000 reich ausgestattete illustrierte Führer durch Essen geliefert. — Als vor wenigen Tagen die Sozialdemokraten ihren Parteitag in Essen abhielten, war von einem derartigen Entgegenkommen der Stadtwaltung nichts zu spüren. Handelte es sich doch da „nur“ um Sozialdemokraten, die von vornherein minderen Rechts sind.

Keine Massenjustiz.

Duisburg, 24. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die erste Strafkammer verurteilte heute den Redakteur Stephan Heise der „Niederheinischen Arbeiterzeitung“ wegen Beleidigung des Gerichtshofes zu 500 M. Geldstrafe. Die Beleidigung wurde in einem Artikel gesehen, in dem der Verfasser desselben ein Urteil kritisierte und einen das Urteil als Massenurteil charakterisierenden Ausdruck gebrauchte.

Beendigung des Antwerpener Streiks.

Antwerpen, 24. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute nachmittag hat eine von über 4000 Doder besuchte Generalversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit für Donnerstag beschlossen. Zutritt zu der Versammlung hatten nur die Mitglieder der sozialistischen Doderorganisation. Der Arbeitsaufnahmeheschluss erfolgte unter tosendem Beifall einstimmig, nachdem ein Brief des Bürgermeisters Hertogs vorgelesen war, der den Dodern die bestimmte Zulage gibt, daß sie bei sofortiger Arbeitsaufnahme in 14 Tagen einen Minimallohn von 5,50 Frank pro Tag erhalten und daß in 8 Tagen sämtliche fremden Arbeiter entlassen werden. Weiter sollen die berüchtigten Arbeitskarten der Föderation abgehafft werden.

Diese Bedingungen bedeuten einen vollen materiellen und moralischen Sieg der Doder. Die Versammelten nahmen die Reden der Streikführer Chappelle, Bieme, Milio sowie des sozialistischen Senators Eibers und der Parteisekretäre Bergmans und Temerman, die sämtlich für Wiederaufnahme der Arbeit sprachen, mit Jubel auf. Der Versammlung wohnten die Sekretäre der belgischen Gewerkschaftszentralen bei. Die Haltung der Versammelten war vorzüglich. Unter Absingung sozialistischer Lieder wurde die einen imposanten Eindruck machende Versammlung geschlossen.

Die Pest in San Francisco.

San Francisco, 24. September. (B. L. V.) Bis jetzt sind hier 42 Fälle von Bubonepest vorgekommen, von denen 24 tödlich verlaufen sind. 25 der pestverdächtigen Personen sind unter Beobachtung gestellt.

Das Spielen mit Hühnchilern.

München, 24. September. (B. L. V.) In Wost bei Eger spielten Kinder in einer Scheune mit Hühnchilern wobei die Scheune niederbrannte, ebenso wurden 13 Wohnhäuser einäschert 23 Familien sind obdachlos und ihrer Habe beraubt.

Krieg im Frieden.

Belgrad, 24. September. (B. L. V.) Während einer Uebung der Belgrader Garnison in der Nähe des Dorfes Jelenik ergaberte beim Laden eines Geschüses eine Patronen, wodurch ein Korporal schwer und zwei Artilleristen leicht verwundet worden sind.

Uberschwemmung.

Madrid, 24. September. (B. L. V.) Aus Malaga wird gemeldet, daß die Flüsse Guadal und Medina über ihre Ufer getreten sind und den ganzen tiefergelegenen Teil der Stadt überschwemmt haben. Es wurden bereits zwei Leichen aufgefunden. Man befürchtet, daß zahlreiche Personen ertrunken sind.

Maul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Volksbote“ (Stettin):

„Prinzipielle Gegensätze sollten eigentlich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nicht bestehen über die beiden Fragen Militarismus und Kolonialpolitik, die diesmal in so auffälliger Form vor dem Parteitag erörtert wurden. Wir halten aber auch die Befürchtung solcher prinzipieller Differenzen für grundlos. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich völlig einig in ihrer prinzipiellen und energischen Bekämpfung des Militarismus, der sich nach dem Willen seiner interessierten Lobredner nicht so sehr gegen den äußeren, als vielmehr gegen den inneren Feind, wider das arbeitende Volk, die klassenbewußte Arbeiterschaft richten soll. Die erregte Auseinandersetzung über den Fall Noske erscheint uns wenig angebracht. Auch uns haben manche Parteien der Reichstagsrede des Genossen Noske nicht gefallen, aber deshalb glauben wir doch nicht, daß damit eine Revision unserer militärpolitischen Haltung in Aussicht zu sein habe. Nun soll im Kriegsfall die Haltung der Partei von der Frage, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, abhängig gemacht werden. Wir halten einen solchen Standpunkt für falsch und die Fragestellung für irreführend, stimmen vielmehr hier dem Genossen Kautsky zu, der in solchen Fällen die Haltung des Proletariats durch die Interessen des proletarischen Befreiungskampfes bestimmt wissen will. Als bestes Mittel zur energischen Bekämpfung des völkerausgangenden Militarismus erscheint uns immer noch die eifrigste Aufklärungsarbeit in den Arbeitermassen. Haben wir nur erst die Köpfe dieser Massen, nun, so wird uns später das übrige auch nicht mehr so schwer fallen.“

Nach ein Wort zur Kolonialdebatte. Das erfreuliche Ergebnis ist: die Partei verhält sich gegenüber der kolonialpolitischen Frage in scharfer Oppositionsstellung, was natürlich nicht ausreicht, daß sich wie bisher auch unsere Genossen im Reichstage für die Verbesserung der sozialen Lage der kolonialisierten Völkerschaften zu bemühen haben. . . .

„Königsberger Volks-Zeitung“:

„Genosse Webel machte wieder den Unterschied zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg; er meinte so ungefähr, wenn Deutschland zum Angriff gegen das Ausland vorgehen würde, so würde das Herz der deutschen Arbeiterklasse natürlich nicht für den Sieg der germanischen Eroberer schlagen; wenn aber unser Vaterland angegriffen würde, so würden wir sogar, soweit wir nicht militärpflichtig sind, voll Begeisterung den Schicksalsschlag ergreifen, um Deutschland zu verteidigen. Und auf den Einwand, daß die bestehenden Massen sich immer als die Angegriffenen hinstellen würden, meinte Webel, an unserer Einsicht würde der Versuch scheitern, einen Angriffskrieg in einen Verteidigungskrieg umzuwandeln. Wie leicht der Unterschied zu machen sei, geht — so meinte Webel — daraus hervor, daß zum Beispiel im ostasiatischen Kriege unzweifelhaft Japan der Angreifer gewesen. Es kommt aber nicht darauf an, wer zuerst die diplomatischen Beziehungen abbricht oder den ersten Schuß abfeuert. Wenn Japan als Angreifer Rußlands gelten soll, so waren im Burenkriege die Engländer die Angreifer, die zur Verteidigung genötigt waren. Japan mußte jeden Tag fürchten, daß Rußland den Anfang macht. Es ist kein durchsichtiger bürgerlicher Schwandel, den sozialdemokratische Weisheit einschleiern kann, wenn beide Teile nach Ausbruch eines Krieges behaupteten, angegriffen zu sein; auch bei Schlägereien glauben zumeist beide Parteien in Notwehr gehandelt zu haben und die Verleumdung ist ungerecht, wenn sie nur einem von beiden Teilen Glauben schenken. . . .

Mit Genugtuung erfüllt und daher die Annahme des Antrages, der uns die Agitation unter der Jugend zur Pflicht macht. Wir freuen uns, daß die von uns gebilligten Beschlüsse des internationalen Kongresses, also auch der über die Kolonialfrage, die einstimmige Billigung des Parteitages gefunden haben. Mit Genugtuung erfüllt es uns, daß die von uns eingehend begründete Notwendigkeit eines Nachrichtenbureaus für unsere Parteipresse vom Parteitag nicht verworfen worden ist. Die Annahme des Antrages Wurm zur Alkoholfrage entspricht unserem Standpunkt; gegen die Regelung, welche die Kaiserfrage gefunden hat, haben wir Einwände nicht zu erheben. Offenbar werden Parteivorstand und Generalkommission einen praktischen Weg zur Unterstützung der anlässlich der Kaiserfeier ausgesprochenen Ausfindig machen. Die prinzipiellen Bedenken gegen die Unterführung halten wir für unbegründet; wir sehen darin keine Abwägung der Kaiserfeier. Im Gegenteil! Die Beteiligung an der Arbeitstube kann nur wachsen, wenn die Arbeiter wissen, daß der einzelne die Folgen einer etwaigen Maßregelung nicht allein zu tragen braucht.“

„Sächsische Arbeiterzeitung“ (Dresden):

Während in Stuttgart (1898) jene Periode begann, in der die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteimitgliedern zu immer erregteren Auseinandersetzungen und zu schweren Schädigungen der Partei führten, welche Periode ihre extremste Entwicklung auf dem Parteitag in Dresden fand, erscheint nun auf dem Parteitag in Essen die Partei in dem Willen einig, daß Meinungsverschiedenheiten nimmermehr in Bruderzwist ausarten dürfen, daß ruhige Würdigung der Ansichten anderer und parteigenössische Toleranz die Vorbedingungen sind für die absolut notwendige Einigkeit der gegen eine Welt von Feinden kämpfenden Arbeiterklasse, für die zu erhaltende und zu stützende Aktionskraft des deutschen Proletariats. . . .

Die Frage des Preßbureaus ist in größter Sachlichkeit zur Erlebung gelangt, so daß auch diejenigen — und es sind deren wohl nicht wenige —, die Bedenken gegen die Verhärterung des zentralistischen Parteiapparates haben, auf jede Erörterung im Plenum verzichteten konnten. Dann hatten wir die größeren Auseinandersetzungen über die Militär-, Kriegs- und Kolonialfrage. Es waren nur leichtere Plänkelfechte. Es gab keine neuen Entscheidungen, Festlegungen oder gar Verdammnisbeschlüsse, es gab aber auch keinen Anlaß zu fortwährender Verbitterung, vielmehr konnte der eine vom anderen lernen, und jeder wird, obschon diese Auseinandersetzungen nicht einmal sehr eingehende und systematische waren, Gewinn daraus schöpfen. Unser Urteil über diese Frage selbst haben wir schon in den früheren Artikeln vom Parteitag ausgesprochen. Es genügt, nochmals zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteitag, indem er einmütig die Beschlüsse des Stuttgarter Internationalen Kongresses billigte, die entschiedene Kampfestellung der Partei gegen alle Ungerechtigkeiten des Militarismus, gegen alle Kriegstreiberien und Völkerverhöhnungen, gegen alle Kulturwidrigkeiten der kapitalistischen Kolonialpolitik durchaus bekräftigt hat.“

„Tribüne“ (Erfurt):

Das Preßbureau ist zur Tatsache geworden, möge es eine gute Waffe zur Verbreitung vermehrter Aufklärung werden. Die „Militärfrage“ ist im besten Sinne gelöst worden, indem durch die scharfe Debatte die Notwendigkeit für alle kräftig unterstrichen wurde, den Kampf gegen den Militarismus in der entschiedensten, aber an den weithin sichtbaren Stellen der Partei auch in der Parteien und grundsätzlichen Weise zu führen. Dem Widerspruch mit dem nicht glücklichen Ausdruck vom „die Spitze auf den Buckel nehmen“ ist damit ein Riegel vorgeschoben. Für das Proletariat können in der Kriegsfrage nur immer die wirklichen Interessen des Proletariats die einzig mögliche Richtschnur geben. . . .

In der Kolonialfrage ist durch einstimmige Sanktion der Stuttgarter Resolution bis auf weiteres eine Situation geschaffen worden, die in ihrem Ergebnis wohl klar ist, deren Weg aber keine ungemischte Verteidigung gewähren kann. Gleichwohl hat hier der Parteitag das erhoffte Richtige getroffen.

Ueber die Ergebnisse und Lehren der Reichstagswahl ist so gebandelt worden, wie das nicht anders denkbar war. Das „Niederreiten“ kann nur den schärfsten Klassenkampf stärken, der, wie Webel glücklich betonte, durch Erweiterung der Grenzen, durch tatkraftvolle Heranziehung aller Schichten, die am Kapitalismus kein Interesse haben, noch umfassender zu machen ist.“

„Volksblatt“ (Halle):

Anlässlich des von Singer erstatteten Berichtes über den internationalen Kongress in Stuttgart lebte die Streitfrage wieder auf, ob von einer sozialdemokratischen Kolonialpolitik gesprochen werden dürfe oder nicht. David geriet mit Kautsky und Ledebour hart aneinander; doch schon nach wenigen Stunden der Debatte hatte der Parteitag das Interesse an weiteren Auseinandersetzungen über diese Frage verloren, nachdem sich — was von vornherein selbstverständlich gewesen war — herausgestellt hatte, daß in der Beurteilung der kapitalistischen Kolonialpolitik in den Kolonien keinerlei Meinungsverschiedenheit bestand und gleiche Ueber einstimmigkeit darüber herrschte, daß der Sozialismus berufen sei, auch den Völkern in den Kolonien wirkliche Kultur zu bringen. Einige Heißhörner wollten zwar Webel nicht recht geben, der gefagt hatte, das Ganze sei eigentlich nur ein Streit um Worte; aber der Parteitag ließ in seiner übergeordneten Mehrheit keinen Zweifel aufkommen, daß er der gleichen Meinung sei.“

„Volksblatt“ (Dachau):

Der Parteitag ist zu unserer Freude harmonisch verlaufen, und die agitatorische Wirkung, die für unser Revier davon zu erwarten ist, wird nicht zu unterschätzen sein. Die Auseinandersetzungen über die Militär- und die Kolonialfrage waren zwar nicht ganz frei von unangenehmen Nebenerscheinungen, im großen und ganzen verliefen sie in angemessenen Formen.

Der politische Ertrag der Verhandlungen hätte größer sein können. Die Ablehnung der Behandlung der Wahlrechtsfrage für die Einzelstaaten hatte von vornherein die Möglichkeit abgeschnitten, die einzige brennende Frage der Gegenwart, die Frage des preussischen Wahlrechts, ausgiebig zu behandeln. Sie hätte sich allerdings noch bei Wespung der Reichstagswahlen und der politischen Situation behandeln lassen. Die preussische Wahlreform ist ein Bestandteil der Volkspolitik im Reich, unmittelbar mit ihr verknüpft. Der Parteitag selbst hätte durch gründliche Behandlung der Frage gewonnen, und er hätte erheblich dazu beitragen können, die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes um preussische Wahlrecht gerade jetzt immer weiter auszubreiten und immer tiefer und fester in die Köpfe zu hämmern. Die deutschen, insbesondere die preussischen Arbeiter müssen erkennen lernen, daß es für die Arbeiterklasse Deutschlands kein Heil gibt, bevor nicht die preussische Junkerherrschaft gestürzt ist; die Junkerherrschaft aber dokumentiert sich im preussischen Massen- und Herrenparlament.“

Frack — Waffenrock!

Ist schon die Medizin, die Lehre vom kranken Menschen, eine demokratische Wissenschaft — vor dem Tode sind wir alle gleich —, so kann man Hygiene und Demographie fast als sozialdemokratisch bezeichnen. Dessenartige Gesundheitspflege und Völkertatistik haben es vorzugsweise mit der Masse der Besitzlosen zu tun, sie lehren auf allen Blättern die Abhängigkeit des Einzelnen von der Gesamtheit, den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit, zwischen Geld und Epidemien; sie wirken aufreizend und beruhigend, indem sie die Wohnungsnot und die Sterbeziffern der Armen feststellen, die Abhängigkeit der Geschlechter, der Geburten, der Sterbefälle von der Verteuerung der Lebensmittel zahlenmäßig beweisen; sie bereiten selbst den Boden vor für eine zukünftige, kollektivistische Gesellschaft, indem sie die hygienischen Forderungen feststellen, welche beim Zusammenleben von Menschenmassen unter gleichen Bedingungen, in den modernen Riesenzentren, in Häusern, Schulen, Arbeitsstätten usw. erfüllt werden müssen.

Von Demokratie und Sozialdemokratie ist nun freilich beim internationalen Kongress für Hygiene und Demographie, der heute im Volkshaus des Deutschen Reiches zusammentritt, nichts zu hören. Für den Geist, welcher diese wissenschaftliche Tagung befeuert, läßt sich kaum ein besseres, bezüchtenderes Wort finden — ex angulo loquam! — als die Sorgfalt bezüglich der den Mitgliedern, resp. Besuchern vorgeschriebenen — Kleidung: Frack oder Waffenrock — das ist seine Devise.

Zur Eröffnung des Kongresses und der Hygieneausstellung am Montag heißt es:

- Anzug: Frack, Waffenrock; zum Empfang des Kongresses durch die Stadt im Rathaus am Dienstag; Anzug: Frack, Waffenrock; zum Festmahl am Mittwoch nachmittag im Landesausstellungspark; Anzug: Frack, Waffenrock; zur Festvortragung in den 14. Theatern am Donnerstag; Anzug: Frack, Waffenrock usw.

Doch nein, für die beiden letzten Kongrestage finden wir ausdrücklich im Programm vermerkt: Anzug beliebig. Nunmehr dürfen auch diejenigen minderwertigen Elemente, die weder einen Waffenrock noch Schwabenschwänze aufzuweisen haben, an den verbleibenden festlichen Veranstaltungen teilnehmen.

Rein Wunder dabei, daß mich, als ich heute um die Mittagszeit, von der Praxis kommend, in meinem „beliebigen“ Anzug und sogar ohne Zylinder das Reichstagsgebäude betrat, der am Eingang postierte Beamte scharf musterte und fragte, ob ich Kongrestmitglied sei und diese Befragung mit Auge und Mund ein zweites und drittes Mal wiederholte, als ich mehrmals Portal IV zu passieren wagte. Man glaube nur nicht, daß diese Betonung des Kleiderzeremoniells auf solchen Kongresttagen überall sonst gang und gäbe wäre. Als ich 1894 am X. internationalen Kongress für Hygiene und Demographie in Budapest teilnahm, habe ich nicht davon gesprochen, gewagte denn ausdrückliche Bestimmungen darüber wie hier in allen drei Kongrestsprachen im Programm gefunden. Rein, das ist eben Preußen, das Land der Dreiklassenwahl, des Rastengeistes und Ständebewußtseins, in dem die „Kanaille“ nichts zu sagen hat, in dem die gesellschaftliche Klassenunterscheidung sich selbst in den lokalen Verkehrsmitteln dokumentiert, in dem die Minister in Galanz zu Hofe befohlen werden; das Land, in dem auch „beim Zivill“ der Reich nicht, der Referentoffizier alles gilt, das Land, in dem ein Hochschullehrer ungestraft, selbst ohne Widerpruch zu finden, die Universitäten als die Leibgarde der Hohenzollern bezeichnen konnte.

Dieser Geist der preussischen Subordination und Disziplin, der in Frack und Waffenrock eingeschärften Wissenschaft fernzeichnet die ganze Organisation des Kongresses. Wir wissen nicht, die Kongrestleitung wird mit Glanz die fürchterliche Aufgabe bewältigen, 4500 Menschen — so viele Mitglieder aus aller Herren Länder sollen bereits eingezogen sein — eine Woche fast ununterbrochen zu unterhalten und zu amüsieren. Ob aber die Wissenschaft dabei zu ihrem Recht kommen wird, ob die bei solchen Massenauftögen längst zur Nebenache gewordene ernste Arbeit (Zwei der Kongresttage ist die wissenschaftliche und praktische Förderung der gesamten hygienischen

*) An der Kralle erkennst Du den Löwen, an kleinen Beuherlichkeiten das Wesen.

und demographischen Bestrebungen“) durch all den offiziellen Klambim mit seinem festlichen Krant und Pomp, die Festreden und Festessen, die Empfänge und Auszüge, die Konzerte und Theaterdarstellungen, mit einem Wort: durch Frack und Waffenrock nicht ganz erdrückt werden wird, das muß diese Woche zeigen.

Die Kongrestordnung legt für Referenten und Korreferenten höchstens je 20 Minuten fest, eine Zeit, die gerade ausreicht, die bereits gedruckt vorliegenden Thesen zu erläutern, nicht irgend ein Thema wissenschaftlich zu behandeln — mein Referat in Budapest nahm mehr als die doppelte Zeit in Anspruch. Und für die Diskussion stehen gar den Rednern 5, sage und schreibe: fünf Minuten zur Verfügung, mehr als zweimal darf niemand bei demselben Gegenstand das Wort ergreifen. Selt preussische Freiheit! Ich fürchte, es dürften nicht viele den Mut haben, überhaupt anzufangen, immer in der Angst, nach fünf Minuten guillotiniert zu werden — und, wer weiß? Vielleicht steckt hinter diesem Artikel 10 diese geheime Absicht; wozu lange diskutieren und damit die pünktliche und vollständige „Erlebung“ des Programms in Frage stellen!

Und von acht preussischem Geiste zeugt auch Artikel 8, nach dem dem Organisationskomitee ohne weiteres das Recht zusteht, „ihm nicht geeignet erscheinende Personen von der Mitgliedschaft auszuschließen“ — also auch Leute ohne Frack und Waffenrock, Herren oder Damen, die sich zwar „wissenschaftlich oder praktisch mit der Hygiene und Demographie beschäftigen“ und bereit sind, die 20 M. als Mitgliedsbeitrag abzuladen, aber deren Nase dem Komitee nicht gefällt.

Als ich gegen 2 Uhr einen Blick in die Ausstellung werfen wollte, die programmäßig um 1 Uhr durch den Kronprinzen eröffnet werden sollte, wurde den zahlreichen Einlaß begehrenden Mitgliedern bedeutet, daß es noch nicht so weit wäre — jetzt kämen erst die hohen und höchsten Herrschaften und andere bevorzugte Mitglieder dran — die Uniformierten hatten den Vortritt. Ja, ja — Frack und Waffenrock!

Arme Hygiene! Arme Demographie!

Z.

Von der Gutsherrschaft der Stadt Berlin.

Als vor kurzem Professor Wagner gegen die Berliner städtische Verwaltung auf dem Evangelisch-sozialen Kongress den sehr herben Vorwurf aussprach, die Berliner städtische Verwaltung sei sozialpolitisch die rückständigste, konnte man zwar hervorheben, daß Professor Wagner und seine Freunde zur Erhebung dieses Tadels nicht gerade die Berufensten sind, weil die ihnen nahebestehenden politischen Freunde in praktischer Sozialpolitik nichts weniger als Rufforderungen aufweisen. Aber die Berechtigung des Vorwurfs mußte trotz des Enttäuschungstodes, den die liberale Presse durchbraute, von jedem, der die städtische Verwaltung kennt, anerkannt werden. Unablässig hat die Sozialdemokratie die städtische Verwaltung gemahnt und gedrängt, ihren sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Und doch ist bis heute den in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern noch nicht einmal das gewährt, was in einer Reihe von Großbetrieben längst durchgeführt ist. Hierzu treten die wiederholten Versuche, die gewerkschaftliche Tätigkeit und Zugehörigkeit der Arbeiter offen und verdeckt zu bekämpfen. Schon vor Jahren ist darauf hingewiesen worden, wie unendlich die Verhältnisse auf den Gütern, die die städtische Verwaltung in Besitz hat, sich gestaltet haben. Die städtische Verwaltung nimmt hier eine Stellung zu den Arbeitern ein, die sich kaum von der eines böslichen Großgrundbesitzers unterscheidet, der die Arbeiter gegen seiner Willkür und Raune unterstellt wissen will. Die Berliner Gutsherrschaft zahlt auf ihren Riesefeldern den Arbeitern noch immer so niedrige Löhne, daß einheimische Arbeiter nach einer Anstellung in städtischen Diensten nicht lütern sind und für die städtischen Güter deshalb ausländische Arbeiter in Masse angeworben und auf ihnen beschäftigt werden.

Ein Fall aus der Praxis, der typisch dafür ist, welche soziale Fürsorge die Gutsherrschaft Berlin ihren Arbeitern angedeihen läßt und der auch fernerhin einige interessante Schlaglichter auf die staatliche und sozialpolitische Fürsorge wirft, soll hier einer eingehenden Besprechung unterworfen werden.

Der Arbeiter D., der auf dem Riesefeld Osdorf seit dem Jahre 1901 beschäftigt war, erlitt am 5. September 1904 einen schweren Unfall. D. war damit beschäftigt, die Oasen eines Gespinnnes zu tränken, als eines der Tiere unruhig wurde, stürzte und dabei den Arbeiter hinterrücks schwer gegen den Trug drückte. Im Krankenhaus, wo der Verletzte Aufnahme fand, wurde festgestellt, daß D. eine Quetschung des Brustkorbes, der unteren Brustseite, der Leber- und der Magengegend erlitten hatte. Es stellten sich Magenblutungen ein, denen später ein Magenbluterguß folgte, eine Entzündung, die eine erhebliche Entkräftung des Mannes herbeiführte. Der Verletzte erhielt deshalb, nachdem er verschiedentlich im Krankenhaus Lichterfelde, im Krankenhaus am Urban zu Berlin und schließlich bis zum 26. Februar 1905 im Krankenhaus zu Wrig gemeint war, für eine längere Zeit die Vollrente und nach der Entlassung aus dem Krankenhaus eine Rente von 30 Proz., die den Jahresbetrag von 108 M. ausmachte. Den vorhandenen Rest seiner Arbeitsfähigkeit zu verwenden war dem D. nicht möglich, denn von der Gutsherrschaft Osdorf erhielt er keine für ihn geeignete Beschäftigung. Der Herr Administrator hatte erwidert, daß D. — „simuliert“ und nicht arbeiten „will“, und so erhielt er überhaupt keine Beschäftigung. Es befand sich der Verletzte in einem Zustand, der eine selbst leichte andauernde Arbeit unmöglich machte: die fortschreitende Entkräftung bei dem schon früh gealterten und durch andere Leiden an seiner Widerstandskraft gebrochenen Mann hatte seine Arbeitsfähigkeit ganz aufgehoben. Schon eine flüchtige Beobachtung mußte jedem bestätigen, daß es sich hier um einen schwer leidenden Mann, aber nicht um einen Simulanten handelte, denn auch aus dem Unfall sicherlich ein höherer Rentenanspruch zustand, als 30 Proz. Trotzdem kam die Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft schon am 24. Oktober 1905 zu dem Entschluß — dem Mann die Rente zu entziehen, weil er wieder vollständig gesund sei. Die ärztlichen Gutachten konstatierten zwar, daß das Körpergewicht des Mannes von 128 auf 115 Pfund gesunken war, aber ein Unfallleiden sei nicht vorhanden. Mit einem Schlag waren damit dem Mann und seiner ebenfalls in ihrer Arbeitsfähigkeit sehr geschwächten Frau vollständig die Substanzmittel entzogen. Die Armenverwaltung, und zwar die Gemeindebehörde in Groß-Lichterfelde — denn die Gutsherrschaft hat ihre Arbeiterwohnungen nicht in den Bezirk der Gutsherrschaften, sondern nach berühmtem Muster ostpreussischer Junker in eine anliegende Gemeinde gelegt — mußte nunmehr für den Mann eintreten und Armenunterstützung gewähren. Damit aber nicht genug, kam die Gutsherrschaft und kündigte nunmehr dem Kranken, erwerbsunfähigen Arbeiter die elende Gutsherrschaft und drohte, ihn aufs Straßenpflaster zu sehen, wenn er die Wohnung nicht räumt.

In seiner Verzweiflung suchte nunmehr der Mann Rechtschutz nach, der ihm von sachkundiger Hand zuteil wurde. Von dieser Stelle wurde zunächst indirekt die städtische Verwaltung gebeten, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen und dem Mann zum mindesten diese dürftige Unterstützung zu belassen, da er doch immerhin in Diensten der Osdorfer Gutsherrschaft um den Rest seiner Arbeitsfähigkeit gekommen war. Vorläufig gelang es, das Vorhaben der Gutsherrschaft zu inhibieren. Bei einer näheren Prüfung der Unfallsache ergab sich, daß von der dürftigen Unfallrente des armen Verletzten die Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin und die Armenverwaltung in Groß-Lichterfelde 11,75 M. einforderten hatten. In dem Bescheid der Berufsgenossen-

chaft war in Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht angegeben, wie groß der Anspruch der Krankenliste war und wie die Armenverwaltung ihren Anspruch begründet hatte. Eine Nachprüfung war dem Verlehten des Verletzten nicht möglich. Dem Verletzten war einfach nur mitgeteilt, die Betreffenden verlangen diese Summe. Die nach dem Unfallversicherungs-gesetz für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter erforderliche Zustimmung für die Aufrechnung der Rentenbeiträge, die die Armenverwaltung und Krankenliste forderten, wurde von der letzten überhaupt nicht eingeholt. Ferner stellte sich heraus, daß der Kassier der Verlehten, nachdem die Anrechnungsbücher abgelesen waren, noch für 420 M. Miß berechnet hatte. Da der Verlehte keinen Anspruch mehr auf diese Leistung hatte, mußte er nachträglich die 420 M. aus eigenen Mitteln bezwecken; die Krankenliste lehnte die Zahlung ab. Auf die Vorleistung seitens des Rechtsbeistandes an den Vorstand der Krankenliste wurden sofort die 420 M. wieder zurückgezahlt. Ferner wurde an die Berufs-genossenschaft die Anfrage gerichtet, in welcher Weise die Rentenbeiträge für die Krankenliste und Armenverwaltung aufgerechnet werden, da die Absicht bestehe, gegen die viel zu hohe Aufrechnung den Klageweg zu beschreiten. Die Berufs-genossenschaft antwortete auf diese Anfrage überhaupt nicht.

Während dieser Zeit waren die Verhältnisse der Eheleute so elend geworden, daß die Frau in ihrer Verzweiflung beinahe ginz, denn die Ausgabe für die Nahrung, die nur noch aus Kartoffeln und ein wenig Schmalz bestand, konnte nicht mehr bestritten werden. Und um den Jammer noch zu erhöhen, wurde die Frau vom Gendarmen beim Weiten abgeholt. Anscheinend hatte aber die Polizeiverwaltung ein menschlicheres Empfinden als die Gutsverwaltung. Sie ließ die Letztere nach einem strengen Verweis laufen. Wäre nicht in der weiteren Folge aus Privatmitteln Geld zur Verfügung gewesen, um die bitterste Not dieser Gutsarbeiter und der Gutsbesitzer Berlin zu lindern, so wäre sicherlich beiden Eheleuten nichts übrig geblieben, als bettelnd auf der Landstraße umherzuziehen.

Trotzdem aber vertrat immer noch der Herr Administrator Forsthaus, der Gutsvormann in Osdorf, die Meinung, D. sei ein ungeheimes Simulant und er bekomme nichts ohne seine Zustimmung. Selbst aber, wenn er nicht simuliere, könne er auf dem Gute keine Arbeit bekommen, weil das ein Stattgeben der Beschwerde bedeute, unter dem das Prestige der Gutsverwaltung leiden würde. Liegt in dieser Anschauung ein Interdikt gegen die Herrenmoral der ostelbischen Junker gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter? Und diese sozialpolitische rückwärtige Meinung des Administrators ist voll der freisinnigen städtischen Verwaltung anzurechnen, denn sie geschieht keineswegs ohne Wissen der städtischen Verwaltung. Wiederholt sind sie in der Deputation für die Verwaltung der Nieseltüter besprochen und ist dort versucht, auf gutlichem Wege eine Einkehr zu verständigen sozialpolitischen Maßnahmen zu bewirken. In der Zwischenzeit fanden in der städtischen Verwaltung keinen Anklang. Immer ungedrümmer drängte der Herr Administrator Forsthaus auf die Räumung der Gutswohnung, um dem Nachfolger des D. die Wohnstätte übergeben zu können.

Bei der elenden Ernährung verschlechterte sich natürlich der Zustand des invaliden Gutsarbeiters so, daß er eines Tages auf der Straße ohnmächtig zusammenbrach und die Polizei die Ueberführung nach dem Krankenhaus in Potsdam anordnete. Nachdem hier der Kranke wieder etwas zu Kräften gekommen war, entließ man ihn. Im Anschluß an diesen Vorgang wurde nunmehr an die Berufs-genossenschaft ein Antrag auf Uebernahme eines neuen Heilversöhrens und Gewährung einer höheren Rente gestellt. Da die Berufs-genossenschaft dem Verlehten keinen genügenden Bescheid erteilte, wurde gegen das Verfahren Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt eingeleitet. Diese Beschwerde hatte den Erfolg, daß die Berufs-genossenschaft schließlich 65 M., die dem Verlehten zuviel von seiner Rente abgezogen worden waren, zurückzahlte. Mittlerweile zog sich aber durch die Beschwerde und auch durch das Verfahren vor dem Schiedsgericht, wo die Aufhebung der Rente angefochten war, die Angelegenheit außerordentlich in die Länge. Zum Unglück gelangte der Mann auf Weisung des Schiedsgerichts an einen Arzt zur Begutachtung, der unter dem Vornamen der Beschuldigung und Einbildung stand, der Arbeiter D. simuliere. Zu welcher ungläubigen Beurteilung unter Umständen sonst ansehnliche ärztliche Gutachten infolge der Misswirtschaft gegen die Möglichkeit gelangen können, daß ein unfallverletzter Arbeiter eine Invalidentenrente erhalten mag folgendes illustrieren:

Der Gutachter hatte behauptet, D. sei ein ziemlich kräftig gebauter Mann in gutem Ernährungszustande, die Muskulatur ist gut entwickelt. Von einer allgemeinen Schwäche des D. kann mit Rücksicht auf den guten Ernährungszustand und die Muskulatur nicht die Rede sein, deshalb kann D. keine Rente beanspruchen.

Diese Beurteilung überstieg denn doch alles bisher in diesem Falle vorgekommene. Es genügte, um dem Mann im Schiedsgerichtstermin die Arme und die Brustpartien entblößen zu lassen, um darzutun, daß dieser Mann, der nach Angabe des Grafen B. 111 Pfund wog, wie ein dürrer Skelet erschien, an dem Muskulatur überhaupt kaum zu fühlen war, noch weniger von einem guten Ernährungszustande gesprochen werden konnte. Die Leichtfertigkeit des Urteils dieses ärztlichen Sachverständigen führte dazu, von einem Arzt, der den Arbeiter D. seit 14 Jahren kannte und ihn wiederholt behandelt hatte, ein eingehendes Gutachten einzufordern. Der ärztliche Sachverständige hatte den Patienten zu näheren eingehenden Untersuchungen nach der königlichen Charité überweisen und stellte nunmehr fest, daß der Zustand des D., soweit der Unfall in Betracht kommt, eine Rente von 30 Proz. rechtfertigt. Demgemäß entschied das Schiedsgericht, nachdem vorher auf Antrag des Rechtsbeistandes von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg auf Grund eines ärztlichen Gutachtens anstandslos die Invalidentenrente im Betrage von jährlich 175.20 M. bewilligt war. Hieron beansprucht wiederum die Armenverwaltung ihren Anteil für die geleistete Unterstützung, damit der Vermiste nur nicht allzuhohe Rentenbeiträge auf einmal in Besitz bekommt.

Aber all das erschütterte die Ansicht des Herrn Administrators vom Gut Osdorf nicht. Durch sein Vorgehen verlor er weiter die Auffassung, die Gutsverwaltung Osdorf habe auf den Arbeiter keine Rücksicht zu nehmen. Auch die Brandenburgische landwirtschaftliche Berufs-genossenschaft beruhigte sich nicht mit der Entscheidung des Schiedsgerichts. Sie forderte vom Reichs-Versicherungsamt eine Entscheidung in der Sache.

Mittlerweile entstand eine neue Komplikation: die Berufs-genossenschaft teilte mit, daß sie die vom Schiedsgericht zugesprochene Prozente Rente nicht ausbezahlen kann, weil die Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg Anspruch auf diese Rente erhebt, um sie gegen ihre Rentenbeiträge aufzurechnen. Daraufhin mußte wiederum die Landes-Versicherungsanstalt beauftragt werden, daß sie Ansprüche auf diese Rente von Geheiß wegen nicht zu erheben habe. Es erfolgte dann auch sehr bald von der Landes-Versicherungsanstalt die Erklärung, daß sie solche Ansprüche nicht erhebe.

Schließlich wird in der Refurdingung am 12. März 1907 der Refus der Berufs-genossenschaft zurückgewiesen, und nun endlich gelangt D. in den rechtmäßigen Besitz der 30 Proz. Rente, um die er vom 24. Oktober 1905 bis zum 12. März 1907 gekämpft hatte.

Aber die Gutsverwaltung Osdorf scheint immer noch trotz aller gerichtlichen Entscheide, trotz des ärztlichen Sachverständigen, der den Mann durch Unfall am 30. März, in seiner Gewerbsfähigkeit beeinträchtigt und durch andere Leiden die volle Invalidentät für vorliegend erachtet, in dem in ihrem Betriebe arbeitsunfähig gewordenen Unglücklichen einen solchen raffinierten Simulanten zu sehen, der nicht Luft hat, etwas zu tun; er wird vom Gutsbesitzer heruntergewiesen. Da er nicht gutwillig die Gutswohnung verläßt, wird — die Ermittlungsfrage angestrengt. So erscheint denn eines Tages der Gerichtsvollzieher, muß aber abgehen, da D. krank zu Bett liegt, und er der Weisung der städtischen Gutsverwaltung, ihren invaliden Arbeiter auf den Straßendam zu setzen, nicht Folge leisten kann. Aber noch einigen Tagen gelingt es ihm, D. zu überraschen, als er einige Stunden auf ist. Zu Handumdrehen sind die paar besten Hausgeräte auf die Straße

gelegt. Auf's neue muß nun die Gemeindeverwaltung von Groß-Lichterfelde eingreifen und bietet dem Mann ein dürftiges Asyl. Da sie aber in D. natürlich keinen sehr angenehmen Gemeindeangehörigen erblickt, so redet sie ihm zu, er möge nur in anderen nachbarlichen Gemeinden Unterkunft suchen. Auch nach der Richtung sind die junkerlich-preussischen Kanieren bei der städtischen Verwaltung eingebürgert. Sie überträgt die Lasten der elend bezahlten Gutsarbeiter den nachbarlichen Gemeinden, die gegen den Gutsbesitzer machtlos sind, und diese wieder versuchen die Armen in einer anderen freundschaftlichen Gemeinde aufzudrängen.

Wenn der Arbeiter D. in seinem jahrelangen Streiterverfahren ohne Rechtsbeilehrung und Schutz gewesen wäre, wäre er längst mit seinen Ansprüchen abgewiesen, ohne daß ihm die noch unseren Versicherungs-einrichtungen zuzehende geringe Unterstützung zuteil wurde. Wenn sozialpolitisches Empfinden in der freisinnigen städtischen Verwaltung vorhanden wäre, dann würde nicht in einer Weise gegen den elenden, kranken, in ihren Diensten invalid gewordenen Arbeiter verfahren worden sein, wie es hier geschah. Pflicht einer humanen und sozialpolitisch empfindenden Verwaltung wäre es gewesen, diesen Arbeiter gegen die unrechtmäßige Vorenthaltung seiner Ansprüche zu schützen. Statt dessen wirt man diesen Schwachen, Kranken, der Arbeit unfähigen Arbeiter auf die Straße! Will man angesichts solcher Vorgänge, die mit Wissen und nach langer Beratung innerhalb der städtischen Verwaltung vorgekommen sind, noch die Behauptung aufstellen, daß in der freisinnigen Verwaltung sozialpolitische Anschauungen betätigt werden?

Soziales.

Verschlechterung des Bauarbeiterschutzes

wird von den Unternehmern mit Macht betrieben, wenn die Arbeiterorganisationen nicht ständig auf der Wacht sind. In Bayern ist die frühere Landeskommission für Bauarbeiterschutz aufgelöst, es bestehen nur noch Ortskommissionen! In der Bauarbeiterschuttskommission für Nürnberg usw. wurde konstatiert, daß hierdurch die Arbeiten sehr erschwert sind und die Handhabe genommen ist, gegen eine Verschlechterung der bestehenden Schutzbestimmungen mit Erfolg anzukämpfen. Die Unternehmer sind schon am Werke, die Vorschriften zu durchlöchern, so wird z. B. mächtig darauf hingearbeitet, das Verbot des Ueberhandmauerns wieder zu beseitigen. Die Kommission beschloß, von der Generalkommission für Bauarbeiterschutz die Einberufung eines Kongresses für Bayern zu verlangen, der sich eingehend mit dem Stande der Bauarbeiterschuttsgesetzgebung beschäftigen soll. Sollte die Generalkommission diesem Ersuchen nicht stattgeben, so sei es wenigstens notwendig, daß sie große Versammlungen veranstaltet, um gegen die Verschlechterungen der Schutzvorschriften Stellung zu nehmen. Eine Subkommission, bestehend aus Vertretern des Hoch-, Tief- und Innenaubaus, wurde beauftragt, eine ortspolizeiliche Vorchrift, wie sie schon in Augsburg und München besteht, auszuarbeiten und den Behörden als Antrag in Vorlage zu bringen.

Zentrum und Landarbeiter.

In der Kreis-agrarischen Rheinischen Volksstimme" wendet sich ein Mitarbeiter vom Lande gegen die Pläne Dr. Heims zur Organisierung der Landarbeiter. "Nach Dr. Heim," so heißt es da, "sollen also die ländlichen Arbeiter genau so wie die industriellen Arbeiter in Gewerkschaften organisiert werden. Die Tätigkeit der industriellen Arbeitergewerkschaften ist bekannt. Ihr Ruf lautet immer und überall: Mehr Lohn oder Streik! — Auf die Gewerkschaften sind christlich oder rot nennen. Ob die höhere Lohnforderung gerechtfertigt ist oder nicht, kümmert die Gewerkschaftsleute wenig." Ein solcher Zustand wäre aber, da das Vieh gefüttert und die Ernte eingeholt werden müsse, der Ruin der Landwirtschaft; der ländliche Arbeiter werde der Spielball seiner Arbeiter.

Von dem Vorschlag Heims, Schiedsgerichte für ländliche Dienstboten einzurichten, will das Blatt der rheinischen Zentrumsbauern ebenfalls nichts wissen. Ein solches Schiedsgericht sei überflüssig: Der Bauer behandelt jeden Dienstboten ohnehin so sorgfältig wie ein rohes Ei, er läßt ihm seine Wünsche förmlich von den Augen ab. Wenn ein Dienstbote also sein Schiedsgericht anruft, wird es regelmäßig wohl zugunsten des Dienstherrn entscheiden müssen; die Dienstboten werden darum von dem Anrufen des Schiedsgerichts bald Abstand nehmen."

Auch der Hinweis auf die "rote Gefahr" schreckt den tapferen Zentrumsbauern nicht. Der verheiratete Landarbeiter, den man zum kleinen Besten machen möge, werde sich mit seinem Dienstherrn im Bauernverein organisieren und auf diese Weise genügend vor der Verführung geschützt sein. Die unverheirateten Arbeiter sowie Knechte und Mägde würden am besten mit anderen Junglingen und Jungfrauen und mit den Söhnen und Töchtern des Dienstherrn in religiösen Kongregationen organisiert, mit denen sie dann auch am Gottesdienst teilnehmen und zusammen auf der Kommunionbank sitzen. Eine solche Organisation ist wahrlich auch imstande, alle ihre Mitglieder über die rote Organisation aufzuheben und sie davon zurückzuhalten."

Endlich wendet sich der fromme Zentrumsmann gegen die Anschauung, als ob die Organisation der Arbeiter dem Lande erhalten und wieder gewinnen könne. Dazu seien andere Mittel erforderlich und er schlägt deshalb vor:

1. Knaben und Mädchen dürfen bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre nicht in industriellen Betrieben beschäftigt werden.

2. Die Kinder werden mit vollendetem dreizehnten Lebensjahre aus der Schule entlassen.

3. Die Kinder, die aus der Schule entlassen sind, werden drei oder vier Jahre lang angehalten, im Winter Fortbildungsschulen zu besuchen, deren Unterricht den ländlichen und kleingewerblichen Verhältnissen anzupassen ist."

Auf diese Weise hofft der biedere Zentrumsbauer der Jugend die Groß- und Industriestadt genügend zu bereichern und er zweifelt nicht, daß im Zentrum und auf der rechten Seite des Reichstages sich genug Männer finden, die zu solchen Aenderungen und Ergänzungen der Schul- und Sozialgesetze die Hand bieten; auch hat er das Vertrauen, daß seine Vorschläge auf dem nächsten Ratholikenkongresse als Anträge eingebracht werden.

Diese Kundgebungen einer braven Zentrumseule sind durch sich selber genügend gekennzeichnet als eine Probe der sattem bekannten Anmaßung und Arbeiterfeindschaft des Agrarierturns, ob es nun im ultramontanen Gewande am Rhein oder im konfessionellen Gewande jenseits der Elbe haust.

Kindrarbeiten in gewerblichen Betrieben. Unterrichtsminister Dr. Pöhl hat in einem an die Bezirksregierungen gerichteten Erlaß darauf hingewiesen, daß die tätige Mitwirkung der Schule bei der Ausführung des Reichsgesetzes vom 30. März 1903 über Kindrarbeiten in gewerblichen Betrieben der wirksamen Durchführung des Gesetzes förderlich gewesen sei, und daß auf die Führung der Listen über die den Kindern ausgesetzten Arbeitsarten streng gehalten werden solle. Doch reichen nach den gemachten Erfahrungen diese Maßregeln noch nicht aus, um die mißbräuchliche Ausnutzung der Kinder zu gewerblichen Zwecken ganz zu beseitigen. Deshalb hat der Minister angeordnet, daß zunächst vorläufig, in den Volksschulen je eines Kreises der Regierungsbezirke allen Kindern bei Beginn des neuen Schuljahres Fragebogen zum Ausfüllen durch die Haushaltungsvorstände mitgegeben werden. Diese Fragebogen sollen enthalten, ob das Kind in einem gewerblichen Betriebe oder sonst mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt werde, ob es eine Arbeitskarte besitze, ob es etwa in dem Gewerbebetriebe des Vaters beginn, der Haushaltungsvorstandes oder mit Arbeiten für einen dritten, an

deren Herstellung der Vater nicht beteiligt ist, beschäftigt werde, eventuell mit was für Arbeiten und während welcher Stunden eine Beschäftigung stattfindet. Ueber die nähere Bestimmung der Fragebogen sollen die Regierungen alsbald Vorschläge machen. Diese Fragebogen sollen von den Lehrern eingesammelt werden, und sofern die Ausfüllung eines Formulares gar nicht oder nicht ordnungsmäßig erfolgt, oder wenn es offensichtlich Unwahrheiten enthält, von den Lehrern mit Anmerkungen versehen und ohne jede weitere Nachforschungen den Schulinspektoren eingereicht werden, die sie den polizeilichen Organen zur weiteren Verfolgung überweisen. Für dieses verfahrensweise einzurichtende Verfahren sollen vornehmlich solche Bezirke gewählt werden, in denen die gewerbliche Tätigkeit von Kindern in größerem Umfange stattfindet.

Im Reiche des Herrn Stöder.

dem frommen Siegerlande, droht die neuzeltliche Sittenverderbnis ihren verwissenschaftlichen Einzug zu halten. Das christlich-soziale Blatt "Das Volk" jammert über die Zunahme der Animerkneipen in Siegen, wo lockere Mädchen die Gäste zum Trinken anhalten, namentlich zum Weintrinken zu zweien im Sopha, wo es nicht selten vorkommt, daß die Animerkneipen 50, 60, ja 100 Mark Trinkgelde pro Woche einheimen. Es sei hohe Zeit, daß diese Angelegenheit einmal öffentlich behandelt werde, damit die Polizei sehe, wie man in der Bürger-schaft, die noch auf Sacht und Ordnung halte, über diese Frage denke.

„Im Interesse der Erhaltung gesunder Verhältnisse in unserer Stadt, im Interesse unserer Männer und Frauen, welche letztere schmerzliche Tränen vergießen würden, wenn sie wüßten, wo so mancher Sohn und — leider muß es gesagt werden — Gatte die Abende bis spät in die Nacht hinein zubringt, muß endlich die kategorische Forderung gestellt werden: Der Magistrat muß die Animerkneipen beseitigen!"

Das würde gewiß manchem Sohne und manchem Gatten der frommen Siegestadt unangenehm sein; ob aber durch die Aushebung der Animerkneipen der Sittlichkeit im Reiche des Herrn Stöder geholfen wäre, ist eine andere Frage. Sohn und Gatte, die sich amüüsieren wollen, würden dann, wie sie es bisher taten, wieder die lustigen Orte in Köln oder Düsseldorf aufsuchen. Das kostet etwas mehr Geld, aber die Herren haben es ja. Im übrigen darf man in Zukunft die frommen Eiferer aus der Gesellschaft des Herrn Stöder, die so gerne über die Sittenverderbnis in der Reichshauptstadt losziehen, auf die Dinge hinweisen, die sich im stillen, kleinen und frommen Siegen zutragen — wo es keine Sozialdemokraten, sondern nur christlichsoziale, nationalliberale und gut katholische Leute gibt.

Ein „Torado“ für Landarbeiter

scheint die königliche Domäne Helsenberg bei Dresden zu sein — will man die dortigen Verhältnisse nach den Ergebnissen einer Verhandlung vor dem Dresdener Schöffengericht beurteilen. Der Gutspächter und Gutsvorsteher v. Lippe hatte gegen einen seiner Dienstknechte einen Strafbefehl über 20 M. erlassen, weil dieser „ohne gesetzlichen Grund vorzeitig seinen Dienst verlassen habe. Der Dienstknecht glaubte sein plötzliches Verschwinden hinreichend rechtfertigen zu können und beantragte richterliche Entscheidung. Als Grund führte er schlechte Kost und unzureichende Schlafräume an. Das „Gesinde“ mußte im Winter im Ochsenschlamm schlafen. Das Sommerlager bestand in einem Stadel des in der Scheune befindlichen Heubodens. Nach den Bedingungen eines als Zeugen vernommenen Dienstknechtes gab es einmal für das „Gesinde“ Schinken — die Maden liefen aber damals auf dem Tisch herum. Ferner sollen die Praxiatoffeln verfalzen und die Graupen sauer gewesen sein. Trotz dem wurde der Strafbefehl des Dienstherrn vom Gericht bestätigt, weil das „Gesinde“ nach der famosen Befehlsbestimmung nur dann bei Vorenthaltung von Lohn oder Kost das Dienstverhältnis lösen kann, wenn es vorher die Hilfe der Polizeibehörde in Anspruch genommen hat und der Dienstherr von dieser an seine Verpflichtungen erinnert worden ist. Wird auch das Landgericht zu einer Freisprechung kommen, so ist doch die ausgeprochene Beurteilung überaus bezeichnend für die rechtlichen Verhältnisse des Gesindes.

Fortbildungsunterricht und auswärtige Beschäftigung.

Der Landmesser und Kulturlingenieur Tschak zu Danzig hatte ohne Genehmigung des Kuratoriums der Fortbildungsschule seinen Lehrling wegen der Beschäftigung auf dem Lande längere Zeit nicht am Fortbildungsunterricht teilnehmen lassen. Er wurde deshalb vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Auf seine Revision hob jedoch das Kammergericht dieses Urteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Die Hauptfrage für die Lehrlinge sei ihre Ausbildung in dem Gewerbe, das sie erlernen sollen. Die Fortbildungsschule könne nur sekundär wirken. Es frage sich deshalb, ob nach Lage des Berufs die Beschäftigung des Lehrlings außerhalb Danzigs zum Zweck seiner Ausbildung notwendig gewesen sei. War das der Fall, so brauchte Angellager ihn in dieser Zeit nicht in die Fortbildungsschule zu schicken, beziehungsweise ihn nicht der auswärtigen Tätigkeit entziehen, bloß damit er in die Fortbildungsschule gehen könne. Dann brauchte er aber auch nicht die Erlaubnis des Kuratoriums, die das Orkstatut für das längere Fernbleiben von den Unterrichtsstunden verlangt, denn das Kuratorium sei ja nicht in der Lage, darüber zu entscheiden, ob die Beschäftigung außerhalb des Betriebsfeldes zwecks beruflicher Ausbildung des Lehrlings notwendig sei. Das Landgericht müsse nunmehr die erforderlichen Nachprüfungen vornehmen.

Für die streikenden und ausgeperrten Tabakarbeiter

gingen ferner bei der Berliner Gewerkschaftskommission ein:

Sozialdemokrat. Waldereim Kammelsburg 100.—, Müßelabeit 256. nix 10.—, Waschfleiter 2, Selamantis 3.25, Hier 90 u. d. Wölpelieren bei Naichig Saal 11.15.—, Gesellenklasse Gieseler Hartmann, Rüdenstr. 10.—, Genossen d. 132. Stalldierzi 10.—, Verband d. Kapazierer, Ortsverein Berlin 200.—, Kranzüberreich u. G. G. Wst. Reiter Lange 10.25, Verband d. Steinreißer, Ortsverein Berlin 200.—, Verband d. Mühlenreißer, Ortsverein Berlin, Ethen 2475, 2477, 2479 37.05.—, Vom Transportarbeiterverband, Bern I (Verrein Berliner Hausdienner), Ethen 411 12.45; 412 13.95; 418 47.35; 422 18.80; 433 11.50; 434 14.55; 438 7.85; 439 16.20; 441 4.25; 442 5.10; 444 5.50; 446 9.70; (in Summa 167.37). Bitte 2586, Remins, Gas u. Wasser 7.85, Bitte 2597, R. Rühlke 3.25, Bitte 2598, Demas u. Sohn, Stuhlstr. 11.15, Bitte 2599, Deutsche Tischpompeter, Saal I 12.90, Bitte 2600 2.70, Bitte 2601, H. Rehner 3.40, Bitte 168, Hlhaner u. Sosen 7.85, Bitte 166, Wörth u. Nummer, 13.—, Bitte 2311, Riles-Werke 6.55, Radelmeyer Oberprece, Bitte 2112 451, W. J. 12.50, Bitte 2313 451, Siefert 16.75; Bitte 2314 R. H. Dreber 6.30; Bitte 2315 R. H. R. 8.75, —, Rute-Ober-Schneide, Ethen 2281 30.00; 2282 18.—; 2283 9.70; 265 7.60; 266 7.90. — Bitte 2307 durch Rodendahl 11.60, Bitte 2306 Kfummulatorwerk 10.40, Verband der Buch- u. Streinbrückler, Zählerei I (Kfummulatorerinnen) auf Ethen 1845, 2164, 2170, 2183 26.15.—, Durch d. Verband der Hühnerreißer, gel. auf Ethen 2303 Wolf u. Glaserfeld 21.50; 2304 Wolfhart u. Wolf, Wätereil 4.90; 2305 Müller u. Schumann, Wätereil 1.75; 2306 Wagner, Wätereil 4.55; 2309 Grünbaum, Wätereil 2.50; 2310 Ethenberg, Wätereil 10.95; 2311 Ränge, Wätereil 4.45; 2312 Ethenreißer, Wätereil 4.90; 2313 v. Kant, Wätereil 15.33; 2315 Ochr. Berthold, Wätereil 4.80; 2317 Plumena u. Sohn, Wätereil 7.75; 2318 Gotschlich, Wätereil 7.90; 2319 Katocha, Wätereil 5.80; 2320 Plumena u. Sohn, Wätereil 5.80; 2311 v. Kant, Wätereil 5.80; 2316 Grotzhaas u. Co., Wätereil 4.30. — Von den Kollegen der G. G. G. Ackertrage, auf folgende Ethen: 1788 Saure 12.25; 1789 Schadow 24.95; 1790 Radow 11.20; 1791 Rehmman 15.80; 1792 Engel 15.20; 1793 Demsky 16.20; 1794 Wille 11.40; 1795 Erdbeer 7.90; 1796 Wüller 9.30; 1797 Wüller 9.80; 1798 Schlieske 8.55; 1799 Grotz 8.40; 1800 Ruhrod 2.57; 1801 Engelmann 1.40; 1802 Richter 9.10; 1803 Weibner 6.20; 1804 Weibner 5.40; 1805 Hausverwaltung 11.80; 1806 Grotz 7.15; 1807 Woll 14.05; 1808 Berger 14.00; 1809 Gido 15.80; 1810 Rindberg 7.40; 1811 Woll 16.00; 1812 Stengel 4.65; 1813 Dem 6.10;

1814 Schuster u. Nichte 11,45; 1815 Hausig 7,40; 1816 Widt 5,25; 1817 Schmidt 7,95; 1818 Schilling 12,70; 1822 u. H. 17,85; 1823 u. H. 11,30; 1824 u. H. 10,40; 1826 u. H. 11,50; 1828 Heintze 15,40; 1829 Brumlow 8,70; 1830 Grunbmanna 12,10; 1831 Lange 20,15; 1832 Schneider 4,50; 1833 Müller I. 20,15; 1834 Müller II. 11,95; 1835 Heintze 14,10; 1836 Jordan 5,90; 1837 Schulze 7,25 (In Summa 504,30 Mk.) — Verband der Lithographen und Steindruckere, Dürderwallungen Berlin, erste Rate auf Aktien 450,—. Kollegen der Eggbrecht 6,—. Werkstatt bei Ostermann, Weisensee 5,—. Untere Kommission Städtisch 28,20. Zentralverband der Lederarbeiter (Weißgerber) 50,—. Gewerkschaftsartikel Eiding 50,—.

Gewerkschaftsartikel Nomenes: Schuhmacher 18,95, Zimmerer 12,45, Maschinenisten und Deizer 6,90, Holzarbeiter 20,— (in Summa 58,30). Lokal-Union der Glasarbeiter in Lohsa-Regio 200,—. Geburtstagsfeier bei Müller gel. h. Rühl 2,25. Verband der Formensieder: Aktien 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593 52,40. — Verband der Arbeiter: Aktien 1082, 1083 16,35. — Arbeiter und Arbeiterinnen bei G. H. Gera, Friedmann, Aktien 126 00,80; 127 11,—; 128 14,15; 129 44,50; 130 31,30; 131 2,40; 132 4,—; 133 24,50; 134 15,95; 135 11,95; 136 10,05; 137 9,— (in Summa 211,50). Von den Arbeitern der deutschen Ballen- und Kammlinsfabriken, Aktien 2727 24,35; 2728 24,15; 2729 16,75; 2731 13,05; 2732

Ulrich 24,35; 2733 Balow u. North 24,75; 2734 Reubauer u. Fehlem 12,—; 2735 Hennig 24,80; 2736 Deule 18,40 (in Summa 170,60). Sechsterteile des Anordnungs 20,—. In Summa 2087,45 Mk., bereits quittiert 10 924,13 Mk.; insgesamt 13 861,58 Mk. Weitere Beiträge werden entgegengenommen. Gelder, welche mittels Post eingesandt werden, sind zu richten an: A. Körten, SO. 16, Engel-Hfer 15, I. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 25. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Frau Diabolo. Königl. Schauspielhaus. Die Lärm um Nichts. Deutsches. Das Wintermärchen. Kammerstücke. Feinlein Käse. Die Neudermählten. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Hofles. Schiller O. (Schiller-Theater.) Der Herr Senator. Schiller Charlottenburg. Das vierte Gebot. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der blinde Passagier. Berliner. Die tangenden Männchen. Lesing. Das Blumenboot. Neues. Iphigénie. Liebe. Kleines. Vater und Sohn. Zentral. Unsere blauen Jungens. Komische Oper. Carmen. Westen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Aufzenseher. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau. Thalia. Ihr Sechshundert. Luisen. Gebildete Menschen. Bernhard Hofe. Zar und Zimmermann.
Theater an der Spree. Der Allendubler. Metropol. Das muß man seh'n. Apollo. Schloffer Schaffer. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Hofles Caprice. Geteilte Liebe. Antiduellanten. Winter Teil. Casino. Die wilde Jagd. Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben. Bohage. Lona Nansen. Spezialitäten. Wintergarten. Anne Dancrey. Annie Dirlens. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Prater. Bühne und Welt. Carl Haberland. Spezialitäten. Urania. Landeshöhe 14/19. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die tanzennden Männchen.
Donnerst.: Die tanzennden Männchen.
Freitag.: Die Jungfrau von Orleans.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Iphigénie.
Liebe.
Donnerstag.: Der Dieb.
Freitag.: Iphigénie, Liebe.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 64. Male:
Vater und Sohn.
Donnerstag.: Vater und Sohn.
Freitag.: Ein idealer Vater.
Sonntag.: Vater und Sohn.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingsluft.

Friedrich-Wilhelmst.
Schauspielhaus

Zum ersten Male:
Der blinde Passagier.
Lustspiel in drei Akten von Oskar Neumann und Gustav Kadelburg.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag.: Der blinde Passagier.
Freitag.: Der blinde Passagier.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Suzarenfieber.

8 Uhr Residenz-Theater.

8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Veber. Robert de Trièves: Rich. Alexander.
— Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrollleur.

Walhalla-
Variete-Theater

Wendebühnen 19/20, Täglich 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Das originelle Sept. Programm.
Nato Natos, der Abiez hebt ein Automobil mit den Zähnen.
Zumel: Konzert f. Theaterbel. frei.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstr. 57—62. — Sternwarte.
Tägl. geöffnet von 7 1/2—11 U. abds.

ZOOLOGISCHER
ZGARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.

Abends 8 Uhr:
Unsere blauen Jungens.
Baubelle in 3 Akten.

Luisen-Theater

Anfang 8 Uhr.
Gebildete Menschen.
Donnerstag.: Carmen.
Freitag zum 1. Male: Mutterfegen.
Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung: Weihnachts- und Karneval. Abends: Die beiden Reichsmüller.
Sonntag nachm.: Carmen. Abends: Mutterfegen.
Montag: Amerikaseppel.

Theater an der Spree

Adenickerstraße 65.
Täglich 8 Uhr:
Der Altienbdiker.
Alt-Berliner Gesangspreis d. D. Kallig. In Originalkostümen und Dekorationen der fünfziger Jahre.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Direktion: Julius Tiert.
Mittwoch, den 25. September 1907, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Bauernkomödie mit Gesang in drei Akten von Angenrader.

Metropol-Theater

Zum 12. Male:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Guido Thielscher a. D.

B. Darmand a. v. E. Withney a. D.
Henry Bender. J. Giampietro
Jos. Josephi. Fritz Massary
Fritzi Schenke, L. Haskel etc.
Dirigent: Kapellmeister M. Roth.
Anfang präzise 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo
Theater

Ab 8 Uhr:
Das tolle Programm!
9 1/2 Uhr:

Sylvester Schaffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.

Passage-Theater.

Lona
Nansen.

14 erstklassige Nummern.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.
Denke:
2 Gastspielabend d. Opern-Ensembles (Dr. Selow): Zar und Zimmermann.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Donnerstag.: Der Held des Tages.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Walder-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Schummler.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Kosmersholm.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Das vierte Gebot.
Lustspiel in vier Akten von Ludwig Angenrader.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Freitag, abends 8 Uhr:
Heimat.

Zirkus Schumann

Heute Mittwoch, den 25. September, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre. —
Die neuen Originaldressuren des Dir. Alb. Schumann.

Fünf Circus, komische Akrobaten.
Die phänomenalen Luft-Voltigeure
The Konbars.
Herr Ernst Schumann auf dem Rollstuhl "Aerea".
Mathilde Renz, Dora Schumann, Ernst Renz, C. Hess, vierfache hohe Schule.
Die weltberühmte
George Bonhair-Truppe
sensational neue akrobatisch-tänzerische Vorführungen.
Ferner die neuen Spezialitäten.

WINTERGARTEN

Triumphierender Erfolg
des
Monstre-Eröffnungs-Programms
mit Anne Dancrey, Olga Preobrajensky, Le Roy, Talma und Bosco und anderen Glanznummern.

XIII. Saison
Zirkus Busch

Heute abends präzise 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Mons. Caroli, Fakirkünste
Herrn Willy Manns
Wundereselen.
Herr C. Schumann,
Reudressuren.
Clown Cabolini als Stierkämpfer.
Les. Bastren.
Akrobaten zu Pferde.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Das schwimmende

Theater.
Die 5 Marnos
The Lunas
und zehn erstklassige Nummern.

Gardinen

kaufe man am billigsten nur direkt in dem seit 40 Jahren bestehenden Gardinen-Spezialgeschäft von
Bruno Güther,
Grüner Weg 80, terre.

Möbel!

schützt Sie vor jeder Uebervorteilung, indem jedes Stück bei mir ausgezeichnet ist und der Käufer sich selbst davon überzeugen kann, was der betr. Gegenstand kostet. Ferner habe ich die

Neueinrichtung

getroffen, daß ich meinen Kunden, die ihre vereinbarten Teilzahlungen selbst und regelmäßig in mein Kontor bringen, vor Abschluß ihrer Schuld 10 % vergüte, und hat daher niemand mehr nötig, gegen Bar zu kaufen, da er auf

Teilzahlung eben so billig wie gegen Bar kauft.

Zum Umzuge habe ich Einrichtungen wie folgt zusammengestellt:

1 Zimmer, Anzahlung	10 M.,	Abzahlung	1 M. pro Woche
2 Zimmer, Anzahlung	20 M.,	Abzahlung	2 M. pro Woche
2 Zimmer, Anzahlung	30 M.,	Abzahlung	3 M. pro Woche
3 Zimmer, Anzahlung	40 M.,	Abzahlung	4 M. pro Woche

Größere Einrichtungen sowie einzelne Ergänzungsstücke je nach Vereinbarung, letztere schon mit einer Teilzahlung von

1 Mark wöchentlich an

Wer bei mir einen Kaufversuch gemacht hat, der empfiehlt mich weiter.

S. Gottlieb
Rosenthaler Straße 54 I
Ecke Gormannstraße. 82L.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
Möbel
eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
Berlin SW., Lindenstraße 105. 4082L.

W. Noacks Theater

Direktion: Arb. Dill. Opernstr. 10.
Die Rastelbinder.
Lustspiel mit Gesang von Müller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorgangsarten gütig!
Sonntag: Perretenes Glück.
Nach dem Roman d. Berl. Morgenp.

Gebr. Herrnsfeld-

Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorderauf 11—2.
Die erfolgreichsten
Lach- & Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Wag
Operetten-Parade, Lust
von E. Thal.
Es lebe das Nachleben!
Sopran-Parade in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnsfeld.

Theater Folies Caprice

Lionstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Täglich 8 Uhr abends:
Geteilte Liebe.
Die Antiduellanten.
Winter Teil.
Mortens, Fleischmann, Grünecker
in den Hauptrollen. Komert, Theater-
kasse 10—2 und bei Reichheim.

Trianon-Theater.

Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater

Restaurants-Allee 7—9.
Bühne und Welt.
Schauspiel in 4 Akten von G. Dantel.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Bühne u. Welt.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Ante im
Familien-
Gab
Wannsee.
Anf. Wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Kasino-Theater.

Lathbringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Lustspiel in Ludwig Fulda.
4 Akten v. Bocher d. pläns. Gedrängungs- Progr.
Sonntag 4 Uhr: Die Carier.

Sanssouci,

Kottbusser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Köster.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hofmanns Nordl. Sänger
u. Tanzenkränchen.
Sonn. Bes. 5, wochent. 8 U.
Bremen:
Gr. Elite-Soirée, Tanz.
Recit. Delons Operngesell.
Sonntag: Benefiz für
Herrn v. d. Offi: Große
Extra-Soirée, Tanz.

Buggenhagen,

Moritzplatz.
Inh. Albert Böhme.
Täglich:
Die 7 Schwaben
moderne Volks-Sänger.

Martin Bendix

als
Sherlock Holmes aus Treuenbrietow.
Im unteren 1. Militär-Konzert.
Saal täglich: 1. Militär-Konzert.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin, SW. 68. Lindenstr. 69.
Zur Achtung, namentlich auf dem
Lande, empfehlen wir angelegentlich
Das verbotene Blatt.
Preis für 100 Exemplare 1 Mk.
Porto 10 Pf.

Gardinen-

Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren,
Stores, Vitrage, Tüll-
Bettedecken etc.
Einzelne Fenster spezialbillig!
Pracht-Katalog
gratis und franko.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Freitag, 27. September, 8 1/2 Uhr abends:

Versammlungen der Kreis-Wahlvereine.

I. Kreis

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Beratung des Verbandsstatuts eventuell Anträge zu demselben. 2. Bericht-
erstattung vom Parteitag in Essen. 3. Diskussion. 4. Berichtserstattung von der
Provinzialkonferenz. 5. Verschiedenes.

II. Kreis

Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Provinzialkonferenz. 2. Bericht vom Essener Parteitag.
3. Beratung von eventuellen Anträgen zum Verbandsstatut. 4. Verschiedenes.

III. Kreis

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Provinzialkonferenz. 2. Bericht vom Essener Parteitag.
3. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

IV. Kreis

Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der Anträge zum Verbandsstatut. 2. Bericht von der Branden-
burger Provinzialkonferenz. 3. Bericht vom Essener Parteitag. 4. Parteiangelegenheiten.

V. Kreis

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Essen. 2. Bericht von der Brandenburger
Provinzialkonferenz. 3. Das Verbandsstatut. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

VI. Kreis

Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Essener Parteitag. 2. Bericht von der Provinzialkonferenz.
3. Beschlusfassung über das Verbandsstatut. 4. Verschiedenes.

Nieder-Barnim

Rummelsburg bei Witwe Weigel, Türschmidtstraße.

Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung vom Essener Parteitag. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung (Anträge). 4. Vereinsangelegenheiten

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

94/19

Achtung! Polierer!

Die Arbeitsvermittlung für Polierer und Beizer im paritätischen
Arbeitsnachweis erfolgt

von 8 bis 10 Uhr vormittags
und von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags.

Die Arbeitslosenkarten werden jedoch nur einmal täglich und
zwar vormittags abgestempelt.

Die Branchenkommission.

Modell- u. Fabrikfischer und Drechsler!

Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

bei Schmidt, Gartenstr. 6.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen R. Leopold über: „Unsere Kämpfe und
unsere Taktik in der Zukunft“. 2. Verbands- und Branchenangelegen-
heiten. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 26. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Rosen-
thaler Hof, Rosenthalerstraße 11-12:

Branchenversammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Genossen Wilh. Döwoll über: „Drehschle-
Zustände“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Branchenkommission.

Achtung! Bautischler Bezirk 4!

Donnerstag, den 26. September, abends 7 Uhr:

Versammlung

bei Milbrodt, Müllerstraße 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Reich. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung pünktlich zu
erscheinen. Die Bezirkskommission.

Donnerstag, den 26. September, bei Manschke, Blumenstr. 38:

Versammlung

aller in der Näh- u. Damenschreibstich-
branche beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Stukkateure!

Donnerstag, den 26., vormittags 11 Uhr, bei Meier,
Schafhanstr. 39:

Oeffentliche Versammlung

der arbeitslosen Kollegen.

Tagesordnung: Die gegenwärtige Berufslage.

Die Teilnahme aller arbeitslosen Kollegen ist dringend nötig.
Der Einberufer.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 26. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engel-Ufer 15, Saal 4:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörigen Bezirke und Zahlstellen der Sektionen der
Maurer, der Putzer, der Gips- und Zementbranche sowie der Fliesenleger.

Tages-Ordnung:

1. Situationsbericht. 2. Diskussion über die vorgeschlagenen Kandidaten zum ersten Vorsitzenden des
Zweigvereins. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch und Streiklegitimation legitimiert.

Bohrgelübes Erscheinen erwartet

143/11*

Die Verbandsleitung.

Achtung! Fliesenleger u. Hilfsarbeiter Berlins! Achtung!

Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr,

im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstr. 72

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Tarifkommission von den Verhandlungen
mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion.

279/1

Alle Fliesenleger und Hilfsarbeiter, welche sich als solche legitimieren können, haben Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet

Die Tarifkommission. J. A.: S. Puttlich.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Stralauerstr. 49. Telefon: Amt 1, 7779.

Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentl. Versammlung

der bei den Innungsmeistern Berlins und Umgegend
beschäftigten Schmiede
in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zur Gesellenauswahl.
2. Stellungnahme zu dem Boykott der Innungsberiberge und
Arbeitsnachweis.

Kollegen! Die aus der vorstehenden Tages-Ordnung ersichtlich ist,
werden in dieser Versammlung außerordentlich wichtige Angelegenheiten er-
ledigt; wir erlauben deshalb unsere Kollegen, für einen guten Besuch Sorge
zu tragen. Kein Innungsmitglied darf fehlen. Mit Gruß

176/18

Die Ortsverwaltung. J. A.: W. Siering.

Spandau.

Allgem. Orts-Krankenkasse.

Am Donnerstag, d. 3. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, findet im Hotel
„Roter Adler“, eine

Außerordentl. Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Statutenänderung (u. a. Um-
gestaltung der Beitragsberechnung).
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

276/12 Wolf, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 28. Sep-
tember er., wird die diesseitige
Krankenkasse von Brandenburger-
straße 31. nach der Köpenicker-
straße 33 vorn 3 Treppen,
verlegt.

Am Umzugsstage bleibt die Kasse
geschlossen.

Berlin, den 23. September 1907.

Der Vorstand der Ortskrank-
kassen der Tabakfabrikarbeiter.

Achtung!

Der Adler

Anton Poshornik

aus Dötze bei Witomischel wolle
wegen Erbschaftsangelegenheiten
seine Adresse an Herrn Joh
Krivan in Dissa a. Elbe (Döhmen)
einleiden. 1816

10 Pfund. Koll frisch gefalt.

Schweinefleisch nur

10 Pfund. Koll frisch gefalt.

9 Pfund. Koll frisch gefalt.

10 Pfund. Koll frisch gefalt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Nieder-Barnim. Die am Sonnabend, den 28. d. M., anberaumte Generalversammlung findet nicht im Restaurant Bellevue, sondern im Restaurant Gorgas, Rummelsburg, Neue Prinz-Albertstr. 70, statt.

Alt-Glienitz. Am Donnerstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Haberecht, Friedr.straße, eine öffentliche Gemeindegewählerversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch derselben Sorge zu tragen. Auch wird den Genossen zur Pflicht gemacht, daß sie sich an der am Sonnabend, den 29. d. M., stattfindenden Gemeindegewählerversammlung zu beteiligen haben.

Kleinendorfer-West. Am Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Waldbühlchen“, Inhaber J. Gördes, Waldstraße Ecke Eichhornstraße, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Adolf Stern: „Die christliche Kirche und das Ideal der christlichen Bruderliebe“. 2. Die Kirchensteuer und wie erwiehen wir uns derselben. 3. Diskussion. Da zu dieser Versammlung der Herr Pastor Herberghofer besonders eingeladen ist, ersuchen wir im Besonderen die Hausfrauen um zahlreiche Besuch.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

findet vom 1. Oktober nicht mehr Friedrichstr. 16 statt, sondern Lindenstr. 3, I. Hof rechts IV.

Fahrstuhl.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 26. September d. J., nachmittags 5 Uhr: Berichterstattung über die Vorlagen betreffend die gegen die Richtigkeit der Gemeindegewählerversammlung erhobenen Einsprüche und die Wertzuwachssteuer (§ 7, Absatz 2 und folgende der Steuerordnung II.). — Vorlagen betreffend die Frequenz in den Gemeindegewählerversammlungen am 1. Mai 1907, — den Verkauf des zum Vermögen des Silberchen Fonds gehörigen Grundstücks der Stadtgemeinde Alexanderstr. 61/A, Am Königgraben 10, — die Bewilligung der Geldmittel zur Zahlung der Vergütung an englische und französische Lehramtsassistenten, — die nachträgliche Bewilligung von Mitteln zur Herstellung des Kanalisationsanschlusses des Gasthausgrundstückes in Kreuzow, — die Abänderung der Vorgartenfluchtlinie vor dem Grundstück Kurfürstendamm 264/Pützowufer 34/35 und den Erwerb einer Vorgartenfläche dieses Grundstückes im Enteignungsverfahren — und den Erwerb des Grundstückes Müllerstr. 144.

Stipendien für Handwerker und Kunstler. Aus Emil Zeitlers Nachlassenschaft, die von der städtischen Stiftungsdeputation verwaltet wird, sind für das Winterhalbjahr 1907—08 Stipendien von je 20 M. monatlich an begabte, fleißige und bedürftige junge Handwerker, die ihre Lehrzeit mit Erfolg zurückgelegt haben, auch an junge Künstler, welche zu ihrer weiteren Ausbildung im Kunsthandwerk noch eine Fachschule besuchen wollen, zu vergeben. Meldungen sind an das städtische Stiftungsbureau, Poststr. 16, 2. Treppen, zu richten. Die Bewerber haben in den Gesuchen kurze Angaben über ihre Familien- und Vermögensverhältnisse zu machen und ferner ein Zeugnis über die genossene Schulbildung sowie ein Zeugnis ihrer Lehrmeister oder der Direktoren der von ihnen besuchten Handwerker- oder Fachschulen oder der Lehrmeister der Fabriken bzw. Werkstätten, in denen sie arbeiten, über Fleiß und Vorgebung beizubringen.

Neuer Hochbahnfahrplan. Einen neuen Fahrplan bringt die elektrische Hoch- und Untergrundbahn mit der Eröffnung der Haltestelle unter dem Leipziger Platz zur Einführung. Der neue Fahrplan unterscheidet sich nicht wesentlich von dem jetzigen. An die Stelle des Potsdamer Platzes tritt überall die Bezeichnung Leipziger Platz. Die Folge der einzelnen Züge und die Fahrzeiten bleiben im wesentlichen unverändert. Auch die Betriebsweise erfährt keine Änderung. Morgens und abends werden nach wie vor unmittelbar Züge zwischen der Ost- und Weststraße geführt. Bei dem geringeren Verkehr am Mittag und am späten Abend laufen alle Züge der ganzen Bahn über den Leipziger Platz. Bekanntlich kann man die neue Haltestelle nach wie vor auch von dem bisherigen Ausgang in der Königgräberstraße erreichen, indem ein Gang von dieser Straße unter dem Neubau nach der Haltestelle unter dem Leipziger Platz führt. Die Eröffnung der Haltestelle dürfte unmittelbar nach deren landespolizeilichen Abnahme stattfinden.

Die wichtige Frage, ob die Stadt Berlin berechtigt ist, von den Anliegern der Schönhauser Allee, die auf zirka 300 000 M. berechneten Anliegerbeiträge für die Regulierung der Straße zwischen Danziger- und Eberswalderstraße und der Ringbahn einzuziehen, ist nunmehr auch höchstgerichtlich zugunsten der Stadtgemeinde entschieden worden.

Zwischen dem Forstfiskus und dem Magistrat von Berlin schweben Verhandlungen wegen des Verkaufs der Wuhlsheide an der Oberpreze bei Karlshorst. Der Magistrat will dort ein drittes Wasserwerk anlegen. Er hat bereits einen Teil der Wuhlsheide gegenüber dem Tierhain für den Bau einer Gaskanalisation angekauft und war über den Ankauf eines Teiles der angrenzenden Wuhlsheide in Größe von fünfzehn Hektar zum Preise von 1 1/2 Millionen Mark mit dem Forstfiskus einig geworden. Nunmehr sind, so wird berichtet, auf Verlangen des zuständigen Ministers neue Verhandlungen wegen Verkaufs der ganzen Wuhlsheide eingeleitet. Der Preis, der für das Gelände verlangt wird, beträgt nicht ganz 40 Millionen Mark. Wie nehmen von der Meldung, soweit sie sich auf den Ankauf der ganzen Wuhlsheide bezieht, mit allem Vorbehalt Notiz.

Zwei Arbeiterkinder verbrannt.

Ein schreckliches Unglück hat sich gestern mittag im Hause Lüberstraße 89 ereignet. Im Keller dieses Hauses wohnt die Arbeiterfamilie Menzfeld. Frau Menzfeld mußte die Wohnung auf einige Zeit verlassen, um ihrem Mann Essen zu tragen, währenddessen sie ihre Kinder bis zu ihrer Rückkehr sich selbst überlassen mußte. Während der Abwesenheit der Mutter haben nun die beiden Kinder Streichhölzer zu verschaffen gesucht und damit gespielt. Dabei fing die Kleider Feuer. Im Nu standen auch Gardinen und andere Gegenstände in Flammen. Ein Hausbewohner drang in die Wohnung ein und suchte den Kindern Hilfe zu bringen. Diese hatten aber so schwere Brandwunden erlitten, daß beide auf dem Wege nach dem Krankenhaus starben.

Das bedauerndste Vorkommnis zeigt auf neue, welchen schweren Gefahren gerade die Arbeiterkinder ausgesetzt sind. Der Vater muß von früh bis spät schaffen und die Mutter muß sehen, wie auch sie infolge der miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse für den Haushalt etwas beitragen kann. So kommt es, daß sich die Kinder oft selbst überlassen sind; die größeren müssen die kleineren beaufsichtigen, und da geschieht es sehr leicht, daß die Kinder Schaden leiden — sei es auf der Straße, daß sie in die Gefahr des Ueberfahrens verwickelt kommen, sei es, daß sie in der Wohnung Unheil anrichten. Dann aber kommen die „besseren“ Kreise und reden von „Vernachlässigung der Arbeiterkinder“. Sie haben es sehr leicht; die Bourgeoisie belächelt sich um ihre Kinder am allerwenigsten. Die Gouvernante und das Dienstmädchen müssen ihr die Erziehung

und die Beaufsichtigung abnehmen. Das können Arbeiter allerdings nicht.

Pflichtig verstorben ist der Leiter der 131. und 170. Gemeindegewählerversammlung, Kempelhofer Ufer 7, Rektor Hinz. Als der 64 Jahre alte Herr sich gestern mittag nach Beendigung des Unterrichts nach seiner Wohnung begab, brach er plötzlich bewußtlos zusammen. Der sofort von der Unfallstation I am Kempelhofer Ufer hinzugezogene Arzt Dr. Langerhans vermachte nur den infolge Herzschlages eingetretenen Tod des Schulleiters festzustellen.

Die Unglücksstreppe am Bahnhof Gesundbrunnen hat gestern morgen schon wieder ein Opfer gefordert. Der 57 Jahre alte Klempner Wilhelm Dör, Gropiusstr. 6 wohnhaft, hatte am Bahnhof Gesundbrunnen den Zug verlassen und als er die Treppe nach dem Ausgang zur Brunnenstraße hinaufstieg, biß er mit dem Stiefeln an dem Eisenbelag hängen und stürzte ab. In bewußtlosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Er hatte schwere Zerschmetterungen des Nasenbeins und des Stirnbeins erlitten. Ansehend hatte er auch innere Verletzungen davongetragen. Es ist dies nun in kurzer Zeit der dritte schwere Unfall, der sich auf der verhängnisvollen Treppe ereignet hat. Auch früher konnten wir öfter über Unfälle berichten, die sich auf der Unglücksstreppe zugetragen hatten.

Zum Krüppel gefahren wurde gestern abend gegen 7 Uhr der 16 Jahre alte Realschüler Kurt Schmidt, bei seinen Eltern, Stettinerstraße 40/41 wohnhaft. Der Knabe versuchte in der Vellermannstraße, Ecke Stettinerstraße, die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Motorwagens der Straßenbahnlinie Mittelstraße—Panlow zu besteigen, verschlehte jedoch das Trittbrett und fiel so unglücklich zu Boden, daß er mit dem rechten Bein unter die Räder des schweren Waggons geriet. Beide Beine gingen dem Unglücklichen der Länge nach über das Bein hinweg, das total zerschleht wurde. Der Schwerverletzte wurde zunächst nach der Unfallstation XVII in der Badstraße gebracht und von dort nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt, wo das Bein, dessen Knochen teilweise zermalmte waren, sofort amputiert werden mußte.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag vor dem Hause Potsdamerstr. 118c. Der in der Stendalerstr. 21 wohnhafte Kaufmann Ernst Meyer fuhr auf einem Zweirade die Potsdamerstraße entlang und wollte an der genannten Stelle einem Omnibus ausweichen. Hierbei geriet er auf die Straßenbahnschienen, glitt mit dem Rade aus und stürzte gegen einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 67. Meyer erlitt eine Gehirnerschütterung, Kopfverletzung und Quetschung der Oberschenkel. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus übergeführt.

Die Unsehlbarkeit des Schutzmanns

hat dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg einen starken Stoß erhalten. Ein Drochsenführer E. war von dem Schutzmann Hale notiert und angezeigt worden, weil er am 12. Mai, nachmittags 8 Uhr, mit seiner Kraftdrochse die Bismarckstraße im übermäßig schnellen Tempo entlang gefahren sei. Der Drochsenführer war sich seiner Straftat bewußt und legte gegen den auf 30 Mark lautenden Strafbefehl des Charlottenburger Polizeipräsidenten Widerspruch ein. Der Schutzmann als Zeuge beschwört, daß E. tatsächlich sich der Verletzung schuldig gemacht habe. E. bringt zwei einwandfreie Zeugen herbei, zwei Bahnunterhaltungsarbeiter, die den Nachweis liefern, daß er um die betreffende Zeit mit seiner Kraftdrochse in Wannsee war und, während er an dem geschlossenen Bahnübergang wartete, sich mit ihnen in ein Gespräch eingelassen habe. Der Schutzmann bleibt bei seiner bestimmten Vernehmung, aber selbst dem Amtsanwalt kommen die Zweifel an der Unsehlbarkeit der Schutzmannaussagen, er beantragt auf Grund der einwandfreien Aussagen der Bahnarbeiter Freisprechung, auf die auch das Gericht erkannte: „der Schutzmann könne sich doch irren“.

Was wäre einem Arbeiter passiert, der eine derartige falsche Aussage vor Gericht gemacht hätte? Hätte man ihn überhaupt vom Gericht nach Hause gehen lassen?

Die Schreckensstat einer jugendlichen Selbstmörderin tief gestern nachmittag in der Prinz-Eugenstraße großes Aufsehen hervor. In einem Anfall von plötzlich ausbrechendem Wahnsinn stürzte sich die 16 Jahre alte Schneiderin Martha Hofmann, Prinz-Eugenstr. 10 aus der in der dritten Etage gelegenen elterlichen Wohnung auf den Hof hinab. Das junge Mädchen war trotz ihrer Jugend schon stark nervös und etwas schwachsinmig. Die Eltern befürchteten, daß sich die Tochter einmal zu einer unglücklichen Tat hinreißen lassen werde. Gestern nachmittag sollte dies eintreten. Während die Mutter im Zimmer anwesend war, sprang die S. blitzschnell auf das Fensterbrett und ehe die entsetzte Frau hinzuspringen konnte, hatte sich die Unglückliche in die Tiefe hinabgestürzt. Mit zerschmetterten Gliedern blieb sie auf dem Hofe liegen. Sie hatte sich Arm- und Beinbrüche, einen Bruch des Kreuzes und schwere innere Verletzungen zugezogen. In völlig hoffnungslosem Zustande wurde sie in das Virchow-Krankenhaus eingeliefert. Die Gerächte, wonach das junge Mädchen wegen unglücklicher Liebe oder gar wegen Furcht vor Strafe aus dem Fenster gesprungen sei, sind erfinden.

Ein Berliner Magistratsrat in den Alpen verunglückt. Wie aus Wien gemeldet wird, erlitt Magistratsrat Dr. Heinrich Meyer aus Berlin, Landgrafstr. 11 wohnhaft, gestern bei der Fahrt nach Campiglio einen Unfall, wobei sein Automobil zertrümmert und er und seine Frau aus dem Wagen geschleudert wurden. Magistratsrat Dr. Meyer erlitt einen Armbruch und ebenso wie seine Gattin Hautabschürfungen. Der Chauffeur blieb unverletzt.

Mit Hinterlassung einer großen Schuldenslast ist der Inhaber eines Versicherungsbureaus Jan Burdajewitsch aus der Landgrafstr. 91 verstorben. Die Schulden Burdajewitschs werden auf 40 000 bis 50 000 P. angegeben. Der Verstorbenen lebte auf großem Fuße. Er soll sich einen Auslandszug nach London verschafft haben. Sein Versicherungsbureau ist geschlossen.

In der Poliklinik Karlstr. 20a findet nach den Ferien wieder von 11—12 Uhr Sprechstunde für unbedeutende Magen- und Darmkrankheiten statt.

Theater des Zentrums nennt sich ein Unternehmen, das sich unter der Direktion des Herrn Max Hopsner in der Sophienstraße 18 aufgetan hat. Es will ein Volks-Theater sein und es sind deshalb kleine Preise in Höhe von 50—75 Pfennige vorgegeben. Am Montag fand die Eröffnungsvorstellung statt. Zur Aufführung gelangte das Repertoirestück des Adolfo Theaters: „Wie früh um fünf“. Der Oberregisseur Adolf Wehle gesteuert mit seinem Ensemble und bewährte sich nach Kräften, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Herr Wehle selbst gab einen ganz guten Hofsprekter ab. Die Vorstellungen sollen vorläufig stattfinden am Montag, Freitag und am Sonntag nachmittag. Zu Freitag ist „Der Weichenspreker“ von Moser vorgegeben, während am Sonntag nachmittag „Wie früh um fünf“ wiederholt wird.

Am Follies Caprice, dem Budapester Poffen-Theater in der Linienstraße, sind nach dem Auszug des Figaro-Theaters wieder die alten Akrobaten eingezogen. Scherz und tollste Laune treiben wieder ihr Wesen. Wertens, Fleischnemann und Schneider sind wieder da und ergöhen das Publikum durch ihre übermäßigen Späße und Salauer.

Zu Luisen-Theater gelangt am Freitag, den 27. September, zum erstenmal „Natterliegen“, Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von W. Friedrich, zur Aufführung.

Die Feuerwehr hatte in der letzten Nacht an verschiedenen Stellen zu tun. Am Witternachts mußte in der Drebbenerstr. 116 ein Schälbedenbrand gelöscht werden. Um 1 Uhr nachts stand in der Rebegehofstr. 9 eine Bauhütte in Flammen. Der 15. Zug mußte längere Zeit Wasser geben, um den Brand zu löschen. Nachts um 4 Uhr brannten in der Thorerstr. 1 Mobilien und Zimmobilien. Am Luisenufer 8 war früh um 6 Uhr in einer Schlafstube Feuer ausgebrochen. Gleichzeitig brannten in der Luisenstr. 18 in einer Waschküche Schälbeden usw. Ferner mußte ein Wohnungsbrand in der Nichtenhofstr. 8 gelöscht werden. In der Hinderstr. 6 wurden Lumpen, Papier usw. ein Raub der Flammen, und in der Landsbergerstraße 3 stand der Dachboden mit der Balkenlage, den Fußböden usw. in Flammen.

Vorort-Nachrichten.

In dem Charlottenburger Stadtverordnetenwahlkampf

wird von liberaler Seite geflissentlich die Kadrität verbreitet, als hätten die Sozialdemokraten und die „Unpolitischen“ irgend eine Verabredung zur gemeinsamen Verhinderung der liberalen Fraktion getroffen. Vor einigen Tagen erklärte ein Mitglied der liberalen Fraktion in einer Versammlung, sowohl die Unpolitischen wie die Sozialdemokraten seien bemüht, sich im Wahlkampf gegenseitig zu schaden, sie würden geeint durch das Bestreben, die Macht der Liberalen zu verringern. Und im Wahlausruf der Liberalen heißt es, namentlich müsse der Agitation der Gegner von rechts und links, die sich gegenseitig schonend, eifrig bemüht sind, über das Tun und Wollen der Liberalen falsche Nachrichten auszustreuen, in Wort und Schrift entgegen getreten werden. Diese Aufklärungsarbeit wird mit besonderem Eifer in der dritten Wählerabteilung zu leisten sein, da dort die Sozialdemokratie, unterstützt durch die wohlwollende Neutralität der Unpolitischen, sicherlich kein Mittel unberücksichtigt lassen wird, um die ihr bei den vorigen Wahlen von den Liberalen beigebrachte Niederlage wieder wett zu machen.

Man ist ja im Wahlkampf an recht unsinnige Behauptungen allmählich gewöhnt worden, aber so finstroses Zeug, wie die Liberalen diesmal verzapfen, hätten wir von ihnen doch nicht erwartet. Die angebliche Niederlage, die die Sozialdemokratie vor zwei Jahren erlitten hat, besteht in einem Stimmenzuwachs um einige Tausend und in einer Vermehrung der Zahl ihrer Sitze von 12 auf 13. Und das trotz des Bündnisses, das damals die Liberalen mit den Unpolitischen geschlossen hatten! Diese beiden Parteien, die sich jetzt scheinbar so festig befinden, hatten in der dritten Klasse liberal gemeinsame Kandidaten gegen die Sozialdemokratie aufgestellt. Erst später ist das Bündnis in die Brüche gegangen, als sich bei der Verteilung der Deute Differenzen ergaben. Geradezu lächerlich ist es, wenn der Liberalismus sich rühmt, daß er diesmal allein da stehe und auf seine eigene Kraft angewiesen sei. Nein, nicht auf die eigene Kraft, sondern auf das Dreiklassenwahlrecht hat er seine Hoffnungen auf. Von irgend einer Verabredung der Sozialdemokratie mit den Unpolitischen ist natürlich keine Rede, die Sozialdemokraten führen den Kampf gegen die Unpolitischen genau so wie gegen die Liberalen, sie schonen weder die einen noch die andern. Und wer die kommunalpolitischen Verhältnisse Charlottenburgs auch nur oberflächlich kennt, der weiß auch ganz genau, daß bei den Stichwahlen die beiden feindlichen Parteien doch wieder gemeinsam gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen. Das ganze Bestreben der Liberalen ist darauf gerichtet, die absolute Herrschaft im Stadtparlament zu erlangen, nicht etwa um dort liberalen Anschauungen zum Durchbruch zu verhelfen — ach nein, die haben diese Herren längst preisgegeben — sondern aus Gründen persönlicher Art. Die Herrschaft der Liberalen wäre ein Unglück für die Stadt; Charlottenburg würde dann in sehr kurzer Zeit in bezug auf sozialpolitische Einrichtungen, in denen es früher als Vorbild für andere Gemeinden galt, an letzter Stelle marschieren.

Rixdorf.

Dem Lehrer Richard Wandle ins Stammbuch. In einer öffentlichen Versammlung, die zum Sonntag vom Deutschen Transportarbeiter-Verein hands nach dem Lokal von Ziel einberufen worden war, wurde die Affäre Wandle zur Sprache gebracht. Das Verhalten des Herrn Wandle, der an der 9. Gemeindegewählerversammlung in der Kaiser Friedrichstraße amtiert, ist im „Vorwärts“ mehrfach gekennzeichnet worden. Auch in der Versammlung wurde es auf scharfe Verurteilt. Von Personen, die den Lehrer Richard Wandle genauer kennen, wurden einige Reminiscenzen aus seiner noch nicht alkoholfreien Lebensperiode zum Besten gegeben. Wandle ist bereits seit Jahrzehnten Lehrer in Rixdorf; er ist daher speziell seinen früheren Schülern, von denen jetzt viele längst Familienväter sind, sehr wohl bekannt. In der Versammlung wurde auf das bestimmteste verächtelt, daß der Jugendbildner Wandle, der heute einen in seinem Beruf tödlich verunglückten Knaben ohne weiteres als ein Opfer des Trunkes hinstellen will, früher selber an öffentlichen Orten im Zustande reichlicher Alkoholisierung gesehen worden sei. Einer seiner ehemaligen Schüler trug aus dem Anfang der 80er Jahre eine Erinnerung vor, die den Herrn Wandle noch von einer anderen Seite zeigt. Damals passierte es diesem Schüler — einem Sohn des Genossen Franke, der unter dem Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie die Heimat hatte verlassen müssen — daß er eines Tages von Herrn Wandle gefragt wurde, wo denn sein Vater stehe. Als Wandle hörte, daß der Vater ausgewiesen worden sei, tat er vor verammelter Klasse die Anweisung, der sei wohl jetzt in Paris und lerne dort Bomben werfen. Zu der neuesten Erzählertat des Herrn W., durch die er jetzt den weitesten Kreisen bekannt geworden ist, beschloß die Versammlung einstimmig folgende Resolution: Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem taktlosen Verhalten des Lehrers Wandle, welcher vor verammelter Klasse über den Vater eines seiner Schüler, den durch Unfall aus dem Leben geschiedenen Kollegen Werlag, die unqualifizierbare Redensart gebrauchte: Der wird wohl bestrafen werden gewesen sein. Gegen diese halloße Verhöhnung protestieren die Anwesenden auf das energischste, umsomehr als durch derartige Reden der an und für sich schon schwere Verfall der Knaben verunglümpt wird. Auch werden dadurch die Beziehungen zwischen Schule und Haus schwer geschädigt.

Schöneberg.

Die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung brachte lebhafteste Auseinandersetzungen, die der Agitation zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen dienen sollten. Den Anlaß hierzu gab ein Antrag der liberalen Fraktion, nach welchem der Magistrat ersucht werden sollte, die Zahl derjenigen Schöneberger Hausbesitzer feststellen zu lassen, die das passive Wahlrecht für die Hausbesitzermandate besitzen. Stadtd. Dr. Rohberg (lib.) wies in seiner Begründung auf einen gleichem Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hin. Eine derartige Feststellung sei notwendig, um die Ungerechtigkeit und Uebelkeit des Hausbesitzerprivilegs zu zeigen. Die Regierung müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß die gesetzlichen Grundlagen der Städteordnung im Widerspruch mit den jetzigen Bevölkerungsverhältnissen stehen. Stadtd. Richard Schneider (Hausbesitzerfraktion) stellte im Namen seiner Freunde gleich einen weiteren

Antrag, in dem vom Magistrat verlangt wird, die Summe derjenigen Steuern anzugeben, die von den Haus- und Grundbesitzern bezahlt werden. Stadtm. Depner ist für Annahme des ersten Antrages nur zu haben, wenn auch der zweite Antrag Zustimmung findet. Durch den zweiten Antrag wird sich zeigen, daß die Hausbesitzer im Stadtparlament noch gar nicht genügend vertreten seien. Schon aus dem Etat sei zu ersehen, daß mindestens 60 Proz. der gesamten Steuern von den Haus- und Grundbesitzern getragen werden. Nirgends sei das Hausbesitzerprivileg berücksichtigt als in Schöneberg. Stadtm. Küter (Sog.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion beiden Anträgen zustimmen werde. Dieser wäre es allerdings gewesen, die Mehrheit hätte seinerzeit dem sozialdemokratischen Antrage, in welchem die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs in den Kommunen gefordert wurde, zugestimmt. Im übrigen befanden sich die Herren Gegner und Freunde doch in einem Irrtum. Woher nehmen denn die Hausbesitzer das Geld zur Zahlung der Abgaben und Steuern? Es seien lediglich die Mieter, die auch diese Abgaben und Steuern zu tragen haben. Die ganzen städtischen Einrichtungen und Anlagen trügen doch erst dazu bei, den Wert der Grundstücke und Häuser zu heben. Es sei die höchste Zeit, daß ein Wahlrecht geschaffen werde, das der Allgemeinheit Rechnung trägt. Stadtm. Kunze (Hausbesitzerfraktion) trat für die Rechte der Hausbesitzer ein. Man könne die Rechte nur nach den Pflichten verteilen. Die Hausbesitzer seien an ihr Haus gebunden, während die Mieter gehen könnten, wohin sie wollten. Er empfahl den Sozialdemokraten, die Häuser zu kaufen und dazu die Streifen zu benutzen. Stadtm. Heimbacher (lib.) trat für den ersten Antrag ein. Die Hausbesitzer hätten ja gar keine Verantwortung, ihr Geld in Häusern anzulegen, sie tun dies doch nur, um einen Gewinn herauszuschlagen. Redner empfahl, gegebenenfalls auch über 100 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer hinauszugehen. Der Kammerer erklärte darauf, daß Schöneberg in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen habe, über 100 Proz. hinauszugehen und empfahl, die Debatte über diesen Punkt abzubrechen, da das der Stadt Schöneberg nur nachteilig sein könne.

Die weitere Debatte führte dann zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, die zum großen Teil auf das persönliche Gebiet hinübergingen. Den Liberalen wurde der Vorwurf gemacht, daß sie sozialdemokratisch gesinnt wären, wogegen sich die Liberalen ganz energig wahrten und den Beweis zu erbringen suchten, daß dies nicht der Fall sei. Sie gaben die feierliche Erklärung ab, daß sie sich nur nach der Gesinnung ihres Führers, des Justizrats Rheinbocker, richten, und der könne doch sicherlich nicht in dem Verdacht stehen, sozialdemokratisch zu sein.

Die beiden Anträge wurden schließlich einstimmig angenommen. Die Mittelstandsvereinigung, Ortsgruppe Schöneberg, petitionierte um eine Besteuerung des Umfanges der hiesigen Warenhäuser. Der Ausschuss empfahl, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da eine derartige Besteuerung gesetzlich unzulässig sei. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Eine weitere Petition dieser Vereinigung verlangt die Besteuerung von Filialen. Der Ausschuss hält diese Steuer nicht für empfehlenswert, da die Veranlagung zur Gewerbesteuer stets nach einheitlichen Grundätzen erfolgen muß, so daß schon aus diesem Grunde die Einführung der Besteuerung der Filialen äußerst schwierig wird. Die Stadtm. Kunze und Hof. Fröhlich bejauhrten die Einführung dieser Steuer, während von sozialdemokratischer Seite die Ablehnung derselben empfohlen wurde. Es wurde beschlossen, auch über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Die hiesigen Brauereien petitionieren um Abstandsnahme von der Einführung der kommunalen Biersteuer. Da die Einführung einer Biersteuer von den städtischen Körperschaften zurzeit nicht geplant ist, wurde beschlossen, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Gegen die Richtigkeit der Gemeindevählerliste ist in 25 Fällen Einspruch erhoben worden. 6 Einsprüche wurden als begründet angesehen und die übrigen als unbegründet zurückgewiesen. Die zurückgewiesenen Einsprüche waren fast durchweg von Personen erhoben worden, die nicht die preussische Staatsangehörigkeit besitzen oder schon seit längerer Zeit aus Schöneberg verzogen sind.

Das Familiendrama in der Gustav Freytagstraße, wo, wie wir gestern berichteten, die Frau des Restaurateurs Liez sich und ihre beiden Söhne mit Lhol vergiftete, hat nun auch noch ein drittes Opfer gefordert. Gestern mittag ist Frau L. den Wirkungen des Giftes im Auguste Viktoria-Krankenhaus erlegen. Ihre beiden Kinder waren delamantlich bald nach der Tat gestorben. Alle drei Leichen sind beschlagnahmt worden, und nach der Freigabe, die im Laufe dieser Woche erfolgen dürfte, werden Mutter und Kinder gemeinsam auf dem Schöneberger Friedhof beerdigt werden.

Tempelhof.

Ueber den modernen Sozialismus referierte in der letzten Mitgliederversammlung Genosse Wermuth. Nach dem heftigsten aufgenommenen Vortrag gab der Vorsitzende, Genosse Thiel bekannt, daß sich bereits über 100 Genossen für die Gründung einer Filiale der Arbeiterbildungsschule für Tempelhof-Mariendorf und Marienfelde gemeldet haben. Somit sei die zur Gründung notwendige Mitgliederzahl erreicht. Der Kursus beginnt am Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „Wilhelmsgarten“ Tempelhof, Berlinerstr. 9. Im ersten Kursus wird Nationalökonomie gelehrt. Vortragender: Julian Vorhard.

Wannsee.

Der Automobilomnibusverkehr in Wannsee, den eine Stettiner Firma mit Unterstützung der kommunalen Körperschaften eingerichtet hatte, hat sich nicht rentiert und ist deshalb eingestellt worden. Der Omnibus wird noch Stettin zurücktransportiert; an Stelle des Motorbetriebes soll Pferdebetrieb eingeführt werden.

Treptow-Baumschulweg.

Aus der Gemeindevertretung. Zu der am 3. und 4. Oktober in Hannover stattfindenden Versammlung, welche sich mit dem Fortbildungskulturbereich befassen soll, wurde dem Gemeindevorstand anheimgegeben, ein oder zwei Vertreter zu delegieren. — Von dem vor längerer Zeit der Gemeinde hinterlassenen Vermächtnis des Rentiers Pöhlig von 25 000 M. wurde einem Verwandten desselben eine jährliche Rente von 200 M. auf Lebenszeit bewilligt. — Einem Abkommen über die gegenseitige Vertretung von der Umfassung mit dem Kreise Teltow, rückwirkend bis 1. April d. J., wurde zugestimmt. — Die Unterhaltung der Treptower Chaussee, welche bisher Berlin hatte, ist am 1. August von der Gemeinde übernommen worden. — Der bereits vor drei Jahren beschlossene Vertrag, die Verlängerung der Untergrundbahn bis Schöneberg durch die Neue Krug-Allee mit einer Abzweigung durch die Baumschulstraße bis Kammer Chaussee betreffend, ist in allen Teilen perfekt geworden, es bedarf der Bau nur noch der landespolizeilichen Genehmigung. Die Gesellschaft beabsichtigt noch in diesem Jahre mit der Schienenlegung in der Baumschulstraße zu beginnen. Die Verhandlungen des Gemeindevorstandes über die Abtretung der Vorgärten in der Baumschulstraße sieht bei Knapp einem Drittel der Grundbesitzer auf Schwierigkeiten. Es genügt den Herren nicht, daß die Grundstücke durch die besseren Verkehrsverhältnisse im Preise steigen, sondern es soll noch das Vorgartenland von der Gemeinde teuer bezahlt oder die Pflasterkosten zu einem großen Teile übernommen werden. Hierdurch kann die Regulierung auf längere Zeit hinausgeschoben werden. Beschlossen wurde, den Damm auf 12 Meter zu verbreitern, wodurch die beiden inneren Baumreihen fallen und für die Bürgersteige je 7 Meter übrig bleiben. Außerdem soll auf jeder Seite zwischen Baumreihe und Vorbau ein Radfahrweg von 1,90 Meter angelegt werden. — Die Beteiligung an der Einführung einer Revision der Gemeindefassen durch Provinzialbeamte wurde beschlossen. Hierbei wird die Tätigkeit der von der Vertretung gewählten Revisionskommission nicht beeinträchtigt.

Die Genossen in Treptow-Baumschulweg können es gegenwärtig der Polizei nicht recht machen. Auch in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hatte der überwachende Beamte etwas auszuweisen. Trotzdem die Frauen von den Männern getrennt waren, genügte dies nicht; sie suchten sich auf Anordnung des Beamten auf der Bühne plazieren. Hierauf erlittete Genosse Pagels den Bericht vom Internationalen Kongress. Redner schloß seine zweistündigen Ausführungen mit der Aufforderung an die Versammelten, für die Durchführung der in Stuttgart gefassten Beschlüsse mit Sorge tragen zu helfen. — In der Diskussion sprach nur Genosse Breusch im Sinne des Referenten.

Zum zweiten Punkt kritisierte der Vorsitzende Genosse Pösel das Verhalten der Genossen in der letzten Versammlung. Er kennzeichnete in marxistischen Worten die „rege Tätigkeit“ der Polizeibehörden der Arbeiterklasse gegenüber. Pflicht der Genossen sei es aber, durch Massenbeschäftigung unserer Versammlungen der Polizei zu beweisen, daß alle Maßnahmen gegen uns abzuwachen, ja in das Gegenteil umzuwandeln und wir trotzdem dochwärts marschieren.

Genosse Karow wandte sich ebenfalls scharf gegen das jetzt herrschende Auflösungsstadium und meinte, man fühle sich ordentlich in die selbige Zeit des Sozialistengesetzes versetzt. Auch Genosse Schiefe unterzog das Vorgehen der Polizei einer scharfen Kritik. Genosse Pagels gliederte dann in längeren Ausführungen die Handhabung der Gesetze durch die Polizei w ä c h e r. Was in Berlin und anderen Orten dem schneidigen Polizeileutnant genügt, genügt in Treptow nicht; die Verfügungen des Ministers des Innern haben hier anscheinend keine Gültigkeit. Nachdem die Genossen Stöck, Wicht und Hensel sich ebenfalls energig gegen die behördlichen Maßnahmen wendeten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins spricht ihre Entrüstung aus über die polizeiliche Auflösung der letzten Versammlung, die aus dem Grunde erfolgt ist, weil Frauen anwesend waren, und legt gegen diese ungesetzliche Maßnahme entschiedenen Protest ein. Die Anwesenheit der Frauen in unseren Versammlungen hat keine Berechtigung durch die in dieser Sache erfolgte Verfügung des Ministers des Innern, und da der Vorstand alles getan, das erforderliche Segment herzustellen, hält die Versammlung das Vorgehen der Polizei für ungesetzlich und ersucht den Vorstand, dahin zu wirken, daß derartige polizeiliche Handlungen, die jedes Versammlungsrecht aufheben, für die Zukunft nicht mehr Platz greifen.“

Bei der Abstimmung ereignete sich noch ein heftiger Zwischenfall. Der Überwachende bemerkte, daß eine Frau den Stellner winkte, gerade in dem Augenblick, als die Abstimmung der Resolution vorgenommen wurde. Er sprang auf und forderte, daß die anwesenden Frauen sich nicht an der Versammlung beteiligen dürfen. Genosse Pösel machte dann noch einige Mitteilungen. Darauf erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Röpenitz.

Angeschwippte der vor vierzehn Tagen ertrunkenen Gertha Richmann bitten uns mitzuteilen, daß die Ertrunkene mit ihrer Freundin den Kahn von Schuderer betreten hatte, weil sich Bekannte auf demselben befanden. Beim Einsteigen in den kleinen Kahn zum Uebersteigen sei derselbe umgekippt und die A. ertrunken, während sich der Schiffer noch retten konnte. Die Mitteilung, daß die A. eine Prostituierte gewesen sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Rieder-Schönhäuser.

Aus der Gemeindevertretung. Die Einweihung des neuen Schulhauses in der Blauenburgerstraße findet am 7. Oktober statt. Da die Aula noch nicht fertiggestellt ist, so steht nur ein kleiner Raum für die Feier zur Verfügung. Von dem Bürgermeister Ruhr in Panow ist ein Schreiben eingelaufen, in welchem angeregt wird, bei dem Fernsprechamt Panow einen Raddienst mit Berlin einzuführen, doch ist eine Garantieleistung von 1500 M. erforderlich, die aber noch nicht ganz aufgebracht sind. Es sollen die Interessenten der Rieder-Schönhäuser Einwohnervereinschaft an der telephonischen Nachrichtenverbindung mit Berlin dem Bürgermeister Abraham Mitteilung machen. Da der Schöffe Rathenow sein Amt als Wasserarzt niedergelegt hat, wurde an dessen Stelle Telegraphensekretär A. D. Rost gewählt. Zu den Kosten der Amtsverwaltung für das Jahr 1907 sollen 14 000 Mark nachbewilligt werden. Diese Etatsüberprüfung ist, wie der Bürgermeister ausführte, dadurch entstanden, daß wider Erwarten die Gebühren für Neubauten geringer ausgefallen sind, des weiteren ist eine Reihe neuer Bauten neu eingestellt und die Postzeitwaage eingerichtet worden und zuletzt ist der Etat der Amtverwaltung später fertig geworden als der der Gemeinde; es sei deshalb damals nicht vorauszusetzen gewesen, daß der Etat höher werden würde. In der hierauf folgenden Diskussion drückte der Gemeindevorstand Ruchmann seine Verwunderung darüber aus, daß jetzt 14 000 Mark nachbewilligt werden sollen. Auf den Kopf der Bevölkerung komme somit eine Steuer von 1,20 Mark, das sei eine zu starke Belastung. Durch die Anstellung der vielen Polizeibeamten sehe es so aus, als ob hinter jedem Einwohner ein Polizist stehen muß. Wenn schon die Gemeinde für die Amtverwaltung bezahlen soll, so müsse sie auch darüber bestimmen können, ob die Ausgaben nötig sind oder nicht, er bittet die Bewilligung des Betrages abzulehnen. Nach längerer Debatte wurde die geforderte Nachbewilligung abgelehnt. Die Beschlußfassung in der Angelegenheit des Vertrages mit der Großen Berliner Straßenbahn wurde von der Tagesordnung abgesetzt und in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Schon des öfteren wurde dieser Punkt in geheimer Sitzung beraten, als ob die Einwohnervereinschaft nicht ebenfalls ein Interesse daran hätte, die Ansichten der Gemeindevorstande über diesen Punkt kennen zu lernen.

Waidmannslust.

Unter großer Beteiligung der Genossen von Waidmannslust und Umgebung fand am Sonntag ein gemeinschaftlicher Besuch am Grabe des vor Jahresfrist in Hohen-Reuendorf erschossenen Genossen Hermann statt. Allgemein wurde der Entrüstung Ausdruck gegeben, daß diese Tat bisher noch nicht die gebührende Sühne gefunden hat.

Gerichts-Zeitung.

Bauernfängerei.

Der Redakteur Ernst Schacht der „Deutschen Tageszeitung“ hatte sich gestern in der Berufungsbinstanz gegen eine Privatbeleidigungsklage des Direktors des Generalfundbureaus Otto Reckert in vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Eine ganze Anzahl von Beschwerden über die Geschäftshandhabung in dem Generalfundbureau hatten einen in Nr. 384 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 14. Dezember 1906 erschienenen Artikel gezeitigt, der sich mit dem Institut des Privatklägers und der Person des letzteren beschäftigte. Der Artikel schildert in humoristischer, ironischer Form die Ergebnisse, die zwei Herren auf dem Generalfundbureau gemacht haben, als sie sich wegen eines von einer Dame verlorenen Medaillons dorthin gewandt hatten. Es wird in dem Artikel an einem drastischen Beispiel nachzuweisen gesucht, daß die Leute, die durch eine Justizfrist des Privatklägers nach dem Generalfundbureau, Charlottenstraße 96, bestellt werden in dem Irrtum verfaßt werden, daß sie die von ihnen verlorene Sache dort in Empfang nehmen können, während das punctum saliens die Zahlung einer Gebühr sei, für welche man die Versicherung erhalte, daß sich das Bureau um die Wiedererlangung der Sache bemühen werde und zwar durch Einschickung in eine dem Bureau geführte Fundliste und durch Aufnahme der Verlustmeldung in dem vom Bureau veröffentlichten Berliner Verlustanzeiger, der täglich an eine Anzahl von Anschlagtaulen angeheftet wird. In dem in Artikel behandelten Falle war den beiden Herren, welche Protest gegen die Geschäftspraktiken des Herrn Reckert erhoben hatten, schließlich in aller Form die Tür geöffnet worden. Sie sind dann zur Polizei gegangen und haben dort erfahren, daß die Polizei mit diesen Leuten einen ewigen Vertrag habe, ihnen aber nichts anhaben könne. Der Artikel schließt

mit dem Satz: „Und die Polizei ist dieser Bauernfängerei gegenüber machtlos? Das verstehe, wer will!“ Wegen dieses Ausdrucks ist die Privatklage angehängt worden. Nach den Feststellungen des Schöffengerichts liest der Privatkläger die in Berlin erscheinenden Zeitungen, schneidet die darin enthaltenen Verlustanzeigen aus und legt sie in ein Buch, in welchem auch alle Gegenstände vermerkt werden, die von den Polizeibehörden Berlin und der Vororte als gefunden gemeldet werden. Auf Grund der Verlustanzeigen schickt er dann eine an den Verlierte adressierte Karte, worin es heißt: „Wir empfehlen Ihnen Nachfrage bei dem Generalfundbureau, Charlottenstraße 96. Diese Karte ist bei der Nachfrage vorzulegen.“ Die Leute, die dann dort erscheinen und in der irrigen Vorstellung leben, daß sich die verlorene Sache in natura auf dem Bureau befindet, fühlen sich vielfach durch die ihnen zu allererst abgenommene Gebühr geschädigt. — Das Schöffengericht war zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Privatkläger Irrtümer, in denen sich die seine Güter in Anspruch nehmenden Personen befinden, zur Erlangung pekuniären Gewinnes benützt und daß dieser Irrtum auf sein Geschäftsgebahren zurückzuführen sei. Schon die Form der Karte, in welcher er den Verlierenden seine Dienste anbiete, müsse diesen Irrtum vorbereiten, und daß die Karte diesen Irrtum in der Tat vielfach erregt hat, konnte dem Privatkläger aus den vielfachen gegen ihn erstatteten Anzeigen nicht entgangen sein. Das Geschäft des Privatklägers beruhe demnach nicht auf einwandfreier, den Grundätzen von Treu und Glauben entsprechender Grundlage. Wenn der Artikel den Mißbrauch des Vertrauens der Verlierenden mit dem Worte „Bauernfängerei“ bezeichne, so sei der Ausdruck scharf, aber durchaus korrekt für dieses Verhalten. Das Schöffengericht erkannte deshalb auf Freisprechung des Angeklagten.

Im gestrigen Termin vor der Strafkammer hatte der Beklagte abermals den Wahrheitsbeweis angetreten, so daß eine mehrstündige Zeugenvernehmung nötig wurde. Der Privatkläger und sein Rechtsbeistand Justizrat Reiche legten eine Anzahl von Dankschreiben solcher Verlierer vor, die durch die Bemühungen des Generalfundbureaus wieder in den Besitz ihres Eigentums gekommen sind. In keinem der erwähnten Fälle sei dem Privatkläger der Vorwurf unläuterer und gegen Treu und Glauben verstößenden Geschäftsgebahren zu machen. — Rechtsanwalt Schröder beantragte die Verurteilung der Berufung, da die Beweisaufnahme gezeigt habe, daß das Schöffengericht das Generalfundbureau durchaus richtig charakterisiert habe. — Das Berufungsgericht erkannte auf Verurteilung der Berufung und legte dem Privatkläger die Kosten auf. Es handle sich in der Privatklage nur um den Ausdruck „Bauernfängerei“. Das Gericht sei den Ausführungen des Vorderrichters gefolgt und habe angenommen, daß dieser Vorwurf nicht unbegründet ist, denn der Privatkläger habe durch seine Karten den Irrtum erweckt, als ob sein Bureau in den Besitz der verlorenen Sachen wäre, oder doch wüßte, wo die Sachen sich befinden. Er habe diesen Irrtum vorzüglich ausgebeutet und es sei nicht unzutreffend, dies als Bauernfängerei zu bezeichnen.

Ein seltener Fall, in dem ein Gericht verständigerweise dem Humbung der „formalen“ Beleidigung nicht gefolgt ist.

Zur Auslegung des § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung. (Ein Nachspiel zur Reichstagswahlbewegung.)

Nach § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung ist eine polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages. In dieser Zeit hatte nun bei den letzten Reichstagswahlen der Kolporteur Viktor im Auftrage des sozialdemokratischen Parteisekretärs Spring auf der Straße in Deutzen Einladungen zu einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen verteilt, wo Emma Heer über die „Frauen und die Reichstagswahlen“ sprach. Das Landgericht Deutzen in O.-Schl. verurteilte ihn gleichwohl auf Grund der nach geltenden §§ 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes zu einer Geldstrafe, weil er auf öffentlichen Straßen ohne polizeiliche Erlaubnis Druckschriften verteilt habe. Der § 43 Abs. 3 der Gewerbeordnung sei hier nicht anwendbar. Es müsse sich nach der zitierten Bestimmung des § 43 um die gerade vorliegende konkrete Wahl handeln. Das sei aber hier nicht der Fall gewesen. Denn es wäre das Verhältnis der Frau zur Stimmrechtsfrage erörtert worden. Nicht zu Zwecken der Wahl, sondern nur aus Anlaß der Wahl sei die Druckschrift verteilt und die Versammlung einberufen worden. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen sei die Versammlung in die Wahlzeit verlegt worden. Sie hätte auch zu anderen Zeiten abgehalten werden können.

Angellager legte Revision ein und betonte, es sei gerade bezweckt gewesen, zu veranlassen, daß die Frauen ihre Männer beeinflussen sollten, gerade an dieser Wahl teilzunehmen.

Das Kammergericht erachtete in Uebereinstimmung mit dem Landgericht den § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung nicht für anwendbar, weil die Druckschrift nicht zu Zwecken dieser bestimmten Wahl verteilt sei. Aber auch § 10 des preussischen Preßgesetzes wäre nicht anwendbar, da er sich nur auf das unentgeltliche Verteilen beziehe, Viktor aber gegen ein Entgelt verteilt habe. Deshalb wurde das Urteil des Landgerichts aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Diese müsse prüfen, ob nicht gegen Viktor, der ja Kolporteur sei, § 43 Absatz 1 der Gewerbeordnung zur Anwendung komme, der die gewerbmäßige Verteilung von Druckschriften von einer Erlaubnis abhängig mache. Dann müsse ferner festgestellt werden, ob der Angeklagte wußte, daß es sich bei der Druckschrift um ein Objekt handelte, welches sich nicht auf die Reichstagswahl 1907 bezog.

Die Praxis, alle zur Freiheit von Polizeiwillkür gegebenen Gesetze einengend zu interpretieren, ist auch ein Zeichen der reaktionären Herrschaft der „Modpolitik“.

Zur Einengung des Vereinsrechts.

Bobrowski, Rusilak und Genossen als Vorleiter eines polnischen Turnvereins zu Lissa sollten den § 2 des Vereinsgesetzes durch Nichtabmeldung ausgetretener Mitglieder übertreten haben. Sie beriefen sich demgegenüber auf § 6 des Vereinsstatuts, wonach der Austritt beim Vorstand schriftlich anzugeben sei. Die drei Mitglieder, um die es sich handelte, hätten nur mündlich und nur dem ersten Vorsitzenden mitgeteilt, daß sie aus dem Sociol austräten. — Das Landgericht verurteilte jedoch die Angeklagten, weil sie binnen drei Tagen nach jener mündlichen Erklärung der drei Mitglieder diese nicht gemäß § 2 des Vereinsgesetzes bei der Polizei abgemeldet hätten. Nach § 28 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genüge für Willenserkundungen gegenüber dem Verein die Mitteilung an ein Vorstandsmitglied.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz beließ es bei der Verurteilung. Es führte aus: Allerdings treffe hier § 28 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht zu, da er sich nur auf rechtsfähige Vereine beziehe. Die Verurteilung auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes sei aber berechtigt. Im § 5 des Statuts heiße es, daß außere Mitglieder zu sein, wer aus dem Verein austräte. Tatsächlich seien nun aber die drei Leute ausgetreten und durch ihre Mitteilung habe der Vorstand davon erfahren. Der tatsächliche Austritt und die Kenntnisnahme davon seien aber maßgebend. Binnen drei Tagen hätte für Abmeldung der Mitglieder bei der Polizei gesorgt werden müssen. Durch die statutarische Vorschrift, daß der Austritt dem Vorstand schriftlich angezeigt werden müsse, werde das öffentliche Vereinsrecht nicht berührt.

Die Ansicht des Kammergerichts, daß die statutarische Vorschrift unerheblich sei, ist durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen gerechtfertigt. Sie verstoßt im Gegenteil gegen die auch für „politische“ Vereine gültigen Bestimmungen des bürgerlichen und öffentlichen Rechts, der Angeklagte ist mithin zu Unrecht wegen der unerklärlichen Rechtsirrtümer des Kammergerichts bestraft — eine nicht ganz neue Frucht neudeutscher Germanisierungspolitik, die die Wichtigkeit des General v. Lieberichs Grundgesetzes „Wacht geht vor Recht“ für unsere Rechtsverhältnisse zu illustrieren geeignet ist.

Kostlage eines Diensthutes.

Vor dem Reichsgericht gelangte am Montag eine Sache zur Verhandlung, die auf die tieftraurige Lage der Landarbeiter und auf die zum Himmel schreiende Hartherzigkeit einiger Besitzer ein bezeichnendes Schlaglicht wirft. Es handelte sich um einen der ärmsten Arbeiter, in dessen Ungunsten des Angeklagten, der einen schweren Diebstahl begangen hat, angenommen ist, er habe die Tat zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben begangen (§ 54 des Strafgesetzbuchs) und deshalb der Angeklagte freigesprochen wurde. Das Urteil wurde vom Landgericht Altona am 27. April gefällt. Der Diensthut Gostlieb Lagobni war im Winter von seiner Dienstherrschaft entlassen worden. Diese behielt seine Kleidungsstücke für ein nicht zurückgekauft Darlehen zurück. Als der mittellose Mann zurückkam, wurde ihm die Tür geschlossen. Er schlich sich heimlich in das Haus ein, weil ihm beide Füße abgefroren waren. Auf dem Boden verbergend er sich zwei Tage, dann entwendete er aus einer Bodenkammer 20 M. und eine silberne Uhr und entfernte sich. Das Geld wollte er dazu verwenden, um schnell im Krankenhaus Aufnahme zu finden. Zufällig sind ihm hier beide Beine bis zum Knie amputiert worden. Das Landgericht hat eine Kostlage nach § 54 des Strafgesetzbuchs im vollsten Maße als erwiesen angesehen. Bösig mittellos, verlassen und verstohlen, habe der Angeklagte seinen qualvollen Tod vor Augen gesehen, wenn er nicht schnell die Mittel erlangte, um im Krankenhaus aufgenommen zu werden. Sein Notstand war auch unerschuldet. Er wäre auch vielleicht ins Krankenhaus gekommen, wenn er andere Leute oder die Polizei um Hilfe gebeten hätte. Aber daran habe er nicht gedacht. Er konnte auch, meint das Urteil, annehmen, daß andere Menschen ihm nicht so schnell helfen würden, um so mehr, da er von den Bewohnern des Hauses, in dem er sich befand, unbarmherzig hinausgewiesen worden war. — Gegen dies verständige Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, weil es den Mangel der Verschuldung nicht ausreichend festgestellt habe und widersprüchlich sei. — Das Reichsgericht trat dieser Meinung nicht bei, sondern verwirft die Revision.

Wehr als die Anklage gegen den zur Entwendung getriebenen Diensthut und als die Revision gegen den vollst. berechtigten Freispruch hätte dem allgemeinen Rechtsbewußtsein eine Anklage gegen die Herrschaft entsprochen, die widerrechtlich die Kleidung einbehält und den kranken Diensthut, dessen Arbeitskraft sie ausgezehrt hatte, vor die Tür setzt. Der Name dieser Herrschaft geht aus dem und zugegangenen Bericht leider nicht hervor.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Organisation der Diensthuten.

Seit über Jahresfrist ist der Verein für die Interessen der Hausangestellten zu einer Gewerkschaft umgewandelt, die im Sinne der modernen Arbeiterbewegung ihr Ziel: Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Dienenden, zu erreichen sucht.

Der Verein hat sich auch die Aufgabe gesetzt, in allen ihm zur Kenntnis gebrachten Fällen, z. B. Mißhandlungen, Lohn- u. b. z. u. u., mittels kostenlosen Rechtsanwaltes die Dienenden zu ihrem Rechte zu verhelfen. Um erfolgreich für dieses Ziel wirken zu können, ist aber nötig, daß sich die Diensthuten, Wäscherinnen und Kleidermacherinnen, Auswärtigerinnen u. u. ausnahmslos der Organisation anschließen.

Die Dienenden und andere im Haushalt beschäftigte Mädchen und Frauen gehören zumeist noch zu derjenigen Kategorie der Arbeiterklasse, der die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation noch fern liegt. Die Hausangestellten haben noch nicht begriffen, daß die Macht der Organisation, der feste Zusammenschluß ihnen bessere Verhältnisse schaffen kann. Darum sollte es Aufgabe jeder Genossin und jedes Genossen sein, die Diensthuten, Wäscherinnen und Kleidermacherinnen, Auswärtigerinnen u. u. dem Verein für die Interessen der Hausangestellten zuzuführen.

Genossinnen! Genossen! Die Dienenden entstammen der Klasse der Arbeiter und Arbeiterinnen, sie sind ein Teil des um seine Menschenrechte ringenden Proletariats. Es sind Eure Mütter und Schwestern, Eure Frauen und Töchter, die heute noch unter der Gefährdung schwachen, mehr wie Sklaven, denn als freie Arbeiterinnen behandelt werden. Wir dürfen nicht länger dulden, daß Hunderte und Tausende unter den erbärmlichsten Bedingungen ausgezehrt werden, Beschimpfungen und Mißhandlungen ausgeht, ohne Gegenwehr zu können. 60 Proz. aller Prostituierten sind früher Diensthuten gewesen. Diese Tatsache ist eine schwere Anklage gegen die Gesellschaft und der Beweis dafür, daß die sozialen Verhältnisse der im Haushalt Arbeitenden die denkbar unwürdigsten sind. Hier Änderungen zu schaffen und die Dienenden ihrer Organisation zuzuführen, sollte jeder Genossin, jedem Genossen als Pflicht erscheinen. Es gilt, die am tiefsten Stehenden auf eine höhere Stufe der Kultur zu führen. Es gilt, auch den Dienenden die Früchte mitzugeben zu lassen, die gewerkschaftliche Organisationen den Arbeitenden schaffen können. Der Verein bemüht sich, außer durch öffentliche Versammlungen 1. in regelmäßigen Vereinsversammlungen an jedem letzten Donnerstag im Monat bei Maria, Steglitzer Straße 35, durch Vorträge aufklärend zu wirken; 2. finden, um auch in den wenigen freien Stunden Gelegenheit zu postenden Vergnügen zu geben, Sonntag Zusammenkünfte mit Tanz statt; 3. besteht eine Krankenunterstützungs-Kasse und 4. wird jedem Mitgliede kostenloser Rechtschutz und Auskunft in allen beruflichen Angelegenheiten erteilt. Auch die Monatschrift des Vereins wird unentgeltlich zugestellt.

Der Vereinsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; der Krankenunterstützungsbeitrag pro Jahr 1 M.

Mitgliederanmeldungen können erfolgen in den Versammlungen und bei den Mitgliedern:

- Frl. Amalie Arndt, Neue Winterfeldstr. 82 bei Martini; Frau Steinlopp, Schwedterstr. 34; Frl. Anna Förster, Wallstr. 10 bei Euhmann. Auskunftsstelle des Vereins bei der Vorsitzenden Frl. Ida Waar, Wilmsdorf, Kaiserplatz 17. Sprechstunden Montagsabends von 7 bis 9 Uhr.

Genossen und Genossinnen! Gedankt der Notwendigkeit der Diensthuten-Organisation!

Körperliche Entwicklung und materielle Verhältnisse.

London, 23. September. Das Unterrichtsdepartement Schottlands veröffentlicht einen interessanten Bericht über die körperliche Entwicklung der Schulkinder in Glasgow. Es wurden 72 857 Schulkinder — 36 883 Knaben, 35 974 Mädchen — gewogen und gemessen. Davon lebten 8 Proz. der Kinder in Wohnungen, die nur aus einem Zimmer bestanden, 68 Proz. in Wohnungen von zwei Zimmern, 24 Proz. in Wohnungen von drei Zimmern, 10 Proz. in Wohnungen von mehr als drei Zimmern. Das Resultat der Messungen war, daß die Kinder, die aus engen Wohnungen kamen, sowohl an Gewicht wie an Größe den Kindern aus geräumigen Wohnungen nachstanden. Die Zahl der gemessenen Kinder ist so bedeutend und die Ergebnisse sind so gleichmäßig, daß daraus der Schluß gezogen werden darf, die körperliche Entwicklung der Kinder hänge hauptsächlich von den materiellen Verhältnissen ab.

Verfammlungen.

Ein Ruhetag für die Bäcker!

Am Dienstagnachmittag tagte in Kellers Saal eine stark besuchte Versammlung der Bäcker-Gesellen, welche sich mit der Forderung der gesetzlichen Einführung eines freien Tages in jeder Woche beschäftigte. — Der Referent Schneider verwies darauf, daß die Bäcker-Gesellen schon vor zwei Jahren um Durchführung dieser Forderung an den Bundesrat petitioniert

hatten. Der Bundesrat hat diese Petition gar nicht beantwortet. Gleichzeitig hatte damals der Germania-Innungsverband gegen die Gewährung eines Ruhetages petitioniert mit der Begründung, die Durchführung des Ruhetages würde das Bäckergewerbe ruinieren. Nun hat der diesjährige Berliner Streik einen großen Teil der Bäcker-Gesellen den geforderten Ruhetag gebracht, ohne daß auch nur einer der betreffenden Bäckereimeister dadurch geschädigt, geschweige denn ruiniert worden wäre. In Hamburg ist der Ruhetag durch Vertrag mit der Innung auf der ganzen Linie durchgeführt, auch da hat man nur günstige Erfahrungen damit gemacht. Es scheint ja, daß der Bundesrat der Forderung des Ruhetages nicht mehr unbedingt ablehnend gegenüber steht, wenigstens werden zurzeit Erhebungen über die Wirkung der Einführung eines Ruhetages angestellt. Der Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts hat ein der Forderung günstiges Gutachten abgegeben. Die Einführung des Ruhetages würde eine Wohltat nicht nur für die Gesellen, sondern auch für die Meister sein. Wenn nun auch die Aussichten auf den gesetzlichen Ruhetag günstiger sind wie vor zwei Jahren, so darf man doch nicht allzu große Hoffnungen auf die Reichsregierung setzen, denn wie immer, so sind ja auch diesmal wieder reaktionäre Mächte am Werke, um die begründete Forderung der Bäcker-Gesellen zu hintertreiben. Andererseits sind aber die Bäckereimeister fest entschlossen, den wöchentlichen Ruhetag mit allen gesetzlichen Mitteln zu erkämpfen, falls sie ihn nicht durch Verordnung des Bundesrats bekommen sollten.

Nach einer kurzen Diskussion, an der auch der Verbandsvorsitzende Allmann-Hamburg teilnahm, erklärte sich die Versammlung einverstanden mit der Absendung einer Petition an den Bundesrat, welche die gesetzliche Einführung einer ununterbrochenen 36 stündigen Ruhezeit in jeder Woche fordert. — Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

Die öffentliche Versammlung der Bäcker und Konditoren nimmt mit Befriedigung Kenntnis davon, daß nun endlich von Seiten der Reichsregierung Anstalten zur gesetzlichen Einführung eines wöchentlichen Ruhetages für alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Bäckereiwesen und Konditorengewerbe gemacht werden.

Die Versammelten halten eine rechtshaltige gesetzliche Festlegung der sechsstündigen Arbeitswoche für die in Frage kommenden Arbeiter nicht allein im Interesse ihrer selbst, sondern auch im Interesse des gesamten Gewerbes für dringend notwendig, da nur hierdurch dem Bäckergewerbe sehr aufreibende wirtschaftliche Kämpfe um Durchführung dieser Forderung erspart werden. Die Versammelten halten es nämlich nach wie vor für ihre heiligste Aufgabe, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung einer 36 stündigen wöchentlichen Ruhezeit für alle Hilfskräfte im Bäckergewerbe zu wirken, und zwar solange, bis diese ihre Forderung auf gesetzlicher Basis in befriedigender Weise geregelt ist.

Die Versammelten gestatten sich nun im Anschlusse an ihre bereits im Herbst 1904 an den Hohen Bundesrat eingereichte Petition bezüglich der Ruhezeit für alle Hilfskräfte im Bäckereiwesen und Konditorengewerbe nochmals ihren Standpunkt in dieser Frage darzulegen.

- Die Versammelten halten 1. an der Forderung einer wöchentlich mindestens 36 Stunden (ununterbrochen) betragenden Ruhezeit für alle Gesellen und Lehrlinge, sowie für alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Bäckereiwesen und Konditorengewerbe unbedingt fest; 2. erwarten sie, daß im Falle einer gesetzlichen Festlegung eines derartigen Forderung entsprechenden Ruhezeitbetrages denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich bereits im Genusse der mindestens 36 Stunden betragenden Sonn- und Feiertagsruhen befinden, eine Garantie hierfür gegeben wird, und daß 3. alle diejenigen Regierungs- und behördlichen Verordnungen, welche die Arbeitsruhe an den hohen Festtagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten bestimmen, durch eine Verordnung über den wöchentlichen Ruhetag nicht beseitigt werden, sondern in Kraft bleiben.

Leser- und Diktierklub „Südk.“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Lottbros, Gärtnerei 58: Vortrag. Gäste willkommen. Sozialdemokratischer Leser- und Diktierklub „Helms“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Volke, Rodenbergstr. 8.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle.

Vorgestern abend um 8 Uhr 40 Minuten stieß der Personenzug 888, Kauba-Heidelberg, auf der Station Wingenberg infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug, den er überholen wollte, zusammen. Der Materialschaden ist erheblich. Von den Reisenden wurden nur zwei unerheblich verletzt. Nach einer Rettung aus Lille ist gestern Nacht ein Personenzug, der nach Hebrun unterwegs war, entgleist. Die Lokomotive und der Tender stürzten um. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet. Die Zahl der verletzten Passagiere ist noch nicht festgestellt.

Schnee und Frost.

Wie aus Friedrichroda gemeldet wird, ist im Thüringer Walde in der gestrigen Nacht ziemlich empfindliche Kälte eingetreten. Die Temperatur sank auf den Höhen auf 5 Grad, in den Tälern auf 3 bis 4 Grad unter Null. Die Täler und Höhen waren gestern von dickem Reif bedeckt.

Einem Telegramm aus Petersburg zufolge wird auch aus verschiedenen Gegenden Rußlands Schneefall und Frost gemeldet.

Ozeanrennen. Wie die „Ndn. Zig.“ aus New York meldet, hat nach einer drahtlosen Depesche des Kapitäns des Lloyd-Dampfers „Kaiser Wilhelm II.“ der Dampfer Montag 14 Stunden lang über 24 Knoten gemacht, und hätte das Schiff, wenn nicht Rebell eingetreten wären, einen neuen Rekord für die Fahrt von Cherbourg nach New York aufgestellt. Die „Lusitania“ hat auf der Rückreise bis jetzt durchschnittlich 23 Knoten gemacht.

Ein blinder Maler. In Budapest ist der bekannte Maler Adolf Sölzer plötzlich hoffnungslos auf beiden Augen erblindet.

Das Perlenhalsband. Dem Mailänder „Corriere della Sera“ zufolge ist Baron Ledt, der sich zurzeit in seiner Villa Esche befindet, das Opfer eines bedeutenden Diebstahls geworden. Unbekannte Täter, von denen bisher keine Spur entdeckt werden konnte, stahlen ein Perlenhalsband im Werte von 70 000 Lire.

Feuer an Bord. Auf dem Dampfer „Madawaska“ aus Galveston in Texas, der eine Ladung von 9700 Ballen Baumwolle hatte, ist Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehre konnte das Brandes noch nicht völlig Herr werden; der Schaden ist kaum übersehbar.

Ein furchtbarer Sturm wütete gestern in Lissabon. Durch heftige Regengüsse wurde ein Teil der Stadt unter Wasser gesetzt, so daß die Straßenbahn den Betrieb einstellen mußte. In der Umgebung der Stadt sind mehrere Häuser eingestürzt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

Durch eine Feuersbrunst vollständig eingeschert wurde in der gestrigen Nacht eine chemische Fabrik in London. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Frank.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft. Heft 13. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Ely Braun. Verlag Berlin NW. 6, Charitestr. 3. Einzelheft 10 Pf. Monatsbeitrag 30 Pf. Besondere aus der Großstadt - Straßenschiffahrt von Dr. jur. J. Verhauer. Bd. 31. Großstadtökonomie. 1 M. Verlag G. Hermann Neßig. Berlin NW 87.

Table with multiple columns listing market prices for various goods like flour, oil, and other commodities. Includes sub-headers like 'Berliner Marktpreise' and 'Witterungsübersicht vom 24. September 1907'.

Table titled 'Witterungsübersicht vom 24. September 1907' showing weather data for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetter-Propgnose für Mittwoch, den 25. September 1907. Heilmittel neblig, sonst meist heiter und trocken. Nachts kühl, um Mittag ziemlich warm bei schwachen südlichen Winden.

Table titled 'Wasserstands-Nachrichten' providing water level reports for various locations and dates.

Large advertisement for 'Inferate' magazine. Text includes: 'Inferate für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden. Größere Anzeigen für die Sonntags-Nummer erbitten dagegen schon bis Freitag nachmittags 5 Uhr, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.'

Unserem besten Genossen
Julius Müller nebst Frau
zur Hochzeit
 ein dreimal donnerndes Hoch!
 Die Genossen des 540a. Bezirks,
 1836 Julius, loh' siehen!

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 (Görlitzer Viertel.)
 (Stadtbezirk 111.)
 Den Mitgliedern hiermit zur
 Kenntnis, daß unser Genosse, der
 Schloffer
Robert Nürnberg,
 Grünauerstr. 9,
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. d. M., nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Emmaus-Kirchhofes in
 Rixdorf, Hermannstr. 10, aus statt
 um zahlreiche Beteiligung
 Der Vorstand.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Schloffer
Robert Nürnberg
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. September,
 nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Emmaus-Kirchhofes in
 Rixdorf, Hermannstr. 10, aus statt.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Schloffer
Kurt Kricheldorf
 am 23. d. M. an Lungenleiden
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. September,
 nachmittags 5 Uhr, vom Trauer-
 hause Hofstr. 31 aus auf dem
 alten Pauls-Kirchhof, Seelstraße,
 statt.
 Rego Beteiligung erbetet
 Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Maß, schnell, dauerhaft.
 von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
 Neue Promenade 11. (Stadt-Börse).

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten zur Nachricht, daß
 mein lieber Mann, unser guter
 Vater und Großvater, der
 Schloffer
Robert Nürnberg
 nach kurzem Leiden am 23. d. M.
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
 von der Leichenhalle des Emmaus-
 Kirchhofes aus statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Emma Nürnberg.
 Familien Kunze und Nürnberg.

**Zentralverband der Töpfer
 Deutschlands.**
Filiale Berlin.
 Am Montag, den 23. d. M.,
 verstarb plötzlich der Kollege
Albert Zwerg
 (Bezirk Gesundbrunnen)
 im Alter von 45 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 26. September,
 nachmittags 3 Uhr, von der
 Leichenhalle des Elisabeth-Kirch-
 hofes, Pringeln-Allee, aus statt.
 200/18 Der Vorstand.

Zentralverband der Glaser.
 Zahlstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Richard Mendisch
 am 21. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 25. d. M., nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Thomas-Kirchhofes in
 Rixdorf, Hermannstr. 10, aus statt.
 78/8 Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- und Sterbe-
 kasse der Drechsler Deutschlands.**
 E. D. 86. Verwalt. Berlin B.
Nachruf!
 Am 21. September verstarb
 unser Mitglied
Karl Preuß.
Ehre seinem Andenken!

Allen Kollegen hiermit zur Nach-
 richt, daß am 22. d. M. unser
 lieber Kollege und altes Verbands-
 mitglied, der Schriftfeger
Wilhelm Kappicht
 nach langem schweren Leiden sanft
 entschlafen ist.
 Ein ehrendes Andenken wird
 ihm stets bewahren
 Das Personal der Berliner
 Buch- und Zeitungsdruckerei
 „Union“.

**Zahnärztliche Klinik
 Bellealliancestr. 106¹**
Zahnziehen unentgeltl.
 Bei künstl. Zähnen, Speg. Kronen- u.
 Brücken-Blomden etc. werden nur die
 Ausgaben berechnet. 872¹
 Geöffnet 9-6, Sonntags 9-12 Uhr.

Nachruf!
 Allen Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Dreher
Max Kochmann
 am 21. d. M. durch Straßen-
 unfall verstorben ist.
 Er war uns stets ein guter,
 zuverlässiger Kollege und be-
 dauern wir auf das Aufrichtigste
 sein Dahinscheiden. Wir werden
 sein Andenken stets in Ehren halten.
 Die Kollegen der Spezial-
 Nähmaschinenfabrik
J. Gutmann. 1855

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 54272¹
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Ding an sich.
 Die ganze Hauswirtschaft, früher, ist
 der Schreien jeder Familie, ist
 bei Anwendung von Ding an sich
 darauf zusammengekommen, daß man
 einfach Ding an sich in das Glas
 schmeißt. Alsdann ist die Wäsche
 sauber und weiß.
Ding an sich
 Wäsche ohne Arbeit
 Wäsche ohne Arbeit
 Preis der kleinen Dose M. 0.55.
 Preis der großen Dose M. 1.00.
 Man verlangt in allen einschlägigen Geschäften
Ding an sich
 General-Depotäre
Wermann & Co.
 Charlottenburg
 Oranienburg
 677-17.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
Donnerstag, den 26. September, abends 8¹/₂ Uhr,
 im Restaurant **Birkenwäldchen, Steglitz, Schützenstraße:**
**Allgemeine
 Metallarbeiter-Versammlung.**

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die Gewerkschaftsbewegung vor und nach
 dem Sozialistengesetz.“ Referent: Kollege **Wücke.**
 2. Diskussion.
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht aller Kollegen
 und Kolleginnen, in der Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Achtung!
 Wegen der Quartalsabrechnung müssen alle Kollegen, welche
 zurzeit Erwerbslosenunterstützung beziehen, dieselbe in der Woche
 vom 22. bis 28. September d. J. abgeben. — Auch müssen dann
 diejenigen Kollegen, welche über Quartalsabschluss hinaus krank
 sind, bei der Abhebung der letzten Unterstützung ihre Mitglieds-
 bücher und Kontrollkarten abgeben. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
 Sonntag, den 29. September 1907,
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Vortrag des Herrn Dr. F. S. Archenhold:
 „Bildungsanstalten und Sternwarten in Amerika“
 (mit zahlreichen Lichtbildern).
 Eröffnung 7 Uhr. Beginn spätestens 8 Uhr. Eintritt 40 Pf.
 Garderobe frei gegen Vorzeigung des Billetts. Nach dem Vortrag:
Gemütliches Beisammeln und Tanz. — Billetts sind
 bei Horsch, Engel-Ufer 15 und Gottfried Schulz, Kottbuser Tor, sowie
 am Eingange des Saales zu haben.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!
 Am Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr, findet im
 Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 10, eine
Versammlung
 aller in den Brauereien beschäftigten Maler und Anstreicher
 statt. Tages-Ordnung:
 „Der Tarifvertrag in den Brauereien und unsere Stellung dazu.“
 Die Brauereiarbeiter werden ersucht, die Maler und Anstreicher in den
 Betrieben auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
 Die Ortsverwaltung des Verbandes der Maler usw.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 sitzt am
Prinzenstr. 41,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Stephdeden
 sitzt direkt in der
 Fabrik
72. Wallstr. 72.
 wo auch alle Stephdeden aufgearbeitet
 werden. Bernhard Strohmundel,
 Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

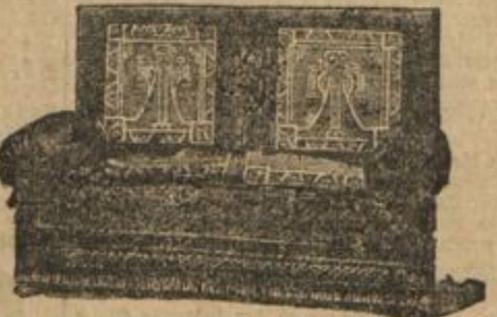
BERLIN, An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus für Wohnungs-Einrichtungen
 in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch N. mit über 1000 Abbildungen frei und umsonst.

**Moderne
 Wohnzimmer-Einrichtung.**

No. 7.	1 Diwan	95,- M.
„ 8.	1 Kleiderschrank	85,- „
„ 9.	Sofatisch	27,- „
„ 10.	4 Stühle à 7 M.	28,- „
„ 11.	1 Vertiko	90,- „
„ 12.	1 Spiegel	36,- „
„ 13.	1 Spiegelspind	36,- „
		397,- M.



No. 7. Diwan mit Satteltaschen in schönen modernen Mustern, mit gutem Wollplüsch eingefasst, Sitz zum Herausziehen, ohne Rollen, 95,- M. 115 cm hoch, 188 cm lang, 81 cm tief.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
 BERLIN, Jannowitzbrücke.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingtange u. reich mod. Schnitzerei, 85,- M. 120 cm breit, 200 cm hoch, 60 cm tief.



No. 9. Sofatisch, halbecht Nußbaum 27,- Mark, Blattmaß 115 x 77 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum, 7,- M.



No. 11. Vertiko, echt Nußb. mit Facettenspiegel u. reich mod. Schnitzerei, 90,- M. 98 cm br., 200 cm h., 47 cm t.



No. 12. Spiegel, echt Nußbaum, Glasmaß 115 x 47 cm, 36,- M. 161 cm hoch, 73 cm breit. No. 13. Spiegelspind, echt Nußbaum, reich geschnitten, 39,- M. 80 cm h., 86 cm br., 46 cm tief.

Aus Industrie und Handel.

Deutsches Halbzeug im Auslande. In dem Bericht über die am 10. September stattgefundene Hauptversammlung des Stahlverbandes heißt es u. a.:

Wir beachten daher für die Ausfuhr die bisherige Zurückhaltung und können die englischen Preisberichte, die von hartem Angebot deutschen Halbzeugs sprechen, nur für absolut unzutreffend erklären.

Wenn der Stahlverband Eindruck machen will mit seinem Dementi, dann sollte er dieses ziffernmäßig belegen, wenigstens insoweit, als die bereits getätigte Ausfuhr in Betracht kommt. Darum veröffentlicht er nicht die Vergleichszahlen der letzten Jahre? In der englischen Presse hat das Dementi keine Beachtung gefunden; es wird weiter behauptet, es würden dort umfangreiche Mengen deutschen Halbzeugs angeboten und zwar zu wesentlich niedrigeren Preisen, als die englischen Werke fordern. Das Fachblatt „Ironmonger“ schreibt unter dem 21. d. Mts. über den Birminghamer Markt: „Es war in der Berichtwoche ein beträchtliches Angebot von kontinentalem Halbzeug am Markt und es war festzustellen, daß nicht nur deutsches, sondern auch französisches und belgisches Erzeugnis am Markt war, und zwar zu einem Preise von 5 Pfd. Sterl. 10 Schilling pro Tonne für Platten, ein Preis, der fast 10 Schilling unter demjenigen für britisches Produkt liegt.“

Die Braunkohlegruben in der Provinz Posen. Die Erschließung der im Kreise Kosten gemuteten Braunkohlefelder, die ein Gesamtareal von über 25 000 Morgen umfassen, wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Gewerkschaft „Abelheid“ in Gotscha, in deren Besitz die Mutungen übergegangen sind, hält mit ihren Anteilhabern in den nächsten Tagen eine Generalversammlung in Posen ab, in der über die Anlage zweier Schächte und zweier Erzfettfabriken Beschluß gefaßt werden soll. Um die Abteufungsarbeiten bewirkt das Niederbringen der Fördererhöhen zu beschleunigen sind bereits mit etwa 800 Bergarbeitern aus Westfalen Arbeitsverträge abgeschlossen worden. Man glaubt, die Schächte im Verlaufe von fünf Monaten so weit niedergebracht zu haben, daß mit der Kohlegewinnung und dem Betrieb derselben begonnen werden kann. Die Vollendung der Erzfettfabriken erfordert einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren.

Ausstellung von Beleuchtungsapparaten. In der Zeit von Anfang Dezember 1907 bis Februar 1908 veranstaltet die kaiserlich russische Technische Gesellschaft in ihren Räumen zu St. Petersburg eine „Internationale Ausstellung moderner Beleuchtungs- und Wärmeapparate“, die ein möglichst vollkommenes Bild des gegenwärtigen Standes der Technik auf diesem Spezialgebiete geben, Kenntnisse hierüber verbreiten und Vergleichsmöglichkeiten für den Wert der verschiedenen Systeme bieten soll. Gemäß den natürlichen Hilfsquellen des Landes wird nach wie vor in erster Linie mit Petroleum- und Spiritusbeleuchtung in ihren zeitgemäßen Vervollkommnungen zu rechnen sein, darüber hinaus soll, aber speziell gerade auch die moderne Beleuchtung von Gas und Elektrizität, die in den größeren Städten und in wohlhabenderen Kreisen Rußlands immer weitere Verbreitung findet, berücksichtigt werden. Auch für Defen und sonstige Heizungsanlagen dürften sich auf dieser Ausstellung gute Beziehungen anknüpfen lassen. Im Einvernehmen mit dem Deutsch-Russischen Verein empfiehlt deshalb die Ständige Ausstellungs-Kommission für die deutsche Industrie diese Veranstaltung der Beachtung der heimischen Fachindustrien. Anmeldungen sind zunächst bis zum 14. Oktober d. J.

an die Kaiserlich Russische Technische Gesellschaft, St. Petersburg, Pantelaimonskaja 2, zu richten oder an die Kaiserlich Russische Finanz- und Handels-Agentur, Berlin, Oberwallstr. 20a.

Preiserhöhung. Die vereinigten sächsischen Wäsfabrikanten beschließen, die Preise sofort, je nach Beschaffenheit, für ihre Fabrikate um 3 bis 6 Proz. zu erhöhen.

Rückgang des amerikanischen Fleischexports. Wohl infolge der Enthüllungen über skandalöse Zustände in amerikanischen Schlachthäusern ist der Export bei einer Reihe von Produkten wesentlich zurückgegangen.

Für die mit Juli beendete siebenmonatliche Periode dieses und letzten Jahres lauten die Einzelziffern:

Table with 2 columns: Product Name and Price (1907 Dollar, 1906 Dollar). Rows include Rindfleisch, Schweinefleisch, Lammfleisch, etc.

Insgesamt 119 708 479 121 178 568

Von der sibirischen Eisenbahn. Die Verbindung Wladiwostok mit der Transbaikal-Eisenbahn auf sibirischem Boden wird durch die Amurlinie als Endstrecke der sibirischen Bahn geplant, die nach Abschluß der jetzt im Gange befindlichen Vorarbeiten in 1 1/2 bis 2 Jahren in Angriff genommen werden soll. Damit greift Rußland auf die ursprünglich beabsichtigte Strecke zurück, von der es nach Erwerbung der Pachtbesitzungen in der Mandchurie (Port Arthur und Dalm) abgegangen war. Der russisch-japanische Krieg bereitete die mandchurische Endstrecke der sibirischen Bahn. Die jetzt in Aussicht genommene Linie folgt nach einer Mitteilung des „Zentralblattes der Bauverwaltung“ den Rückläufen des Schilla und des Amur. Der erste Teil von Stretnal, dem Endpunkte der Transbaikal-Eisenbahn, bis zur Verbindungsstelle des Schilla und des Argun zum Amur wird große Bauwierigkeiten bereiten, weil die Bahn gebirgiges Gelände durchqueren muß, wobei größere Kunstbauten erforderlich werden. Auf der weiteren Strecke im Amurtal liegen zwar die Geländeverhältnisse im allgemeinen günstiger, doch werden durch die Brücken über die Flüsse Amur, Sejo und Wureja größere Kosten entstehen. Bei Chabarowsk ist der Anschluß an die Ussuri-Eisenbahn geplant. Zweiglinien sind vorgesehen nach Wladowostok (1450 Kilometer) und Koshlowo (107 Kilometer). Die schwierigere Strecke im Schillatal wird von der Regierung gebaut werden, während der Ausbau der Amurdahn einer Aktiengesellschaft überlassen wird, welcher die Regierung eine Gewähr für Verzinsung und Tilgung der Vausumme und Ertrag etwaiger Fehlbeträge während der ersten Betriebsjahre leistet. Mehr nicht? muß man da fragen! Die gesamten Baukosten werden auf 291,6 Millionen Mark geschätzt, wovon 287,8 Millionen Mark auf die Hauptstrecke

entfallen; das entspricht 184 600 M. pro Kilometer. Besonders häufig nimmt sich die . . . 6 Million an der Summe für die Bau-strecke aus; sie macht einen so rührend vertrauensvollenden Eindruck, besonders wenn man weiß, daß solche Voranschläge namentlich in Rußland schon in den Jahren nicht mehr zu stimmen pflegen. Es ist natürlich wie immer Vorfrage getroffen, daß keine Durch-siehereien seitens einzelner Beamter vorkommen, wodurch die Staatskasse vielleicht um Tausende von Rubeln geschädigt werden könnte.

Der englische Arbeitsmarkt. Nach der „Labour Gazette“ war die Arbeitsgelegenheit im August etwas schwächer als im vorhergegangenen Monat. In den 278 Gewerkschaftsverbänden, die dem Arbeitsamte Berichte ein sandten, gab es 4 Prozent Arbeitslose gegen 3,7 Prozent im Juli 1907 und 3,8 Prozent im August 1906. Jedoch stiegen die Löhne um 48 000 Pfund Sterling die Woche. Von der Lohnerhöhung profitierten am meisten die Vergleute. An Streiks waren im ganzen 13 912 Arbeiter beteiligt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde

findet vom 1. Oktober nicht mehr Friedrichstr. 16, sondern in Lindenstr. Nr. 3, ersten Hof rechts IV. Jahrgang! montags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 9 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen anzugeben. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

W. W. 10. 1. Reim. 2. Na, falls die Betreffende nur für einen Arbeitgeber arbeitet. — W. A. 32. — Richten Sie bei dem Gericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, anzustellen. Ist die Forderung bereits angefaßt, ist der Antrag auf Beschlagnahme an dasselbe Gericht, das Ersuchen um Zwangsvollstreckung an den Gerichtsvollzieher zu richten. — Gollnowstr. 25. Suchen Sie eine Derabsetzung der Gebühren im Vergleichswege zu erzielen. Für den Fall der Abgabe hätte eine Derabsetzung der Forderung auf die Hälfte zunächst auf Erfolg. Die Kosten haben Sie zu tragen. — H. 19. Sie, aber nicht Ihre Frau, sind zur Zahlung verpflichtet. — Schulz-Herzfeld. Legen Sie gegen den Kostenbescheid Beschwerde ein. Die Richtigkeit liegt aber vor, daß die aufgestellte, uns im Wortlaut nicht bekannte Forderung dem Gesetz entspricht. — W. 27. 1. Der Betreffende hat unrecht. 2. Nichts. 3. Nicht zu ermitteln. 4. Darunter versteht jeder etwas anderes. — P. P. 9. Liegt kein Testament vor, so erben die Kinder 1/2, die Frau 1/2, des Nachlasses. Das Schriftstück sollte die Witwe im Wege der Abgabe wegen Fortfalls anfechten. — W. 39. 1. Na: auf Antrag erhält jeder Interessent eine Abschrift. 2. Nicht die Angabe des Verstorbenen, sondern die wirkliche Nachlassmasse ist für die Berechnung des Pflichtteils maßgebend. 3. Die Erben haben ihre Forderung geltend zu machen. 4. Eine Einverlungspflicht ist möglich. — Frau W. 9. So lange Sie und Ihr Mann nicht aus der Landesstrecke ausgetreten sind, müssen Sie Kirchensteuern zahlen. Gewiß mag das Ihnen nach Ihren Schilderungen schwer fallen, allein da fragt die Kirche nicht nach, die hat einen großen Magen. — W. 50. Sie müssen leider zahlen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Such usw. Diejenigen unserer Abonnenten die noch während des ganzen nächsten Monats in der Deckhülle bleiben, wollen uns wegen der Überweilung von Freieigenen sofort ihre Adresse einfinden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Kaufhaus Max Mannheim

Berlin O.

Frankfurter Allee 109-110

G. m. b. H.

Diese Woche sowas Vorrat

Grosse Posten Kinderstrümpfe besonders preiswert.

Table with 4 columns: Serie I, Serie II, Herrensocken, Damenstrümpfe. Rows include plattiert Wolle, reine Wolle, Grösse, Pf.

Herren-Unterjacken } 95 Pf. Damen-Unterjacken }

Normal-Hemden } 145 Normal-Hosen }

Schuhwaren

Table with 2 columns: Product Name and Price. Rows include Plüsch-Damenpantoffel, Leder-Damen-Hausschuhe, Kameelhaarstoff-Schnallenstiefel, Chevreaux- u. Chevette-Damen-Schnürstiefel, Wichsleder-Herren-Zugstiefel, Leder-Schnallenstiefel, Filz-Schnallenstiefel.

ca. 10000 Meter Reste und Coupons ganz erheblich unter Preis

Table with 2 columns: Wollstoff-Reste u. Coupons, Baumwollstoffe. Rows include durchweg Meter, Preise (50, 75, 95 Pf., 128, 28, 38, 48, 58 Pf.).

Stickerei-Reste.

